

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis Prämienkonto;
Wochenblatt 23 Bg. frei ins Haus,
Eingehende Nummer 6 Bg. Sonntags-
nummer mit Wochenschrift Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg.
Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 1,10 Mark
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Dolland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Inertions-Gebühr
Betragt für die hochgepolierte Kolonien-
gehe über deren Raum 10 Bg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg.
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
gedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere
Wort 10 Bg. Stellenangebote und Schaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg.,
jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 25. September 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Abonnements-
quartal des

„Vorwärts“.

Sie richten daher an unsere Genossen die dringende Mahnung,
nicht nur ihr Abonnement zu erneuern, sondern auch neue Leser,
neue Abonnenten für ihr Kampforgan zu werben. Bei der Arbeit
in Fabrik und Werkstatt, in Familien- und Freundeskreisen, überall,
wo sich Gelegenheit zur Agitation bietet, sollte versucht werden,
neue Leser für den

„Vorwärts“

zu gewinnen; vor allem sollte keine Arbeiterversammlung
geschlossen werden, ohne daß zum Abonnement auf den „Vorwärts“
aufgefordert wird.

Jeder neue Leser des

„Vorwärts“

bedeutet eine Vermehrung des proletarischen
Heeres, eine Stärkung der politischen Macht-
stellung unserer Partei, einen Verlust für die herrschenden
Klassen.

Noch immer besitzt die sogenannte „parteilose“ Presse
einen großen Leserkreis in der Arbeiterschaft Berlins. Diese Kreise
gilt es dem „Vorwärts“ zuzuführen. Jeder Arbeiter, der auf
Intelligenz Anspruch macht und auf seine Arbeiterrechte hält, muß es
als seine Pflicht betrachten, den

„Vorwärts“

zu halten und den schädlichen, die geistige Verflachung und politische
Inertienförmigkeit fördernden Einfluß der angeblich parteilosen,
tatsächlich aber auf dem Boden der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung stehenden Presse zu brechen. In dem
gehaltigen Ringen der Arbeiterklasse um ihre Befreiung aus den
Fesseln des Lohnsystems gibt es keine Parteilosigkeit. Kein Arbeiter
darf sich abhütten halten oder gar durch Unterfütterung der „partei-
losen“ Presse die Position seiner Klassengenossen schwächen, die der
Gegner stärken.

Das nächste Vierteljahr wird manche wichtigen Ent-
scheidungen bringen. Die parlamentarischen Verhandlungen be-
ginnen wieder, und verschiedene Gesetzentwürfe, deren Beratung im
ersten Sessionsabschnitt nicht beendet worden ist, werden voraussicht-
lich ihre Erledigung finden. Besonders wird

„die Kolonialfrage“

das Parlament beschäftigen. In den vielen Hunderten von
Millionen Mark, die in den letzten Jahren die schönen „Schutz-
gebiete“ gekostet haben, werden neue Riesensummen für
die südwestafrikanischen Sandwüsten und ostafrikanischen Heber-
gebiete verlangt werden. Und zu diesen werden sich neue
Forderungen für die Vermehrung der Flotte, die Verbreiterung des
Nord-Ozeanverkehrs, für die Heeresausrüstung gesellen.

In diesen Kämpfen wird es die Aufgabe des

„Vorwärts“

sein, ohne schwächliche Rücksichtnahme energisch die Volksinteressen
zu vertreten.

Daneben werden wir uns bestreben, im weitesten Maße Be-
lehrung und Unterhaltung zu bieten. Zu diesem Zwecke
haben wir das Recht erworben, die vom Verfasser
autorisierte Uebersetzung des vielgenannten
Romans des amerikanischen Schriftstellers und Politikers Upton
Sinclair

„Der Sumpf“
(The Jungle)

zum Abdruck zu bringen, und zwar wird das Unterhaltungsblatt
bereits Anfang Oktober mit dem Abdruck des spannenden
Romans beginnen.

Wie steht es in Südwestafrika?

Indem der Reichstag am 26. Mai die Vorlage der Re-
gierung betreffs Verlängerung der Wüstenbahn ablehnte,
verwarf er damit gleichzeitig überhaupt
den südwestafrikanischen Kriegsplan der
Regierung. Es ist wichtig, sowohl zum Verständnis der
damaligen Situation, wie der Frage, vor die wir jetzt gestellt
sind, sich das völlig klar zu machen.

Der Gedankengang, der der Regierungsforderung einer
Verlängerung der Linie von Kubub nach Keetmanshoop zu-
grunde lag, war der folgende gewesen:

Es hat sich als unmöglich herausgestellt, die Hottentotten
in ihrer Gesamtheit zur Uebergabe zu zwingen. In den
Gefechten erringen unsere Truppen zwar nach langen
Kämpfen den Sieg, aber sobald die Hottentotten sehen,
daß das Gefecht sich zu ihrem Nachteil wendet, zerstreuen sie
sich in alle Winde, um sich an einem nahe bezeichneten Platze
wieder zu sammeln. Die Verfolgung ist nutzlos bei der ge-
nauen Terrainkenntnis der Verfolgten. „Hottentotten fangen
ist, als wolle man Flöhe in einem Sieb fangen“, wie der

Herr Oberst von Deimling sich ausdrückte. Der Kriegsplan
ging also dahin, die Hottentotten allmählich aufzureiben. Das
war wieder die alte Trostloske Ausrottungsstrategie, wenn
auch in etwas gemildert Form, da Gefangene, die sich frei-
willig übergeben würden, wenigstens angenommen werden
sollten. Zur Durchführung eines solchen Planes bedurfte es aber
einer großen Zahl von Truppen, vieler Zeit und beständiger Nach-
schübe von Kriegsmaterial und Proviant unter den schwierigsten
Umständen. Bisher mußte der Proviant in der Hauptsache
auf verschiedenen Etappenwegen vom englischen Gebiet aus nach
dem Innern des Hinterlandes geschafft werden. Das verur-
sachte enorme Kosten. Außerdem gelang es den Hottentotten,
durch Ueberfälle des Provianttransports sich auf deutsche
Kosten soviel Proviant zu beschaffen, wie sie selbst bedurften.
Das würde anders werden, wenn erst eine Bahn von Lüderitz-
ort aus, und zwar nicht nur die bereits bewilligten 140 Kilo-
meter nach Kubub, sondern noch etwa 220 Kilometer weiter
nach Keetmanshoop, zur Verfügung käme. Dann könne
aller Proviant bis dort mit der Bahn geschafft werden und
würde erst von Keetmanshoop aus den Transport auf
Dorscharren erfordern. Deshalb mache die Durchführung
des Kriegsplanes der Regierung den Weiterbau der Bahn not-
wendig.

Diese Deduktion war an sich durchaus logisch unter zwei
Voraussetzungen: erstens daß der Krieg nur vermittelst der
Deimlingschen Ausrottungsstrategie sich beenden
lassen und zweitens daß der Reichstag gewillt war, zu
diesem kostspieligen und blutigen Experiment der Regierung
und ihrer Beauftragten noch einen Spielraum von mehr als
zwei Jahren zu gewähren. Da aber der Reichstag beide
Voraussetzungen nicht konzedieren wollte, lehnte er konsequenter-
weise seinerseits die darauf aufgebaute Forderung ab.

Die Ablehnung der Bahn kam also gleichzeitig auf die
Verwerfung des Kriegsplanes der Regierung hinaus. Was
sollte aber nun geschehen? Welches Verfahren sollte die
Regierung an Stelle des verworfenen in Südwestafrika ein-
schlagen?

Von der Regierung war keine Antwort auf diese Frage,
keine Entwicklung eines neuen Planes zu erwarten. Einmal
hatte sie bisher überhaupt noch keine selbständige Politik in
Südwestafrika getrieben, sondern sich von einigen Säbelpolitikern
nur das Zugeständnis zu deren Schneidbrettplänen abtrotzen
lassen, dann aber war sie offenbar durch die Kritik der
kolonialen Wirtschaft und die gleichzeitig mit der Ver-
werfung der Bahn erfolgte Ablehnung des geforderten Postens
eines Staatssekretärs für die Kolonien derart in Verwirrung
geraten, daß sofortige klare Entschlüsse von ihr in keiner Weise
zu erwarten waren. Das alles drängte zu einer
Willensäußerung des Reichstages in der
Frage der südwestafrikanischen Politik.

Damit war aber keine Zeit zu verlieren. Nach der Ab-
lehnung der Kolonialforderungen am Sonnabend, 26. Mai,
war nur noch eine Sitzung am Montag, 28. Mai, in Aussicht
genommen. In dieser Situation wurde seitens der
Sozialdemokratie die Initiative zu der
erforderlichen Willensäußerung des
Reichstages ergriffen.

Ausgehend von der Erwägung, daß eine Politik der
Verhöhnlichkeit weit schneller zur Herbeiführung friedlicher
Zustände in Südwestafrika führen müsse, und daß einer der
verhängnisvollsten Mißgriffe der Regierung die über die auf-
ständischen Stämme verhängte Konfiskation ihres gesamten
Landeigentums gewesen war, da eine solche Maßnahme die
betroffenen Stämme zum Verzweiflungskampf aufspießte, mußte,
brachte unsere Fraktion folgende Resolution ein:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu
ersuchen, er wolle dafür sorgen, daß in der Kolonie Südwestafrika
den Eingeborenen ein zu ihrem Lebensunterhalt im selbständigen
Wirtschaftsleben ausreichender Landbesitz zugeführt werde, um
auf dieser Grundlage die Rückkehr friedlicher Zustände in den
Kolonien und die schleunige Zurückziehung der dort bisher zu
kriegsartigen Operationen erforderlichen Truppen zu ermöglichen.“

Von einer Verknüpfung dieser Forderung mit anderen
Streikfragen der südwestafrikanischen Politik wurde abgesehen,
um deren Annahme durch die Geltendmachung von Neben-
forderungen nicht zu erschweren. Es kam darauf an, die
Regierung zu dem neuen grundlegenden Schritt zur Herbei-
führung des Friedens zu nötigen.

Der sozialdemokratische Antrag fand denn auch die Zu-
stimmung der großen Mehrheit des Reichstages. Ein Redner
der freisinnigen Partei gab dieser Zustimmung mit den Worten
Ausdruck:

„... Der Zweck, den diese Resolution anstrebt, wird wohl
auf allen Seiten dieses Hauses gutgeheißen werden müssen. Ich
meine, wie wir auch sonst stehen mögen in bezug auf die Frage der
zukünftigen Bewirtschaftung des Schutzgebietes Südwestafrika: wir
werden anerkennen müssen, daß hier einer der Wege vorgezeichnet
wird, die zu gehen sind, um möglichst bald dem Schutzgebiet Ver-
ruhigung zu bringen.“ (Schr wahr! links und in der Mitte.)

Die Konservativen und Nationalliberalen stimmten zwar
nicht für die Resolution; sie hüteten sich aber wohl, Wider-
spruch dagegen zu erheben. Die Regierung schwiez sich völlig
aus. Auf eigene Faust gegen den Antrag zu sprechen, ge-
traute sich kein Regierungskommissar; Bundesratsbeschlüsse,
auf Grund deren eine bessere Politik der in der Resolution
geforderten entgegengesetzt werden konnte, lagen aber nicht
vor.

Die Tatsache steht also fest: Auf die sozialdemokratische
Initiative hin hatte der Reichstag nach völliger Verwerfung
der Reichstagspolitik in Südwestafrika der Regierung den
Weg gewiesen, wie sie den sogenannten Kriege mit seinem
sinnlosen Blutvergießen und der ungeheuerlichen Geldvergeudung
ein Ende machen könne.

Bis auf den heutigen Tag verlautet aber noch nicht ein
Wort davon, daß die Regierung den ihr vom Reichstag ge-
wiesenen Weg beschritten habe. Das Blutvergießen und die
Geldvergeudung nehmen in alter Weise ihren Fortgang, als lägen
gar keine Reichstagsbeschlüsse vor. Das deutsche Volk hat aber das
größte Interesse daran, daß jener Weisung Folge geleistet
wird. Wie zum Hohn und Trost gegenüber dem Reichstage
und den zahlreichen Stimmen, die sich in der Presse und in
Versammlungen für die schleunige Beendigung des jammer-
vollen Treibens in Südwestafrika ausgesprochen haben, wird
nicht nur die Fortführung des Krieges in alter Weise, sondern
sogar die Wiederaufnahme des verworfenen Eisenbahn-
projektes mit der Aussicht auf zwei weitere Kriegsjahre
betrieben, als lägen keinerlei Beschlüsse des Reichstages
vor, die dem im Wege ständen. Darüber ist die Regierung
dem Lande Rechenschaft schuldig. Und da ist es
natürlich völlig nebensächlich, ob ein ehemaliger Prinzregent
oder ein ehemaliger Vandalendirektor an der Spitze des Kolonial-
amtes steht.

Offenbar spekulieren aber sogenannte maßgebende Kreise
auf Umsatzeinbußen der Reichstagsmehrheit, von der nach
früheren Erfahrungen in Kolonial-, Flotten- und Militärfragen
erwartet wird, daß sie auch diesmal ihre früheren Beschlüsse ver-
leugnen wird. Die Sozialdemokratie wird natürlich ihren Stand-
punkt behaupten und mit aller Entschiedenheit Rechenschaft für das
starrköpfige Festhalten an der Politik des Blutvergießens fordern.
Aber auch die anderen Parteien, die in den Abstimmungen
am 26. Mai und am 28. Mai sich auf den nämlichen Stand-
punkt stellten wie die Sozialdemokratie, haben allen Grund,
bei der Stange zu bleiben. Es handelt sich hier um Beschlüsse
des Reichstages, die der Zustimmung nicht nur der Sozial-
demokratie, sondern weitaus der Mehrheit des Volkes über die
jammervollen Vorgänge in Südwestafrika entsprachen. Es
dürfte den bürgerlichen Parteien unmöglich sein, einen Unfall
selbst in den Augen ihrer eigenen Angehörigen zu rechtfertigen.
Ein Unfall würde umso schmachvoller sein angefaßt der
unerhörten Provokation, die in der jetzt jutage getretenen
Nichtachtung der Reichstagsbeschlüsse liegt.

So handelt es sich denn bei den Auseinandersetzungen,
denen wir wegen Südwestafrika mit der Regierung und den
Kolonialsanatistern entgegengehen, nicht nur darum, frevel-
haften Blutvergießen und planloser Geldvergeudung Einhalt
zu gebieten, es handelt sich auch um Ehre und
Ansehen des Reichstages selbst. Da haben
also die bürgerlichen Parteien einmal eine treffliche Gelegen-
heit, durch die Tat zu zeigen, daß ihnen diese Ehre und dieses
Ansehen des Reichstages kein leeres Wortgelingen ist. Die
Sozialdemokratie wird nicht versäumen, sie auf die Probe zu
stellen. G. L.

Die russische Revolution.

100 000 russische Genossen.

Der „Proletarij“, Organ des Petersburger und
des Moskauer Komitees der Russischen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei, gibt folgende Zahlen der Mitglieder der
Partei an:

Russen 31 000, Polen 26 000, Letten 11 000, Däne über
30 000. Die Partei ist also ungefähr 100 000 Köpfe stark.

Au der preussischen Grenze.

Dem „V. L.“ entnehmen wir folgende Privatmeldung:
In Sosnowice unzingelten Sonntag nachmittags 200 Kosaken
unter Führung des Kosakenobersten Kretloff ein Haus, in dem
angeblich eine sozialdemokratische Versammlung
abgehalten wurde. Der Oberst gab den ersten Schuß, die Kosaken
drei Salven auf das Haus ab. Zwei Arbeiter der deutschen Draht-
seilfabrik von Deichsel wurden getötet, sieben schwer verwundet,
die Wohnungen in dem Hause wurden demoliert. In der Nacht zu
heute fanden in der Vorstadt Zielze plötzlich Revisionen statt,
wobei viele Wohnungen verwüstet wurden. Der Gendarm Czauki
wurde durch drei Schüsse tödlich verwundet und in das Elisabeth-
Sizst in Kattowiy gebracht. Die Aufregung in Sosnowice ist
groß. Der Vorgang wird amtlich ermittelt und den Sozialisten die
Schuld beigemessen.

Diese Kosaken, die nicht in das Haus zu gehen wagen, sondern
von draußen einfach mitten in die Versammlung hineinfallen, sind
wahre Muster soldatischer Tugenden.

Nur so weiter!

Warschau, 23. September. Aus Lodz ist eine ganze Kompanie
eines Jekaterinburger Regiments nach Warschau gebracht und durch
das hiesige Kriminalgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit wegen
Meuterei verurteilt worden.
Möge die Regierung nur weiter so wirtschaften. Dann hilft sie
ihr eigenes Ende beschleunigen.

Entabell!

Kursk, 23. September. Eine hier abgehaltene außerordentliche
Abelsbergsammlung des Gouvernements hat mit 98 gegen 3 Stimmen
vier ehemalige Mitglieder der Reichsduma, welche das Woborger
Manifest vom 23. Juli mitunterzeichnet haben, aus der Zahl der
Abgeordneten des Gouvernements ausgeschlossen. Unter den Aus-
geschlossenen befindet sich der ehemalige Vizepräsident der Reichsduma
Fürst Dolgorukow.

Ganz recht! Die adligen Memmen wollen hübsch unter sich bleiben.

Mehr wirkliche Seelenadel haben die russischen Bildhauer bewiesen, die sich — so meldet Herold — sämtlich weigerten, den Auftrag für ein Denkmal für den erschossenen General Mann zu übernehmen, für das von seinen der Reaktionen bereits große Summen gezahlt worden sind.

### „Majestäts“-Beleidigung —

Petersburg, 22. September. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Während der Leichenfeier für Trepow sind in Peterhof bei der Kathedrale tatsächlich sieben Personen verhaftet worden, doch erfolgten die Verhaftungen nicht wegen eines Attentatsversuches, sondern wegen Äußerungen über die Tätigkeit Trepows, die von den Verhafteten öffentlich gemacht worden waren.

### Auch das noch!

Petersburg, 23. September. Der Kassierer der Katharinenbahn, Aramowitsch, hat durch falsche Buchungen den Staat um 600 000 Rubel geschädigt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. September.

### Die Eröffnung des roten Parlaments.

Mannheim, 23. September 1906.

Der Rosengarten, der Stolz Mannheims, ist nun doch durch den roten Parteitag ent-, oder wie die Mehrheit der Mannheimer Bevölkerung denkt, eingeweiht worden. Wenigstens die Eröffnungsfest des Parteitages konnte in dem pompösen Ridelungssaal des prächtigen städtischen Etablissements stattfinden. Und das muß gesagt werden: in einem prächtigeren und gewaltigeren Saal hat ein sozialdemokratischer Parteitag noch niemals getagt. Der große Saal des Rosengartens — Ridelungssaal genannt, weil der Fries oberhalb des riesigen Podiums mit wunderbaren Fresken, Motiven aus der Ridelungssage, geschmückt ist — saß mit seinem gewaltigen Parterre und den amphitheatralisch ansteigenden Tribünen bequem 7000 Personen, ist also wohl der größte und schönste Saal Deutschlands. Und dieser enorme Raum war bereits eine Stunde vor Eröffnung der Sitzung ist allen seinen Teilen überfüllt, sodas sich vor den geschlossenen Türen gewaltige Menschenmassen ansammelten, die vergebens Zutritt zu der Veranstaltung begehrten. Hätte der Saal 10 oder 12 000 Menschen gefaßt, er wäre ebenfalls überfüllt worden.

Die Eröffnungsfestlichkeit wurde stimmungsvoll eingeleitet durch einige Massenspiele, die von dem Komponisten Wendelin Weisheimer selbst dirigiert, mit Schwung und Verbe vorgetragen wurden. Feuriger Schwung charakterisierte auch die Begrüßungsrede des Genossen Dreesebach. Mit freudigem Stolz konnte dieser Veteran der badischen Sozialdemokratie von dem energischen Wachstum der Mannheimer Parteibewegung sprechen. Das Mannheimer Proletariat habe die Klassenkenntnis bewiesen, sowohl in den Reichstag wie in den Landtag rote Vertreter zu schicken; im Stadtverordnetenkorper bestesse ein volles Drittel aus Vertretern der Sozialdemokratie. Mit herzlichen Worten hieß Dreesebach die Delegierten in der Stadt willkommen, wo Schilder seinen wilddemokratischen dramatischen Erfindung „Die Räuber“ einst aufführen konnte, wo die Gräber zahlreicher Freiheitskämpfer aus dem tolen Jahre 1848 von dem Freiheitsdingen früherer Generationen zeugen.

Genosse Bebel, beim Erscheinen von endlosem Jubel umbraust, dankt namens der Delegierten für den überaus warmen und über Erwarten imposanten Empfang, den das Mannheimer Proletariat dem Parteitage bereitet. In kräftigen Sätzen entwarf Bebel ein Bild der ganzen gegenwärtigen Situation, um aus dieser Lage heraus die Aufgaben des Parteitages zu entwickeln. Unter dem Vorsitze Singers, den ebenfalls lebhafter Beifall begrüßte, erfolgte dann die Konstituierung des Parteitages und die definitive Festsetzung der Tagesordnung. Als erster Punkt nach den Geschäftsberichten, als vierter Punkt der Tagesordnung wurde der Massenstreik bestimmt; Raifeier und Internationaler Arbeiterkongress, die ihm in der probitorischen Tagesordnung vorausgingen, mußten vor ihm zurücktreten.

Mit dieser Umstellung hat der Parteitag zu erkennen gegeben, das seine Hauptaufgabe die Klärung der Meinungen über den Massenstreik und der Ausgleich der Differenzen zwischen der Partei und den Gewerkschaften sein wird. Möge er für diese hochbedeutsamen Aufgaben glückliche Lösungen finden.

### Der Parteitag.

Mannheim, 24. September.

### Privatdepesche des „Vorwärts“.

Die Montagversammlung begann überaus stimmungsvoll mit den Begrüßungsansprache der ausländischen Delegierten, die diesmal besonders zahlreich erschienen sind. Begreiflicherweise wird von den vielen Vertretern unserer ausländischen Bruderparteien den Sendboten der russischen Bruderpartei die meiste Aufmerksamkeit gewidmet. Großen Beifall errang der Vertreter der polnischen sozialistischen Partei durch eine eindrucksvolle Schilderung der brutalen zaristischen Reaktion und ihrer „Erfolge“, die in einem enormen Wachstum der revolutionären Kämpfer ihren Ausdruck fanden. Die Zahl der Agitatoren in den Regimentern sei jetzt nach einem Jahre des Kampfes und des Krieges größer als ehemals.

Unter lebhaftem Beifall des Parteitages begrüßte Genosse Singer die Vertreter der Sozialdemokratie Russisch-Polen und Litauens, die Genossin Luxemburg, nach ihrer Rückkehr aus dem zarischen Kerker. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Rede der Vertreterin der russischen Sozialdemokratie, Genossin Wakabanoff, die flammende Worte für die Art des russischen Anstaltsregiments und den Heroismus des russischen Proletariats fand, einen Heroismus, der erhaben sei über alles rednerische Pathos. Das russische Proletariat wirt sein Los, obwohl es ganz genau weiß, das der Kampf nicht für die Verwirklichung des Endzieles des Klassenkampfes ist, nicht mit der Erringung der sozialen Republik ende, sondern nur die Schaffung konstitutioneller Zustände bringen wird, die den Kampfenden bilden für die Ausräumung des Entscheidungskampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die russische Arbeiterklasse dankt der deutschen Sozialdemokratie für die geistige und materielle Unterstützung, die sie dem russischen Proletariat seit jeher geleistet hat, das mit höchster Spannung die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages verfolgt.

Der hürmische Beifall hat den Vertretern unserer russischen Kämpfer den erneuten Beweis der Teilnahme gegeben, die das deutsche Proletariat dem erschütternden Drama des russischen Befreiungskampfes entgegenbringt.

Den allgemeinen Teil des Parteivorstandsberichtes behandelte Genosse Pfannkuch. Er zeigte die Erfolge der neuen Organisationsform und ging dann auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft ein. Nach seiner Ansicht beruht die Kontroverse zwischen Partei und Gewerkschaft auf haben viele drüben mißverständlich gedeuteten Äußerungen. Er betrahte das Wort von

dem „Beseitigen der herrschenden Richtung in der Partei“ als eine bloße Aufforderung an die Gewerkschaftler, innerhalb der Partei eine größere Tätigkeit zu entfalten als bisher.

Die Schaffung der neuen Arbeiterhochschule soll dem gegenwärtig vorhandenen Mangel an ausgebildeten Kräften abhelfen. Nichts sei löschiger, so führt Pfannkuch hierzu aus, als von einer geistigen Betarmung der Partei zu sprechen. Habe doch die gesamte Arbeiterbewegung auf ihren verschiedenen Gebieten in der letzten Zeit eine Unsumme von Intelligenzen aufgebracht. Was die Erweiterung des Parteivorstandes anlangt, so schlägt der Parteivorstand selbst vor, ihn durch Anstellung eines neuen Sekretärs in seiner Arbeit zu unterstützen.

Genosse Gerisch hielt ein außerordentlich instruktives Referat über die Finanzwirtschaft der Partei. Die Fortschritte der Organisation und speziell der Arbeiterpresse bieten die Gewähr, das die Partei bei der im Jahre 1908 bevorstehenden Feuerprobe einen glänzenden Beweis ihrer Erhaltung abzulegen imstande sein wird.

Die danach beginnende Diskussion wird auf morgen vertagt. Von da ab finden die Verhandlungen des Parteitages nun doch im Rosengarten statt.

### Eine Wahlsparole fürs deutsche Bürgertum.

Nach einer zugkräftigen Wahlsparole hat das deutsche Bürgertum schon 1903 hänglich geseufzt. Seine Sehnsucht fand keine Erfüllung. Es liegt sich beim besten Willen — und den haben die Wilton und andere Handlanger sicher gehabt — nichts finden, womit die patriotische Philisterseele hätte zum Kochen gebracht werden können. Heeres- und Marinevorlagen ziehen ja nicht mehr. So mußten denn die Parteien der Ordnung mit dem großen Sündenregister des Wucherartaris vor die Wähler treten, ohne mit irgend einem padenden, die Gehirne unnebelnden patriotischen Schwindel den Gestank ihrer Gesetzgebungsprodukte übertäuben zu können.

Im Jahre 1908 wird es ihnen voraussichtlich nicht besser gehen. Die Mißamendliche der Kolonialskandale sind keine geeignete Atmosphäre, Vegeisterung darin zu züchten für des Reiches Herrlichkeit; die Finanzreform ist zwar nicht das gigantische Ungeheuer, wie der Hungertarif, aber dafür wirt sie durch ihre Kleinlichkeit, durch die tückische Bosheit kaum minder erbitternd. Zudem werden bis zum Wahljahre die Wirkungen der Hungertarife selbst den Unempfindlichsten nur allzu deutlich fühlbar werden. Die Situation wird für's Bürgertum alles andere, denn günstig sein.

Eine zugkräftige Wahlsparole wäre daher von unschätzbarem Werte. Ob die Regierung, die auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik von Blamage zu Blamage taumelt, eine finden wird, ist aber sehr zweifelhaft. Verdienstvoll ist es deshalb, wenn heute schon der Bürger selbst auf die Suche geht. Ein Herr E. J. hat's getan und in der „Kreuzzeitung“ packt er aus. In leitender Stelle des Junkerblattes steht sein „Wahnwort an das schwer bedrohte deutsche Bürgertum“. Die Quintessenz ist, das dieses deutsche Bürgertum bei den Wahlen 1908 auf dem Felde der Sozialreform mit voller Lungenkraft „Das Ganze halt!“ blasen lassen soll!

E. J. entwirft ein ergreifendes Gemälde der furchtbaren Zustände, in die Deutschland vom Jahre 1910 ab, da die Witwen- und Waisenversicherung kommen soll, hineingeraten wird. Dennoch hält er eine Reform der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung für notwendig — die Zusammenlegung ihrer verschiedenen Zweige, das der Wirrwarr der verschiedenen Organisationen beseitigt werde, ist ein notwendiges Erfordernis, und Staat und Arbeitern wird gleicherweise gedient sein, wenn die bevorstehende große Reform gleichzeitig die durch nichts gerechtfertigte Herrschaft der Sozialdemokratie über eine große Zahl von Krankenkassen beseitigt, welche der Sozialdemokratie die Möglichkeit gibt, an 4000 ihrer Agitatoren gut zu versorgen.

In der zusammengelegten Organisation will E. J. den Arbeitern großmütig ebensoviel Recht auf die Verwaltung geben, wie den Unternehmern, obgleich die Unternehmer, wenn die Zahlungen der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung zusammengezählt werden, nach Lohmann über 53 Millionen mehr zahlen als die Arbeiter. Die Grobmut wird indes verständlich, wenn man die weitere Forderung hört, das das Reich nach Maßgabe seiner Zustände an der Verwaltung zu beteiligen sei. Das bedeutet natürlich die Versehung der Arbeiterschaft in hoffnungslose Minderheit.

Das ist das große Reformprojekt, das einzige, das in der Sozialreform ausgeführt werden soll. Sonst soll Grabesstille sein. Die einzige Betätigung auf sozialpolitischem Gebiet soll sein — Entrechtung der Arbeiter.

Herr E. J. versteht sich auf die Interessen des deutschen Bürgertums. Wir können ihm nur lebhaft empfehlen, den Wahnruf dieses getreuen Eckhard zu beherzigen. Wir zweifeln nicht, das Herr E. J. eine vorzügliche Wahlsparole gefunden hat für die — Sozialdemokratie.

### Deutsches Reich.

#### Sozialdemokratische Siege im Reichslande.

Auch im zweiten Gange der Bezirkstagswahlen haben unsere Genossen ihre Pflicht wacker erfüllt. Wie der Telegraph meldet, sind bei den Nachwahlen zwei Sozialdemokraten gewählt worden, der Genosse Bucher im Kanton Schweller und der Genosse Fuchs im Kanton Schiltigheim.

In Weg wurde der Liberale Weismann mit Unterstützung der Sozialdemokratie gewählt. Er erhielt 973 gegen 907 Stimmen, die auf den Kandidaten der Volkspartei fielen, der Zentrumshilfe genoh. Auch in der Domäne Benzler wird die Sozialdemokratie zum achtunggebietenden Faktor.

Eine spätere Meldung besagt, es seien fogar drei Sozialdemokraten gewählt.

#### Das badische Amnestiechen.

Die bürgerliche Presse macht viel Aufhebens von einem Duhend Begnadigungen, durch die der Großherzog von Baden sein Regierungsjubiläum zu verschönern wuchte. Sogar zwei zum Tode verurteilte und zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigte“ Mörder sind in die Amnestie mit einbezogen worden, „nachdem sie sich während einer langen Einschiebung in der Strafanstalt gut geführt und den Beweis aufrichtiger Reue und nachhaltiger Besserung (!) an den Tag gelegt haben.“

Sobald etwas ruchbar wurde von der Absicht des Großherzogs, eine Amnestie zu erlassen, betrachteten unsere Parteigenossen nicht nur, sondern alle fühlenden Menschen in Baden es als selbstverständlich, das jenes entsefliche Oberkriegsgerichts-urteil korrigiert werden würde, das vor drei Jahren (am 2. November 1903) vier Soldaten vom Grenadierregiment Nr. 110 zu barbarischen Strafen verdammt. Die vier hatten im trunkenen Zustande gemeinsam mit vier Zivilisten zwei Unteroffiziere mißhandelt. Einer der vier wurde mit sieben

Jahren Zuchthaus, die anderen mit sechs Jahren Gefängnis bestraft!

Eine Begnadigung der vier Unglücklichen hat nicht stattgefunden. Die zuerst verbreitete Nachricht, das der Großherzog die Amnestierung dieser Leute beantragt und durchgeführt habe, erwies sich also als unzutreffend.

So ist es also dem Großherzog versagt geblieben, die vier unglücklichen jungen Männer an seiner Jubiläumstfreude teilnehmen zu lassen.

Die dreimal geheiligte „Disziplin“ geht eben über alles — fogar über Leichen. —

#### Aus dem Zentrumslager.

Der Kampf zwischen den „christlichen“ Gewerkschaftlern und den Befürwortern katholischer Fachabteilungen hat einen neuen Zwist im Zentrumslager hervorgerufen. An der letzteren Richtung steht bekanntlich Bischof Korum von Trier. Dieser hat vor mehreren Tagen eine Rede gehalten, in der er auch den Gewerkschaftsstreit erwähnte, und insolge deren es zwischen der Badenschen „Kölnischen Volksztg.“ und der Dabachschen „Trierischen Landesztg.“ zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen ist. Bischof Korum hatte in jener Rede mit unerkennbarer Richtung auf die „Kölnische Volksztg.“ gesagt: „Der Bischof darf nicht zurückweichen, weil ihm Schmach droht, weil er von einigen Zeitungen heruntergerissen wird. Was scheren mich die Zeitungen!“ Das Badensche Blatt hatte sich dagegen zur Wehr gesetzt, und die Folge ist, das das Korum-offizielle Trierer Blatt gegen diese Verunglimpfung des Hochwürdigsten Herrn Bischofs protestiert. Die „Kölnische Volksztg.“ teilt mit, das im Trierer Gebiet ein Komitee von Pfarrern besteht, das der Dabachschen „Landesztg.“ auf die Finger zu sehen habe; man habe dem Blatte fogar einen Zensur, einen Oberredakteur gegeben, weil die Redaktion nicht gefügig genug gewesen sei. Duden solle sich das Blatt „bis zur Bewußtlosigkeit.“ Wenn die Richtung der katholischen Fachabteilungsanhänger, die „Berliner Richtung“, Oberwasser bekäme, siehe der Zentrumspresse Reinigungsterrorismus, unbedingte Unterwerfung, andernfalls Höherhängen des Protokorbes bevor.

In einem anderen Zentrumslager, der „Saarpost“, veröffentlicht der katholische Arbeitersekretär Kloos gegen den christlichen Gewerkschaftssekretär Hüdes — beides Zentrumsgrößen — eine Verächtigung, worin er erklärt: „Das mich Herr Hüdes mehrmals „Lump“ genannt hat, kann ich mit vier Zeugen beweisen. Er lam an die Rednertribüne heran und rief mir zunächst das Wort „Lump“ zu. Kurze Zeit darauf rief er mir noch wörtlich folgendes zu: „Lump, an Deiner Stelle würde ich mich schämen, katholisch zu sein.“ — So tobt der christlich-katholische Gewerkschaftsstreit schon seit langer Zeit, ohne das sich ein Ende absehen ließe. Die Zentrumspresse aber schreibt von Krach bei anderen Leuten. —

#### Der „militärische Erzieher“ auf dem Torpedoboot.

Das der Militarismus auf dem Wasser genau dieselben scheußlichen Auswüchse zeitigt, wie am Lande, ist aus den vielfachen Mißhandlungsprozessen der Marinekriegsgerichte nachgerade bekannt geworden. Die Legende von dem herrlichen Leben, das unsere „blauen Jungen“ an Bord der „schmutzen“ Kriegsschiffe führen, freit höchstens noch tief unten im Binnenlande ein kümmerliches Dasein, und mancher unerfahrene junge Mensch in Bayern oder Schwaben, der sich durch die Propaganda des Flottenvereins zum Eintritt in die Marine hat verlocken lassen, hat es später bitter bereut. Ja, man kann sagen, Menschenqualereien und Schinderleien nehmen auf See insolge der eigenartigen Verhältnisse an Bord, wo das Opfer seinen Reingern noch stärker entgegen kann, als in der Kaserne, in der Regel viel schlimmere Formen an, als beim Landheer. Das ging auch wieder aus einer Verhandlung hervor, die am Freitag das Oberkriegsgericht der Diszestation in Kiel sechs Stunden lang beschäftigte.

Beistellt wurden folgende empörenden Vorkommnisse. Der Maschinistenwärter Rüdendrodt aus Berlin war im Februar dieses Jahres auf das Torpedoschiff S 32 kommandiert, wo er im Maschinen- und Kesseldienst unterrichtet werden sollte. Auf einer Fahrt nach der Nordsee sollte er, in der Nacht zum 14. Februar, zum erstenmal praktischen Dienst vor dem Kessel tun. Als dem gänzlich Unerfahrenen dabei die Beschidung des Feuers nicht gleich glücken wollte, fiel sofort der Oberheizer Wonske über ihn her und traktierte ihn mit Ohreifeigen; außerdem versetzte er ihm heftige Schläge mit einer tauförmigen drahtumponnenen Abbestpadung. Infolge der Schläge und der im Heizraum herrschenden Hitze, 60 bis 70 Grad, wurde Rüdendrodt ohnmächtig und fiel gegen den Kessel, wobei er sich schwere Brandwunden am Kopf, Rücken und an den Händen zuzog. Man schaffte ihn an Bord, und hier versetzte Wonske dem Ohnmächtigen weitere Schläge ins Gesicht. Der Oberfeuermeistermaat Brünning stieß mit dem Fuß nach dem Bewußtlosen und rief: „Schafft doch den Berliner Gund fort!“

Der Umstand, das der Unglückliche während seiner Ohnmacht unwillkürliche Stuhlentleerungen gehabt hatte, gab seinen Reingern für die Folgezeit immer neuen Stoff zu Qualereien. Der Oberfeuermeistermaat Brünning pflegte ihn mit Schimpfwörtern von dem gemeinsamen Mittagstisch wegzurufen und warf häufig mit Tellern und Geschellen nach ihm. Infolge seiner Brandwunden konnte Rüdendrodt sein schmutziges Zeug nicht selber waschen. Bei solchen Gelegenheiten pflegten sich die Mannschaften untereinander auszuhelfen. Die Unzulänglichkeit des Rüdendrodt aber mußten verfidere Weise diese Betätigungen der Kameradschaft zu neuen Gemeinheiten aus.

Der Obermaschinistenmaat Mannke beorderte eines Tages acht Geizer von der alten Mannschaft zusammen mit Rüdendrodt nach dem Heizraum. Nachdem alle Ausgänge verschlossen worden, mußten die Geizer die schmutzigen Wäsche des Rüdendrodt waschen, dieser aber hatte auf Befehl des Obermaats auf einem Stuhle Platz zu nehmen, mußte sich eine Zigarre anzünden und der Gesellschaft aus einem Buche unanständige Geschichten vorlesen. Während dieser Szene suchte der Obermaat die „alten“ Leute gegen Rüdendrodt aufzuheben, indem er ihnen u. a. höhniisch zurief: „Seht, der hat's gut, und ihr müßt für ihn arbeiten.“ Weiter zwang er Rüdendrodt, mit der Abbestpadung, mit der er mißhandelt worden war, und die allgemein an Bord „der militärische Erzieher“ genannt wurde, den Takt zu schlagen, während die anderen sangen. Beim Fortgehen deutete Mannke den eigentlichen Zweck dieser Veranstaltung noch einmal ausdrücklich in nicht mißzubereitender Weise mit den Worten an: „Das mir aber keiner den Rüdendrodt schlägt, und das der „militärische Erzieher“ nicht wegkommt!“ Die Geizer liehen den „Wink mit dem Zaunpfahl“ denn auch nicht unbeachtet, und kaum hatte Mannke den Rücken gemerkt, so fielen sie über ihren unglücklichen Kameraden her, banden ihm ein Handtuch um den Kopf und richteten ihn mit Hilfe des „militärischen Erziehers“ bis zu.

Nach der Ankunft in Wilhelmshaven lam Rüdendrodt ins Lazarett und lag dort zwei Monate schwer krank darnieder.

Wegen dieser schändlichen Vorgänge waren die genannten Obermaate, der Oberbeizger, sowie ein weiterer Obermaat, der als Zuschauer beteiligt gewesen, ferner drei Geizger, die sich bei der wüsten Szene im Geizraum am meisten hervorgetan, im August dieses Jahres von dem Kriegsgericht der 1. Marineinspektion abgeurteilt worden. Die direkt beteiligten Unteroffiziere erhielten vier bis sechs Monate, der vierte sechs Wochen Gefängnis; gegen den Oberfeuermeistersmaat Brünning sowie den Obermaschinenmaat Mannste wurde außerdem auf Degradation erkannt. Die Geizger kamen mit einigen Wochen Gefängnis davon. Obwohl diese Strafen in Anbetracht der Schwere der Mißhandlungen, sowie der von den Angeklagten dabei an den Tag gelegten geradezu viehischen Gesinnung gewiß als außerordentlich milde zu bezeichnen waren, legten die Obermaate Berufung ein. Das Kriegsgericht gab dieser nur insoweit statt, als es die Strafe des nicht direkt an den Mißhandlungen beteiligten Unteroffiziers wegen seiner sonst ausgezeichneten Führung auf vier Wochen Mittelarrest ermäßigte. Die übrigen Berufungen wurden glatt verworfen. Was aus dem Opfer der Schindereien geworden ist, wurde in der Verhandlung nicht erwähnt.

**Der polnische Schussstreik zeitigt fesselnde Mäuten.** In einer jüngst in Kosten abgehaltenen polnischen Versammlung erwähnte der Propst Dr. Jucynski seine frommen polnischen Schäflein zum energischen Widerstand gegen die Ertüchtung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache und legte dann vor den Versammelten folgendes feierliche Gelöbnis ab:

„Ich von meiner Seite gelobe zu Gott dem Allwissenden und vor Euch, ihr Eltern, gelobe ich, daß ich niemals erlaube werden, daß meine Kinder an dem deutschen Religionsunterricht teilnehmen und in deutscher Sprache das Vaterunser beten werden. Ich glaube, daß ein solches Gelöbnis und ein solcher Eid Gott wohlgefällig ist, und daß der allgütige Gott zur Erfüllung dieses Gelöbnisses und zur Ausführung dieses Eides mir seinen allmächtigen Beistand gewähren wird.“

Es ist bekanntlich keine Seltenheit, daß trotz des Nihilismus Kräfte, ja sogar Bischöfe und Kardinalen Kinder haben. Doch so öffentlich wie Herr Jucynski sprechen sie gewöhnlich von ihren Sprößlingen nicht. Uebrigens befindet sich der Herr in bezug auf sein Erziehungsrecht im Irrtum; auferrechtliche Erzeuger besitzen nach dem bürgerlichen Gesetzbuch dieses Recht nicht.

**Die Grenzen auf! Oera, 24. September.** Die Regierungen der thüringischen Staaten werden gemeinsam den Reichskanzler zur Öffnung der Grenzen zur Linderung der Viehnot auffordern!

### Berufungsbekanntnis in Jasterburg.

Wegen Verleibung eines Polizeibeamten wurde Genosse Linde aus Königsberg am 21. September vom Schöffengericht in Jasterburg zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Am 1. Juli sollte zu Jasterburg eine öffentliche Parteiverammlung stattfinden. Als sie eröffnet werden sollte, erklärte der überwachende Polizeikommissar, die anwesenden Frauen müßten entfernt werden, da sie an politischen Parteiveranstaltungen nicht teilnehmen dürften. Genosse Linde, der als Referent erschienen war, machte den Beamten auf seinen Irrtum aufmerksam. Der Beamte schenkte der Belehrung kein Gehör, sondern löste die noch gar nicht eröffnete, stark besuchte Versammlung auf. Er verlangte sogar, daß auch die neben dem Saal liegenden Restaurationsräume geleert würden. Dagegen protestierten natürlich die Genossen, es entstand eine gewisse Aufregung und Genosse Linde gab bei dieser Gelegenheit dem Polizeikommissar unverblümt zu verstehen, daß er die Befehle nicht kenne. Darob fühlte sich der Herr beleidigt.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Jasterburg stellte auch das Gericht sich auf den Standpunkt, der Polizeikommissar sei in seinem vollen Recht gewesen, die Versammlung aufzulösen, weil Frauen anwesend waren. Denn wenn auch in der Einladung und in der zeitlichen Anmeldung die Versammlung als eine öffentliche bezeichnet worden sei, so sei sie doch in Wirklichkeit eine Vereinsversammlung gewesen. Denn aus der Tagesordnung gehe hervor, daß die Versammlungsbefugnisse aufgeführt werden sollten, dem sozialdemokratischen Verein beizutreten, die Aufnahme von Mitgliedern zum sozialdemokratischen Verein Jasterburgs vorgezogen worden sei.

Der Angeklagte bestand in seiner Verteidigung darauf, daß die Aufführung ungeschicklich war. Durch Aufnahme von Mitgliedern für einen Verein in einer öffentlichen Versammlung werde dieses noch keine Vereinsversammlung. Solche Aufforderung geschehe in fast allen öffentlichen Versammlungen. In Vereinsversammlungen, wo fast nur Mitglieder anwesend seien, habe sie ja gar keinen Sinn. In ganz Deutschland sei solch eine Gesetzesauslegung wie in Jasterburg bisher nicht vorgekommen.

Das Gericht ging in seinem Urteil noch über den Antrag des Staatsanwalts, der die angelegte Verleibung mit zwei Wochen Gefängnis gestraft wissen wollte, hinaus. Wegen des merkwürdigen Urteils wird natürlich Berufung eingelegt.

### Zweierlei Maß.

Wie hoch die Glaubwürdigkeit der zweifelhaften Elemente, wenn es sich um Arbeitswillige handelt, angeschlagen wird, während ebensolche Streikende als völlig unglaubwürdig angesehen werden, davon liefert eine Landgerichtsverhandlung in Dresden wieder einmal einen recht drastischen Beweis.

Anlässlich der Metallarbeiter-Aussperrung in Dresden soll der Schleifer B. am 21. April d. J. dem Arbeitswilligen Grimm gegenüber den Versuch gemacht haben, ihn zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Der Arbeitswillige verließ am genannten Tage die Fabrik, wobei er von B. und zwei Streikposten getroffen wurde. Alle vier gingen nun ein Stück zusammen, und die drei rebellen dem Arbeitswilligen zu, sich den Streikenden anzuschließen; sie sagten ihm, daß er nach der Aussperrung ja doch wieder entlassen werden würde. Darauf erfolgte gegen B. eine Anklage, und er wurde vom Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, und die Sache kam jetzt vor das Landgericht. In der Schöffengerichtsverhandlung sowohl als auch vor dem Landgericht behauptete nun der Arbeitswillige, B. habe ihn gedroht, er werde dafür sorgen, daß er nach der Aussperrung entlassen und sein Name in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt gemacht würde! Auch habe B. zu ihm gesagt, daß er (B.) schon vorbestraft sei und es ihm daher auf eine Geldstrafe nicht ankomme. Von dem Angeklagten und von den beiden Zeugen wird all das ganz entschieden bestritten. Sie stellen alle Aeußerungen des Grimm als erfunden und erlogen hin. Vor allen Dingen ist B. noch gar nicht vorbestraft, folglich die betreffende Aeußerung purer Unsinns.

Der Arbeitswillige blieb bei seinen Behauptungen, mußte aber schließlich zugeben, daß er es nur so aufgefahrt und es sich so gedacht habe. Grimms Glaubwürdigkeit wird ins rechte Licht gerückt durch die Feststellung, daß er aus drei Vertrieben wegen „Unregelmäßigkeiten“ hat entlassen werden müssen und wegen eines ähnlichen Vergehens mit zwei Monaten Gefängnis bestraft ist. Der Arbeitswillige wird trotzdem verurteilt, während die beiden anderen Zeugen unvereidigt bleiben, obgleich beide vollständig einwandfreie Personen sind und sich noch nichts haben zuschulden kommen lassen!

Das Gericht verworft die Berufung mit der Begründung, daß man die beiden Entlassungszeugen als unglaubwürdig betrachtet habe, während dem Arbeitswilligen völlige Glaubwürdigkeit beigemessen sei.

Dieses Verfahren des Gerichtshofes spricht für sich selbst und es wird von der gesamten Arbeiterschaft gebührend eingeschätzt werden.

**Her mit katholischen Unterhosen!** In einem bayerischen Zentrumsblatt, der „Kugsburger Postzeitung“, findet sich ein Schmerzensschrei einer durch ein protestantisches Gemüde bedrückten katholischen Seele. Es wird darin gemurmelt, daß die Stadt Speyer trotz der 12 000 Katholiken keinen einzigen katholischen Kaufmann habe, bei dem wirklich katholische Unterhosen und echt katholische Kinderwindeln gekauft werden könnten. Es wird zur Niederlassung eines katholischen Kaufmanns aufgefordert, damit in Zukunft katholische Jungfrauen nicht mehr protestantische Unterröcke zu tragen und echt katholische Männer ihre mit gut katholischen Schmutztüchern verkleideten Kassen nicht mehr an protestantischen Schmutztüchern abzuwaschen brauchen.

**Milde Strafe.** Der Feldwebel Albert Hohnisch der 4. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 16 in Wülheim am Rhein hatte sich vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf wegen Mißhandlung und vorwärtswidriger Behandlung Untergebener zu verantworten. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß der Angeklagte die Soldaten mit der Säbelschneide gegen die Weine stieß und ins Gesicht schlug. Von seinen Vorgesetzten wurde ihm ein gutes Zeugnis ausgestellt, dabei wurde aber betont, daß der Feldwebel ein ausgeprägter Mensch sei. Das Gericht nahm das als Milderungsgrund an und verurteilte den Angeklagten zu nur vier Wochen gelinden Arrest.

### Ausland.

#### Schweiz.

##### Abstinenzverbot.

**Lausanne, 23. September.** Die Bewohner des Kantons Waadt verwarfen mit 22 500 gegen 15 670 Stimmen einen Initiativvertrag über Abstinenz des erst kürzlich erlassenen Gesetzes, welches den Kleinverkauf von Abstinenz im Kantone verbietet. Das Abstinenzverbot bleibt also bestehen. Eine Initiativbewegung für die Ausdehnung dieses Verbotes auf die ganze Schweiz ist gegenwärtig im Gange und findet in der deutschen Schweiz lebhaften Anklang.

#### Spanien.

**Madrid, 24. September.** (W. S.) Der Prozeß gegen die Attentäter vom 31. Mai ist auf die erste Januarwoche verschoben worden.

#### Amerika.

##### Keine Intervention?

**Savanna, 24. September.** (W. S.) Die amerikanischen Delegierten hatten eine Konferenz mit zwanzig Führern der Revolutionäre, wobei ein Uebereinkommen getroffen wurde, einen Ausschuss von sieben Mitgliedern zu wählen und diesen mit den nötigen Vollmachten zu versehen, damit er die Insurgenten bei der Konferenz mit den Regierungsdelegierten vertrete. Die Revolutionäre haben dem amerikanischen Kriegsminister Tait versprochen, sich den Beschlüssen dieses Ausschusses zu unterwerfen. Man glaubt nunmehr, daß eine bewaffnete amerikanische Intervention sich erübrigen werde.

## Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Telegraphischer Bericht.)

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 24. September 1906.

Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet Singer die Verhandlungen und teilt mit, daß als Vertreter ausländischer Bruderparteien folgende Genossen erschienen sind: A. Rappaport für die Parti socialiste; Georg Raus für die belgische Arbeiterpartei; Franz Fischer für die Redaktion des „Peuple“; Eduard Ansele für die Redaktion des „Vooruit“; Josef Wauters für die flämische Gewerkschaften; Camille Duhmans für das Internationale Sozialistische Bureau; Ernst Söderberg für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Schweden; Jgnaz Kotter, Warschau, für die polnische sozialistische Partei (P. P. S.); J. V. Astew für die Social-Democratic Federation, England; Adelheid Popp-Wien für die sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs; Anton Hueber-Wien und Anton Schäfer für die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

#### Singer:

Die Genossen sind uns herzlich willkommen, wir wissen die Ehre zu schätzen, die Sie uns durch Ihren Besuch erwiesen haben und wir hoffen, daß Sie aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie auch in dieser Woche ihre eigenen Geschäfte erledigt, doch niemals das Gefühl der Solidarität und der Brüderlichkeit gegen die Arbeiterparteien aller Länder vergessen wird. Mit besonderer Genugthuung haben wir in diesem Jahre den Besuch unserer Brüder vom Auslande zu verzeichnen. Allüberall in der Welt tobt die Sturmflut der revolutionären Bewegung. In Rußland wird die Bewegung hoffentlich das Volk aus den Fesseln des Zarenismus befreien. Wenn wir auf den Kampf in Rußland blicken, wenn wir sehen, wie unsere Brüder in Frankreich sich geeinigt haben zum gemeinsamen Vorgehen, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie unsere Brüder in Oesterreich im Kampfe stehen und uns dabei klar machen, daß dieser Kampf, der hoffentlich den Arbeitern das wahre Recht bringen wird, wesentlich ein Werk unserer Genossen ist, dann dürfen wir mit um so größerer Freude sie unter uns begrüßen. Ebenso erfüllt es uns mit hoher Genugthuung, daß der Vertreter der russischen Partei unter uns weilt. Alle die Genossen und die Parteien, die mit uns gemeinsam dem Kampf um die Befreiung des Proletariats führen. Sie alle begrüße ich, wir drücken Ihnen freudig die Hand und heißen Sie herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

#### Duhmans-Drüffel:

Werte Genossen! Es war mir eine sehr große Freude, als Mitglied der Kommission des internationalen Bureaus nach Mannheim kommen zu dürfen und Sie zu begrüßen, umso mehr, als ich mit dem Parteivorstand einige provisorische Maßregeln besprechen muß über die Organisation des internationalen Kongresses in Stuttgart. Die Blide aller angeschlossenen sozialistischen Parteien sind heute auf Mannheim gerichtet, weil die deutsche Partei in der neuen Internationalen die Musterorganisation bildet. Das Proletariat hat verstanden, daß es eine nationale Politik haben muß, aber auch eine internationale Politik. Darum ist es notwendig, daß mehr und mehr diese internationale Politik des Proletariats an Realität gewinnt. Die Geschichte der internationalen Kongresse kennen Sie ja und wie das internationale Bureau fungiert, wissen Sie auch, und Sie wissen auch, daß es in den letzten Jahren vieles verwirklicht hat. Sie wissen, was wir getan haben am 22. Januar. Sie wissen auch, daß eine Resolution angenommen wurde von dem Genossen Vaillant, welche Bezug hat auf die Kriegstreiberien der internationalen Bourgeoisie. Genossen! Die sozialistische Lage ist heute gekennzeichnet bei den verschiedenen angeschlossenen Parteien durch stetige Ausbreitung und auch durch feste Vereinigung. Stetige Ausbreitung wie in Norwegen und bei den letzten Wahlen in Dänemark und hoffentlich auch bei den nächsten Wahlen in Oesterreich. In Frankreich hat das Proletariat die Resolution des Amsterdamer Kongresses verwirklicht, und auf diesem Wege marschieren auch die Genossen aus Bulgarien und auch die Genossen aus England, welche diese Woche eine Proposition zur Einigung an das Sekretariat einschickten. (Lebhafter Beifall.) Auch in den Vereinigten Staaten wird dies geplant. Und wir hoffen, daß der internationale Kongress in Stuttgart denselben Einfluß auf diese Partei haben wird, wie der internationale Kongress in Amsterdam auf die Genossen in Frankreich. Das größte Ereignis in den letzten Monaten ist der langsame aber sichere Zusammenbruch des Zarenismus und, wie uns schon Marx sagte, je mehr der Zarenismus zurückweicht, desto

mehr herrscht in Europa, auch Deutschland inbegriffen, die Freiheit. (Beifall.) Dies danken wir den russischen Genossen, welche gezeigt haben, wie sich theoretische Bildung mit der Aktion vereinigen kann. Zu diesem Resultat haben auch die deutschen Genossen mitgewirkt durch die reichliche Unterstützung der russischen Revolution. Sie sind so ein Muster gewesen für die ganze Internationale. Auch die belgischen Genossen haben mich erlucht, Ihnen ein Wort über die spezielle Lage ihres Landes zu sagen. Die belgische politische Gruppe, die Gewerkschaften und Genossenschaften bilden nur eine Partei und darum wird über ihr Verhältnis zu einander in unserem Lande nur akademisch gestritten, weil die politische Gruppe sich auf die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation stützt und weil die Gewerkschaften die Notwendigkeit einer politischen Aktion einsehen und keiner doppelten politischen Organisation bedürfen. Man hat gesagt, wir sind stärker als politische Organisation als wie als gewerkschaftliche Organisation. Dies ist Wahrheit. Aber es wird nicht mehr lange dauern; je mehr unsere politische Organisation entwickelt ist, desto mehr wird sich auch die belgische Gewerkschaft entwickeln und stärken müssen. Wir haben das 1894 gesehen. Die Bürgerlichen haben begriffen, daß sie sich auch organisieren müssen und sperren uns so auf eine Zeit lang den politischen Weg. Aber nun hat die Arbeiterklasse verstanden, daß es auch noch einen anderen Weg gibt, und entwickelt sich auf dem gewerkschaftlichen Wege. So haben sich bereits 50 Proz. der belgischen Vergarbeiter organisiert. Von den Metallarbeitern mehr als 40 Proz. Das ist eine sehr erfreuliche Erscheinung, und so werden die belgischen Genossen weiter vordrängens. Das Proletariat Belgiens geht vom politischen zum gewerkschaftlichen Weg über, umgekehrt ist es in England. Wenn auch in den letzten Jahren viele Elemente aus unserer Organisation ausgetreten sind, so hat sich dieselbe doch wieder durch tüchtige, gefühlsvolle Elemente verstärkt. Die Zahl ist dieselbe geblieben, aber die Organisation ist stärker geworden, was das proletarische Klassenbewußtsein angeht. Gestern noch war die französische Aktion die älteste und schönste Tochter der römischen Kirche. Rüssen wir D r e e s b a c h glauben, so hat die Heimat Luthers diese wenig ehrenvolle Rolle übernommen. Aber hat die römische Kirche ihre älteste Tochter verloren, so hat die rote Internationale ihre älteste und schönste Tochter behalten und das ist und bleibt die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

#### Hüber-Wien:

Im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, deren Parteivertretung ich als Gewerkschaftssekretär angehöre, erlaube ich mir, Sie herzlich zu begrüßen. Gestatten Sie, daß ich im Namen der von unserer Parteiverorganisation hierher delegierten Genossen in wenigen Worten die Empfindung unserer brüderlichen Solidarität zum Ausdruck bringe. Wir Oesterreicher haben ein Jahr heisser Kämpfe hinter uns, und nur die Anspannung aller Kräfte des politischen und gewerkschaftlich organisierten Proletariats vermochte den Erfolg zu erringen, daß unser mehr als zwanzigjähriger Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht heute zwar noch nicht abgeschlossen ist, aber nicht mehr verloren werden kann. In wenigen Wochen, so hoffen wir, wird das alte, kulturwidrige Privilegienparlament Oesterreichs für alle Zeiten beseitigt sein (Bravo!) und wir werden ein Parlament auf demokratischer Grundlage haben, so wie Sie im Deutschen Reich es schon lange besitzen. Wir wissen, Genossen, daß Sie den Kämpfen des österreichischen Proletariats mit größter Freude folgen, daß Sie den Fortschritt würdigen werden, den die Sozialdemokratie Oesterreichs auszuweisen wird, um den proletarischen Klassenkampf auf allen Gebieten der Politik und Gewerkschaft zu führen. Wir unterwerfen uns ja gewohnt, an allem teil zu nehmen, was unsere deutsche Bruderpartei, die uns in so vielen Dingen Vorgängerin und Lehrmeisterin war, betrifft und so verfolgen wir mit regem Interesse die Arbeiten des Parteitages. Wir wünschen herzlich, daß die Verhandlungen dieses Parteitages dazu führen mögen, die schwierigen Aufgaben, die bei den glänzenden Fortschritten der deutschen Sozialdemokratie unermüdlich immer neu erwachsen, zu lösen, zu lösen im Interesse der Sozialdemokratie, im Interesse des organisierten Proletariats aller Länder. Es lebe die deutsche, es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Bravo!)

Adew-London überbringt die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der englischen Parteigenossen. (Bravo!)

#### Rappaport-Paris:

Werte Genossen! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der französischen sozialistischen Partei hier auf das wärmste zu begrüßen. Die Einigung der französischen Genossen hat uns bereits schöne Siege gebracht: Während der letzten Monate hat sich die Zahl der Parteimitglieder verdoppelt. Es dünnte scheinen, als ob die französische Partei unter ungemein günstigeren Verhältnissen kämpft als die sozialistischen Parteien anderer Länder. Steht doch an der Spitze der Regierung ein Minister des Innern, der sich unlängst in einer großen politischen Rede zum sozialistischen Ideal bekannte. Dies bekanntlich verhinderte freilich nicht, daß der Demokrat Clemenceau gegen streifende Arbeiter Soldaten einschickte. An der Seite dieses Ministers haben wir einen sehr geschickten ehemaligen Genossen, den Kultusminister Briand. Ich will gegen den ehemaligen Genossen nichts Schlechtes sagen, aber er wird selbst zugeben müssen, daß er als Minister den Generallinien nur mit Bezug auf seine eigene Person vertretlichen kann. (Gritterleil.) Man darf auch nicht vergessen, daß die Regierung Clemenceau und Briand's dem Henkerregime in Rußland die Millionen bewilligt hat. (Sehr richtig!) Sogar die vorhergehende Regierung hatte ein gleich unbeschämtes Attentat auf die französischen Taten aus einfacher Klugheit und nationalem Selbsterhaltungstrieb mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Die französische Partei steht jetzt im offenen Kampfe mit dieser bürgerlichen Demokratie. 13 Jahre nach dem deutschen Reichstag hat auch die französische Kammer eine Zukunftsstaatsdebatte gehabt, und sie ist noch nicht beendet. Ich begrüße Sie nochmals herzlich. Wenn einmal deutsche Gründlichkeit mit französischer Schlagfertigkeit sich zur rechten Stunde vereinigen werden, dann gibt es in der Welt einen guten Klang. Es lebe die internationale siegreiche Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Söderberg-Stochholm überbringt die Grüße der Sozialdemokratie Schwedens. Ich bin gern nach Mannheim gekommen, denn wir Schweden sehen immer auf die deutsche Partei, um von ihr zu lernen. Auch in Schweden werden die sozialdemokratischen Ideen mehr und mehr von den Arbeitern erfasst. Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung. (Beifall.)

#### Jgnaz Kotter-Warschau:

Es ist das erstemal, daß die polnisch-sozialistische Partei die Möglichkeit hat, Sie auf einem Parteitage zu begrüßen. Ich fühle die Ehre und Wichtigkeit dieser von mir zu erfüllenden Mission. Ich komme aus einem Lande, in dem die blutinstigsten Maßregeln der Regierung in härtester Form zur Anwendung kommen, aber trotzdem ist dort das Proletariat nicht nur das südliche, sondern auch das ländliche, am meisten revolutioniert worden; die Wogen der Revolution gingen bei ihnen am höchsten. Wir hatten am 23. August ein eigenartiges Jubiläum zu begehen. Am 23. August vorigen Jahres wurde über Warschau der Kriegszustand verhängt, um nach kurzer Zeit aufgehoben, aber dann wieder von neuem in immer schärferer Form verhängt zu werden. Die Resultate dieser Maßnahmen sind wunderbar, unsere Anhängerzahl, die vor Verhängung des Kriegszustandes kaum nach Tausenden zählte, zählt heute nach Millionen. Während wir früher froh waren, daß unser Zentralorgan monatlich einmal erscheinen konnte, gaben wir das Blatt während des Kriegszustandes vier Monate hindurch täglich heraus, und heute erscheint es mindestens dreimal wöchentlich. Ungeahnt sind dabei die Kreisorgane und die Proschüren, die täglich von uns herausgegeben werden. Heute sind wir nicht mehr darauf angewiesen, unsere Flugblätter im Auslande drucken zu lassen, heute haben wir eine Spezial-Pressfreiheit: wir drucken was wir wollen und unser Zentrales

organ wird überall verkauft. (Bravo) Ich weiß wohl, daß sie mit unserer Taktik nicht ganz einverstanden sind, aber trotzdem will ich einige Erfolge dieser Taktik aufzählen. Bis zum vorigen Jahre war bei uns eine Waffe eine Seltenheit, heute haben wir eine nach Tausende zählende bewaffnete Organisation, die die Polizei von ihren schädlichsten Elementen gerodet, sie aufgeföhrt und eingeschüchtert hat wie nie zuvor. (Beifall.) Wir haben in dem Moskauer Aufstand die Erfahrung gemacht, daß der Jarrismus nur durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt werden kann. Wir haben die ersten Fundamente zu einer allgemeinen Volksmiliz gelegt und es wird nicht lange dauern, bis alle organisierten Arbeiter Bewaffnung bewaffnet sein werden. (Beifall.) Das haben wir fertig gebracht, trotz der ungezählten Galgen. Während wir voriges Jahr unter den Soldaten nur vereinzelte Anhänger hatten, haben wir heute mehr Agitatoren unter ihnen, wie früher organisierte Soldaten. (Bravo.) Das Regiment Ostorolenka, das von unserer Partei organisiert ist, beweist, welche Fortschritte wir unter den Soldaten gemacht haben. Wir reden uns nicht ein, daß wir jemals die ganze zarische Armee organisieren würden. Nein, immer wird noch ein Teil übrig bleiben, der dem Jaren treu ist, aber der Teil ist so demoralisiert und erschüttert, daß er zu einem revolutionären Kampf unfähig ist. Ich weise ferner darauf hin, daß wir im Frühjahr in Polen 2000 Feldarbeiterstreiks organisiert und durchgeführt haben, und in diesem Herbst weitere 3000, durch die über 1 1/2 Millionen Rubel Lohnerrhöhung erzielt sind. Mit anderen Worten: wir haben das Landvolk, das früher vom Klerikalismus beherrscht und vom Chauvinismus verblödet war, organisiert. Auch die gewerkschaftliche Arbeit haben wir nicht vernachlässigt. Wir haben in Warschau allein 13 gewerkschaftliche Verbände, in Lodz haben wir einen Textilarbeiter-Verband, der nach dreimonatlichem Bestehen bereits 15 000 Mitglieder zählte. (Bravo.) Daß wir gut gearbeitet haben, sehen wir auch an dem Programm des Ministerpräsidenten. Wenn es mit Gewalt nicht möglich sein wird, die Revolution zu erkunden, dann wird man es mit sogenannten liberalen Reformen versuchen müssen, die aber nur wieder von der Revolution ausgenutzt werden. Im Auslande herrschen irtümliche Auffassungen über uns. Man wirft uns vor, daß wir eine nationale Partei sind. Nein, auch wir treiben Klassenpolitik; wir haben den Ernst der Lage begriffen und den Grundstein zu einer Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien Russisch-Polens gelegt. Es ist eine gemeinsame Aktion beschlossen worden und diese Vereinbarung wird innegehalten werden. Ueber die, die ein Interesse daran haben, daß das nicht geschieht, wird man zur Tagesordnung übergehen. Auch deutschen Parteigenossen hat die russische Revolution sehr viel zu danken. Darum haben wir uns verpflichtet geföhlt, einen Delegierten hierher zu schicken, um die Geföhle größter Bewunderung auszudrücken. Im Namen des polnischen, jüdischen und deutschen Proletariats begrüße ich Sie und wünsche Ihren Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

#### Singer:

Im Anschluß an diese Ansühung begrüße ich die Genossin Rosa Luxemburg auf das herzlichste und freue mich, daß es ihr wieder möglich ist, in Deutschland in unseren Reihen tätig zu sein. (Beifall.) Ich spreche ihr den Dank der Partei für ihre tapfere Haltung und für die Energie aus, mit der sie versucht hat, der russischen Bewegung zu Hilfe zu eilen, ich danke ihr für die Opfer, die sie persönlich dabei durch ihre lange Fahrt gebracht hat. Ich hoffe, daß ihre Gesundheit es ihr gestattet, in alter Tapferkeit und Treue der deutschen Partei nach wie vor wertvolle Dienste zu leisten. (Lebhafter Beifall.) Genossin Luxemburg hatte den Auftrag, sie hat ihn mit Übertragung, mitzuteilen, daß die Parteileitung der Sozialdemokratie Polens und Litauens dem Parteitag herzlichste Grüße sendet. (Bravo!) Was der Vordredner mit Recht von seiner Partei anführen konnte, darf auch die sozialdemokratische Partei Polens und Litauens von sich sagen. Auch sie hat in der revolutionären Bewegung so tapfer und treu für die Befreiung des Proletariats gekämpft, daß auch ihr, wie allen anderen russischen Genossen, die diesen Kampf geführt haben, unsere Bewunderung und Sympathie zuteil wird. (Lebhafter Beifall.)

#### Genossin Babanoff

(mit stürmischen Beifall begrüßt): Sie werden es wohl ohne weiteres verstehen, warum die russische sozialdemokratische Partei das Bedürfnis empfindet, gerade in diesem Jahre Ihnen ein „Glück auf!“ zu ihrer Arbeit zuzurufen und Dank auszusprechen für das, was Sie für die russische Revolution getan haben. Leider ist es den würdigeren Vertretern der russischen Sozialdemokratie nicht gegeben, persönlich hier zu erscheinen, aber Sie werden trotzdem diesen Gruß und diesen Ausdruck des Dankes wohl in Empfang nehmen, umso mehr als er von denjenigen kommt, die sich in diesem Moment in einem so schweren aber entscheidenden Kampf befinden. Sie werden es verstehen, warum wir das Bedürfnis haben, gerade der deutschen Sozialdemokratie unsere Solidarität zu erklären und unseren Dank auszusprechen. War doch die deutsche Sozialdemokratie von jeher unsere treue Leidens- und Kampfgenossin! Die deutschen Genossen haben schon zu einer Zeit, wo die Existenz des russischen Proletariats als Klasse noch bestritten wurde, den Kampf des russischen Proletariats verstanden, sie haben ihm schon damals diejenige historische Rolle und Mission zugetraut, die es endlich in diesem Moment in so glorreicher Weise erfüllt. (Bravo!) Die russische Sozialdemokratie kann ihre intellektuelle, moralische und finanzielle Hilfe in Anspruch nehmen, weil diese Hilfe nicht als Almosen gedeutet werden kann, sondern weil sie von Gleichberechtigten zu Gleichberechtigten kommt.

Ich brauche hier nicht an die Leiden, die Unterdrückungen und die tiefen Demütigungen des russischen, jüdischen, polnischen, finnlandischen und litauischen Volkes zu erinnern. Sie kennen diese Leiden. Ich brauche auch nicht die einzelnen Phasen unserer Bewegung zu schildern. Sie haben sie verfolgt und stets gewürdigt. Sie wissen, in welcher schwerer Lage sich das russische Proletariat befindet, nicht nur, weil es mit dem bestialischsten System zu tun hat, das es gibt, nicht nur, weil dieses System viel mehr Alliierte hat, als man gewöhnlich denkt, sondern auch, weil das russische Proletariat eine ganz besondere Mission zu erfüllen hat. Es hat noch nie eine Klasse gegeben, die mit solcher Selbsterleugnung und solchem Zielbewußtsein gekämpft hat. (Lebhafter Beifall.) Das russische Proletariat weiß genau, daß es in diesem Moment noch nicht für das Endziel kämpft, sondern daß es sich niedermegeln lassen muß, um für Rußland überhaupt erst mal eine konstitutionelle Verfassung zu schaffen, damit sich dort die Klassenkämpfe entwickeln können. Aber dessen ungeachtet kämpft das russische Proletariat in vollem Bewußtsein dessen, was es tut. Unsere Genossen kämpfen und sterben in dem Bewußtsein, daß Rußland die konstitutionelle Verfassung braucht, um das sozialdemokratische Endziel anstreben zu können. (Stürmischer Beifall.) Und wenn die russischen Proletarier soviel Widerstandskraft und Stolz besitzen, und wenn sie so kämpfen und so widerstehen und so ringen können, so tun sie es in dem Bewußtsein, daß diese Revolution, die Revolution des ganzen Proletariats ist. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Gestern hat Bebel gesagt, Deutschland wäre nicht das, was es ist, wenn es nicht eine mächtige revolutionäre sozialdemokratische Partei besäße. Das wissen wir russischen Revolutionäre am allerbesten; wir haben es in der Vergangenheit geföhrt, wie spüren es in der Gegenwart, und wir hoffen es noch viel mehr in der Zukunft zu spüren. In diesen Tagen hat in Mailand eine Versammlung stattgefunden, die vielleicht einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die Ereignisse haben kann. Seit dem Ausbruch der glorreichen Revolution in Rußland haben in Italien zwar Tausende und Tausende von Versammlungen stattgefunden, in denen das italienische Proletariat dem russischen Proletariat seine Solidarität ausgesprochen hat, aber hieron wurde nicht Notiz genommen, weil es sich um proletarische Meinungsäußerungen handelte. In diesem Falle aber handelte es sich um etwas anderes. Es war eine parlamentarische

Versammlung, Vertreter der verschiedensten Fraktionen des italienischen Parlaments haben eine Resolution beschlossen, in der dem Parlament zur Pflicht gemacht wird, einen Druck auf Rußland auszuüben. Die Vertreter der äußersten Linken des italienischen Parlaments haben sich verpflichtet, auch auf die anderen Parteien einzuwirken, damit die Deffentlichkeit endlich einmal einschreitet.

Wir Sozialdemokraten wollen uns auch keine Illusionen machen darüber, welche Motive die bürgerlichen Parteien dazu gezwungen haben, endlich gegen die Reaktion Front zu machen. Aber das ist schon ein gutes Symbol für uns. Denn wir wissen, daß das russische Proletariat gezwungen ist, den Kampf so scharf zu führen, daß der Despotismus endlich zeigen mußte, was er eigentlich ist. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß, wenn dieser Beschluß der italienischen Fraktion an Sie kommt, daß diesem Beschluß auch bei Ihnen beigepröhlt wird und seine Erfüllung finden wird, soweit es in Ihrer Macht liegt. Wir müssen Ihnen auherdem sagen, daß Ihre Verhandlungen auf diesem Parteitag von Rußland aus mit Interesse verfolgt werden. Und wenn auch auf dieser Tagesordnung nicht speziell die Behandlung der russischen Revolution steht, so wissen wir doch, daß die Vorgänge in Rußland alle ihre Verhandlungen befeelen und beeinflussen werden; so wissen wir doch, daß auf Ihrem Parteitag die Waffen geschmiedet werden, die uns zum Siege verhelfen werden. Sie streben unserem glorreichen und stolzen Endziel zu. Es gilt, in dem Menschen, und im Proletariat insbesondere, das Bewußtsein der menschlichen Würde und das stolze Klassenbewußtsein zu erwecken. Und dieses Bewußtsein ist ein Faktor, der uns alle im Kampf gegen den Despotismus anspornen muß. (Stürmischer Beifall.)

#### Genossin Wibant-Holland:

Eben erhielt ich die Nachricht aus Holland, daß Genosse Troelstra leider verhindert ist, dem Parteitag beizuwohnen. Unser Parteivorstand bedauert es sehr, auf diesem höchst wichtigen Kongress nicht repräsentiert zu sein und hat mich beauftragt, die deutschen Genossen und Genossinnen herzlich zu grüßen. Unsere Genossen in Holland werden mit großem Interesse den Diskussionen folgen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Beschlüsse, die hier geföhrt werden, nicht nur für das deutsche Proletariat von Gewicht sein werden, sondern für die ganze internationale Bewegung. (Bravo!)

Vorsühnder Singer teilt sodann eine Reihe von Begrüßungs-telegrammen mit.

Hierauf erhält

#### Wagner-Mannheim

als Vertreter der organisierten „jungen Garde“ das Wort: Parteigenossen! Ich habe Ihnen die Grüße und Glückwünsche unserer jüngsten Organisation, des Verbandes jugendlicher Arbeiter Deutschlands, zu übermitteln. Wir alle bilden erwartungsvoll auf den Mannheimer Parteitag, weil er uns die Wege zeigen wird für unsere zukünftige Agitation; weil er uns die Wege zeigen wird für unsere wichtigste Aufgabe, die Erziehung der heranwachsenden Jugend. Auch wir müssen den Weg finden, den unsere Gegner schon längst erkannt haben und den Wert und die Notwendigkeit der Heranbildung der Jugend für die Ideale unserer Partei begreifen. Gerade wir, denen die Zukunft gehört, sind verpflichtet, die Jugend heranzubilden. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß aus den Reihen des heranwachsenden Geschlechtes Leute herangebildet werden, die in der Lage sind, die Lücken, die in die Reihen der Genossen gerissen werden, auszufüllen. Und wir hoffen, daß uns die Parteigenossen dazu die Hand bieten werden, und daß auch die Genossinnen uns unterstützen werden in unseren Bestrebungen. Es sind sechs Monate her, seit wir unsere Organisation gegründet haben. Leider ist es uns nicht möglich gewesen, in ganz Deutschland die Agitation zu entfalten, die wir in Süddeutschland entfalten konnten vermöge freierer Vereinsweise. Aber ich glaube, die Partei, die schon so viel Hindernisse überwunden hat, wird auch den Weg finden, dieses Hindernis zu überwinden, um auch der norddeutschen Jugend, die nicht das Koalitionsrecht besitzt, die Ideen des modernen Sozialismus beizubringen. Als wir unsere Organisation am 11. Februar 1906 in Karlsruhe gegründet haben, waren es acht Vereine; den Grundstein dazu legte Genosse Dr. Frank, der als erster den Ideen der Jugendbeziehung praktische Formen gegeben hat, der sich mit größter Begeisterung der heranwachsenden Jugend annahm. In kurzer Zeit sind weitere Gründungen in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches, besonders in Süd- und Mitteldeutschland, erfolgt. Am 11. Februar 1906, als wir die Organisation zusammenföhren, und trotzdem wir nur 600 junge Genossen waren, sagten wir doch, es muß auch uns gelingen, ein geistiges Bindemittel zu schaffen. Da haben wir die „Junge Garde“ geschaffen. Auch hier war es Dr. Frank, der in dankenswerter Weise die Redaktion übernommen hat. Nun ist es bereits gelungen, unsere Organisation auf 3000 Mitglieder, die Anzahl der Abonnenten der „Garde“ auf 4000 zu bringen. Wenn die Erfolge nicht besser sind, so ist, wie schon gesagt, das reaktionäre Vereinsgesetz in Preußen und verschiedene andere Bundesstaaten daran schuld, welches uns verhindert, die Agitation unter der Jugend zu betreiben.

Ich will Sie nicht aufhalten mit den Einzelheiten unseres Verbandes. Bei dem Punkt Volkserziehung wird Gelegenheit gegeben sein, das Nähere über unsere Organisation zu erfahren. Wir alle von der jungen Garde wünschen und hoffen, daß Ihre Verhandlungen von Erfolg begleitet sein mögen, daß Sie aber auch uns den Weg zeigen werden zur Ausbildung der heranwachsenden Jugend, damit wir Schützer an Schützer überall mit der alten Garde kämpfen können, damit endlich wieder ein Geschlecht erkeht, dessen Jugend von der blühenden und goldenen Zeit singen kann. Heute ist dies noch nicht möglich, weil schon der jüngste Bürger im Dienste des Kapitalismus in der Fabrik frondet. Wir hoffen bestimmt, daß der Sieg des Sozialismus auch die Jugend befreien wird, und in diesem Sinne begrüße ich den Parteitag und wünsche, daß die Verhandlungen der gesamten Partei aber auch der Jugendorganisation zum Erfolge reichen mögen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf teilt Vorsühnder Singer die weiteren Erfolge der elfsaß-lothringischen Genossen bei den Bezirkswahlen mit. Es sind zwei weitere Mandate erobert worden und das dritte Mandat ist mit so geringer Stimmenmehrheit von den Gegnern gehalten worden, daß man mit Jagersicht darauf rechnen konnte, daß nächstens auch dieser Kreis in den Besitz der Partei kommt. (Bravo!)

Als Gäste sind ferner außer Frau Wibaut (holländische sozialdemokratische Partei), die bereits gesprochen hat, noch erschienen Kemer (Parteiorganisation der tschechoslawischen Sozialdemokratie), Reynolds (belgische Fraktion) und Bar (Genosse sozialdemokratischen Gewerkschaften).

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Scharnhafer im Buchdruckgewerbe!

Am Sonntag traten die Buchdruckerprinzipale, einer Einladung des Herrn Dr. Arthur Streckler, Herausgeber der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ und des „Berliner Finanz- und Handelsblatt“ Folge leistend, zu einer Besprechung im Palais-Hotel zu Berlin zusammen. Sie wollten Beratung pflegen über die Tarifverhandlungen und gegen die Gehältschaft zu ergreifende Maßregeln, wie etwa der Konstituierung eines Schutzverbandes. Da die Verhandlungen über diese Punkte für weitere Kreise ein großes Interesse haben, sandte der „Vorwärts“ einen Vertreter nach dem Palais-Hotel, dem aber dort höflichst verweigert wurde, daß es sich nur um eine vertrauliche Besprechung unter den Prinzipalen handele, wobei die Vertreter der Presse nicht erwünscht wären. — Man schaut das Licht der Deffentlichkeit gewöhnlich nur, wenn man als Unterdrückter dazu gezwungen ist, oder wenn man Arges im Schilde führt.

Achtung, Träger! Bei der Firma Max Beck, Post- und Export-Kartonfabrik, SO. 16, Adalbertstr. 59, sind die Träger wegen Lohnhöhen in den Ausland getreten. Die Firma hat vor zirka zwei Jahren eine Blind- und Farbdruck-Abteilung eingerichtet und, trotzdem kurz nach der Gründung derselben ein schwerer Unfall an der Dampf-Prägepresse sich ereignete, beschäftigt die Firma, Arbeiterinnen an den Prägepressen zu beschäftigen. Die Träger, welche trotz der schweren Arbeit mit 26—28 M. Lohn dort beschäftigt werden, kamen um eine Erhöhung des für Berliner Verhältnisse minimalen Lohnes ein und erhielten die Antwort, daß später Zulagen gegeben würden. Damit gaben sich diese nicht zufrieden und bei nochmaligem Verhandeln wurde gefagt, Zulage erhält nur derjenige, welcher — die Zulage verdient. — Der seit zwei Jahren beschäftigte älteste Träger sollte leer dabei ausgehen, weil nach Ausspruch der Chefs er zu wenig leistet! Daraufhin legten sämtliche Träger die Arbeit nieder. Der Betrieb ist für Träger gesperrt!

Deutscher Buchbinderverband. Die Ortsverwaltung.

#### Einigungsbestrebungen.

In immer stärkerem Maße wird den Arbeitern derselben Berufsgruppen klar, daß ihre Interessen am besten in großen, zielklaren Organisationen vertreten werden. Es wird in der heutigen Zeit der Niesenausföhungen seitens des Unternehmertums den Arbeitern am eigenen Leibe demonstriert, daß gegen die Ausbeutungsgelüste eine geeinte, schlagfertige Arbeiterschaft vonnöten ist. Diese Erkenntnis brach sich vor längerer Zeit auch in dem bis dahin indifferenten, mehr als Unterjüngungsverein in Betracht kommenden Verein der Berliner Hausdiener Bahn. In Verfolg dieser Notwendigkeit seiner Zugehörigkeit zur modernen Arbeiterbewegung suchte und fand der genannte Verein Anschluss an die Berliner Gewerkschaftskommission. Jedoch wurde dem Verein zur Bedingung gemacht, daß er innerhalb zweier Jahre seinen Uebertritt zum Verband der Handels- und Transportarbeiter vollziehen müsse.

Die Beratungen über den Anschluss, die unter Leitung des Ausschusses der Gewerkschaftskommission stattfanden, liegen nunmehr vor. Sie lauten:

1. Der Verein Berliner Hausdiener schließt sich dem Zentralverband als selbständige Gruppe mit eigener Ortsverwaltung unter der Bezeichnung „Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I“ an.
  2. Die Mitglieder des Vereins treten ohne Eintrittsgeld in den Zentralverband über, unter Anrechnung ihrer Mitgliedsdauer im Verein, und haben vom Tage des Uebertritts Anspruch auf alle durch Verbands- resp. Ortsstatut des Vereins Berliner Hausdiener gewährleisteten Rechte.
  3. Der von den Mitgliedern des Vereins bisher gezahlte Wochenbeitrag bleibt auch nach dem Anschluss an den Verband für diese Mitglieder bestehen. Eine Veränderung kann nur erfolgen im Einverständnis mit der Mitgliedschaft I. Neueintretende sowie übertretende Mitglieder haben den Verbandsbeitrag von 40 Pf. pro Woche zu zahlen.
  4. Das Statut des Zentralverbandes gilt vom Tage des Anschlusses auch für die Vereinsmitglieder, jedoch bleiben die bisher im Verein geltenden Unterstühungssätze für die den Vereinsbeitrag von 25 Pf. weiter zahlenden Mitglieder auch nach dem Anschluss bestehen. Eine Regelung dieser Materie erfolgt durch Ortsstatut.
  5. Von den vereinnahmten Wochenbeiträgen a 25 Pf. sind 20 Proz., von den Wochenbeiträgen a 40 Pf. 75 Proz. an die Hauptkasse des Zentralverbandes abzuliefern, desgleichen 50 Proz. des I. M. betragenden Eintrittsgeldes der neuen Mitglieder. Der Zentralverband übernimmt hierfür die unentgeltliche Lieferung des Verbandsorgans an alle Mitglieder sowie der Verbandsmaterialien inkl. Agitationsmaterial; ferner die Unterstühung der den 40 Pf.-Beitrag zahlenden Mitglieder. Dem Verein resp. der zukünftigen Mitgliedschaft I wird eine Seite im „Courier“ für ihre speziellen Bekanntmachungen usw. zur Verfügung gestellt.
  6. Das Vereinsvermögen wird als Ortsfonds für die neue Mitgliedschaft I festgelegt und darf nur im Interesse der ehemaligen Vereinsmitglieder verwandt werden, soweit dieselben Mitglieder des Zentralverbandes bleiben. Die Verwaltung des Vermögens erfolgt durch die Leitung der Mitgliedschaft I. Dem Zentralvorstand steht das Revisionsrecht zu.
  7. Die bestehenden Arbeitsnachweise werden unter gemeinsamer Verwaltung aller Berliner Mitgliedschaften mit prozentualer Kostendeckung gestellt.
  8. Die vorhandenen Bibliotheken werden zusammengelegt und unter gemeinsamer Verwaltung aller Berliner Mitgliedschaften mit prozentualer Kostendeckung gestellt.
  9. Der Verein partizipiert prozentual an allen Wahlen zu: Krankenliste, Gewerbegericht, Schiedsgerichten, für Arbeiterversicherung usw.; er behält auherdem Sitz und Stimme in der Berliner Gewerkschaftskommission.
  10. Den Mitgliedern des ehemaligen Vereins wird ein Sitz im Zentralvorstand zugestanden.
- Der vorstehende diese Bedingungen lieft, muß anerkennen, daß die Kommission den Wünschen der Mitglieder des Vereins in weitestem Maße entgegengekommen ist, daß die Zusammengehörigkeit dieser Berufsgruppe der Transportarbeiter innerhalb des Verbandes in möglicher Form gewahrt ist. Leider hat in einer Versammlung des Vereins, die am Sonntag tagte (wir berichten unter Versammlungen noch eingehender über dieselbe), eine Agitation eingeseht, die versucht, den Anschluss mit Kleinigkeiten und niedrigen Gründen zu hintertreiben. Wir müssen es lebhaft bedauern, daß es den Förderern des Einheitsgedankens nicht gelungen ist, die Versammelten von der Notwendigkeit und Bedeutung des Uebertritts zu überzeugen. Wir wünschen lebhaft, daß in der beschließenden Versammlung die Mitglieder die Erkenntnis leite, daß der Klassenkampf es zur Pflicht macht, dem geeinten Unternehmertum in Klassenbewußten, machtvollen Berufsorganisationen gegenüberzutreten. Wer sich zu dieser Erkenntnis durchringt, wird in dem Anschluss des Vereins Berliner Hausdiener an den Zentralverband eine Notwendigkeit sehen, die leichtgemacht ist durch akzeptable Uebertrittsbedingungen.

Achtung, Steinbrucker! Der Streik bei der Firma Kadick ist mit Erfolg beendet. Statt 11000 an der Maschine wurden Löhne von 35 und 36 M. vereinbart. Vier Kollegen erhielten Zulage, und die Arbeitszeit wurde auf das übliche Maß reduziert. Morgen wird die Arbeit einhellig wieder aufgenommen.

Die Verwaltung.

#### Ausland.

10 000 Reflektorniede am Clyde haben, wie aus Glasgow gemeldet wird, beschlossen, zum 29. d. M. zu kündigen. Sie verlangen 5 Proz. Lohnerrhöhung, was die Arbeitgeber rundweg ablehnen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Die „Herten im Hause“.

München-Gladbach, 24. September. (W. S.) Die Kleiderfabrikanten lehnten sowohl eine gemeinsame Beratung mit den Vertretern der Arbeitnehmer als auch den geforderten Lohnstarb ab. Sie gründeten den Verband der Gladbacher Kleiderfabrikanten. Die Lohnfrage soll durch eine Kommission geprüft werden.

#### Beruhigungsmittel.

Sosnowice, 24. September. (W. S. S.) In der Ortschaft Dembowagura kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Kosaken und den Teilnehmern an einer Arbeiterversammlung. Zwei Arbeiter wurden getötet, mehrere verwundet.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Mannheim, 23. September 1906.

Heute abend um 7 Uhr wurde der Parteitag mit einer Begrüßungsfeier eröffnet, die in dem grandiosen Rabelungsaal des Hofgartens stattfand. Der herrliche Raum, der fast 7000 Personen faßt, war bis zum letzten Platze gefüllt und doch mühten viele Hunderte, die bei dieser majestätischen Demonstration der Mannheimer Partei nicht fehlen wollten, vor den wegen Ueberfüllung gesperrten Türen lehr zu machen. Das Parterre des Saales war in seinem vorderen Teil für die Delegierten bestimmt, die fast 400 an der Zahl, diesen Parteitag zu dem am stärksten besuchten seit Halle machten.

Eröffnet wurde die Feier durch Männergesang. Die vereinigten Mannheimer Arbeitergesangsvereine trugen das dem Parteitag gewidmete Lied Robert Seidels: „Deutsches Volk und deutsche Freiheit“ vor, das Wendelin Weißheimer in Musik gesetzt hat und selber dirigierte. Ein Vorbesitzer ehrte außer dem stürmischen Beifall, der dem Dichter und allen Mitwirkenden galt, den Komponisten.

Hierauf nahm zur Begrüßung des Parteitages das Wort Dreesbach-Mannheim:

Hochverehrte Festversammlung!

Werte Genossen, Delegierte und Delegierten! Im Namen des Lokalkomitees habe ich die Ehre, Sie heute in unserem Hofgarten, dem Rabelungsaal, auf das allerherzlichste zu begrüßen. Ich freue mich mit meinen Kollegen in Mannheim, daß Sie unserem Hause so zahlreich gefolgt sind und sich in einer so stattlichen Anzahl hier verammelt haben. Schon lange war es der Wunsch der Mannheimer Genossen, den Deutschen Parteitag auch einmal hier in ihren Mauern versammelt zu sehen, und als wir nun dieses herrliche Lokal von der Stadt erbaut hatten, da glaubten wir, es sei an der Zeit, daß nur auch Mannheim einmal die Ehre habe, das Deutsche Arbeiterparlament in seiner Mitte beherbergen zu können. (Bravo!) Lange ist der Wunsch wie gesagt gehegt worden, oft haben wir auf Parteitagen um die Gunst nachgesucht, auch Mannheim einmal als Parteitagort zu erklären. Leider oft vergeblich, bis im letzten Jahre der Jenaer Parteitag mit übergroßer Mehrheit beschlossen hat, den nächsten Parteitag nach Mannheim zu verlegen. Wir sind Ihnen dafür außerordentlich dankbar, wir erkennen darin eine Ehre, die uns zuteil geworden ist, und auch eine Anerkennung für die Arbeit, für unser Streben dafür, daß auch hier in der südwestdeutschen Ecke für das allgemeine Prinzip der Menschenrechte gekämpft wurde. Wir quittieren dankbar jenen Beschluß und wir haben uns alle Mühe gegeben, unsere wertigen Gäste so herzlich und gut zu empfangen, wie es irgend möglich war. Wenn dennoch mancher Wunsch nicht erfüllt wurde, wenn mancher der Delegierten und der Gäste gewünscht hätte, daß ihm ein besserer Platz zuteil würde und daß noch mehr in das Lokal hineingelassen werden könnten, so scheitert das eben an der Unmöglichkeit, auch im größten Lokal Deutschlands die Gäste zu sammeln, die sich zum Parteitag der sozialdemokratischen Partei zu versammeln pflegen.

Zunehmen ist es für uns weit ehrenvoller, wenn auch mancher Verdruß, manches harte Wort von jenen, die vor den Toren dieses Lokals stehen und keinen Einlaß finden können, an unser Ohr schallt, daß das Lokal sich als klein, als wenn es sich als zu groß erwiesen hätte. Leider ist es uns nicht möglich, die Parteitagsgesandlungen ebenfalls im städtischen Hofgarten abzuhalten. Mithilfe der Verhältnisse, die zu befeitigen wir nicht in der Lage waren, zwingen uns dazu, die Verhandlungen selbst in einem anderen Lokale, nicht in unserem wunderbaren Hofgarten hier nebenan abhalten zu können. (Auf: Psiu!) Wir sind wenigstens froh, daß es uns gelungen ist, den heutigen Abend nun in diesem Lokale zu feiern. Ich hätte wirklich nicht getraut, wo wir die Tausende untergebracht hätten in dem Lokale, das wir nachher als Ertrag für den städtischen Hofgarten genommen haben.

Werte Anwesende, wenn Mannheim auch nicht parteihistorischer Ort ist, wenn wir auch nicht wie viele Städte aus dem roten Königreiche Sachsen, nicht wie in den Städten Berlin, Hamburg, Hannover usw. auf eine reiche proletarische parteigenössliche Vergangenheit bilden können, wenn keine großen Parteineste in der Parteigeschichte hier zu verzeichnen sind, so glaube ich doch darauf Anspruch erheben zu können, daß Mannheim immerhin ein Ort ist, in dem sich auch die Vertreter der Sozialdemokratie wohl fühlen können. Mannheim hat, so lange es steht, in den Kämpfen um die Volksrechte niemals an letzter Stelle gestanden. In Mannheim haben sich für die Volksfreiheit bedeutungsvolle Ereignisse abgespielt. Wie Ihnen vorhin in unserem Festgesang mitgeteilt wurde, daß hier in Mannheim der Genius des deutschen Volkes, unser unbergelicher Friedrich Schiller seine „Räuber“, sein revolutionäres Werk, zum erstenmal über die Bretter, die die Welt bedeuten, führen konnte, so haben wir auch andere Ereignisse, die Mannheim in der Geschichte des Kampfes um die Volksrechte einen ehrenvollen Platz behaupten lassen. (Sehr richtig!) Wenn Sie Ihre Schritte hinauswollen wollen jenseits des Rheins, um die Städte des Landes von Mannheim zu besuchen, so finden Sie dort das Denkmal des George Sand, der den Jarenförling Koyebue ermordet hat, als Zeichen des freien Verfassensinnes, der schon zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts in Mannheim gelebt hat. Weiter finden Sie einen Gedenkstein dort, unter dem die Gebeine von fünf Männern ruhen, die im Jahre 1849 auf Befehl des damaligen Kommandierenden, des Prinzen von Preußen, standrechtlich erschossen wurden. Das Jahr 1849 ist mit unverlöschlichen Strahlen in die Geschichte von Mannheim eingetragen. Sie sehen also, daß auch Mannheim in der allgemeinen Volksbewegung um Freiheit und Volksrechte sich einen Namen erworben hat. Aber auch unsere Partei hat hier festen Fuß gefaßt. Wenn ich Ihnen sage, daß wir hier in Mannheim die Reichstags- und Landtagsfrage bis zu den letzten Wahlen sämtlich in unseren Händen hatten, und daß nur durch die Vermehrung der Landtagsfrage von drei auf fünf und durch andere Einteilung der Wahlkreise zwei von bürgerlichen Parteien gewonnen wurden, daß wir aber unsere drei erhalten haben, wenn ich Ihnen weiter sage, daß in der städtischen Verwaltung Mannheims die sozialdemokratische Partei sich einen achtunggebietenden Bestand erworben hat, daß wir ein Drittel des städtischen Verwaltungskörpers einnehmen, dann glaube ich damit den Beweis erbracht zu haben, daß auch die Parteigenossen Mannheims verdient, mitgenannt zu werden, wenn es sich darum handelt, diejenigen hervorzuheben, die mit für die sozialdemokratischen Interessen gearbeitet haben.

Vor 15 Jahren zählten wir in Mannheim nur etwa 900 politisch organisierte Arbeiter, am 1. Juli dieses Jahres hatten wir bereits 4000 eingeschriebene Mitglieder der politischen Partei und daneben noch 12 500 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. (Beifall.) Sie befinden sich also nicht allein dem Namen nach, sondern in der Tat in der roten Wälder Stadt am Rhein, und wenn auch kein Nonnenorden und kein Glockengeläut ertönt und wenn keine bunten Wimpel heute zu Ihren Ehren flattern, so dürfen Sie doch stolz darauf sein, daß die Herzen der übergroßen Mehrheit der hiesigen Bevölkerung Ihnen freudig entgegenzuschlagen (lebhafter Beifall) und daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung mit Aufmerksamkeit und Spannung den Debatten des Arbeiterparlamentes folgt. (Erneuter Beifall.) Die Arbeiter Mannheims schwören zur roten Fahne; sie werden sie nun und nimmer treulos verlassen. (Lebhafter Beifall.) Und wenn es oftmals so scheint, als ob zwischen Nord und Süd ein gewisser Unterschied in der Partei herrscht, wenn man manchmal glaubt, daß in Süddeutschland der sogenannte Revisionismus vorherrscht, so ist das nur eine trügerische Annahme. Wir müssen hier kämpfen unter den Verhältnissen, unter denen die Arbeiterbevölkerung groß geworden ist, wenn es sich aber darum handelt, unsere letzten Ziele

zu erstreben, dann werden Sie nicht vergebens an das Ehrgefühl der Mannheimer Sozialdemokraten appellieren. (Bravo!)

Wir befinden uns in einer sehr bewegten, politisch sehr erregten Zeit. Fern im Osten sehen wir ein Volk ringen um Freiheit und Menschentum, sehen wir ein Volk kämpfen gegen den reaktionären Jarrismus, der glaubt, daß es allein zu befehlen und zu herrschen habe, der das große und unermeßliche Reich lediglich als seine Domäne betrachtet. Wir lesen und hören, wie Hunderttausende hingemordet werden, aber wir erfahren auch, daß unsere Genossen dort in Russland sich nicht zurückziehen lassen, und wir haben die felsenfeste Ueberzeugung, daß aus dem Kampfe, der nun schon 17. Jahre dauert, sich die Freiheit des Volkes emporringt. (Lebhafter Beifall.) Wir sehen ferner in Oesterreich unsere Parteigenossen kämpfen um das allgemeine direkte und geheime Wahlrecht, um das Recht, ihre Gesetze mitbestimmen zu können. Wir hoffen, daß dieser Kampf kein vergeblicher sein wird, sondern daß unsere Genossen in aller nächster Zeit einen großen Erfolg erringen werden. (Bravo!) Wir sehen dann im Westen, wie die französische Republik, allerdings eine Bourgeois-Republik, sich aufgerafft hat, um endlich die unwürdige Herrschaft des Pfaffenstums zu drehen, wie man dort die Trennung des Staates von der Kirche und der Schule von der Kirche durchgeführt hat. (Beifall.) In Deutschland aber wird zu derselben Zeit die Schule an das Pfaffenstum ausgeliefert. (Psiu!) In derselben Zeit, in der man in Oesterreich um die Erringung des allgemeinen Wahlrechts kämpft, müssen wir in Deutschland fort und fort auf Posten stehen, um das allgemeine Reichstagswahlrecht zu erhalten. Man würde gar zu gern durch einen Staatsstreich uns heute zu Anfang des 20. Jahrhunderts das wieder nehmen, was wir nimmer seit 36 Jahren besitzen. Angesichts dieser Tatsache und angesichts des Umstandes, daß unser Bürgertum nicht imstande ist, dem Ansturm der Reaktion erfolgreich Widerstand zu leisten, ist es doppelt notwendig, daß eine große, kraftvolle, mächtige Arbeiterpartei da ist, die für das eintritt, was wir besitzen, und für die Erringung neuer Volksrechte kämpft. Diese kraftvolle und mächtige Partei ist die Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie, die in dieser Woche, der roten Woche, in Mannheim tagt. Ich begrüße Sie mit dem Wunsche, daß der Mannheimer Parteitag sich den übrigen würdig anreihen und ein Markstein in der Geschichte unserer Bewegung sein möge. (Beifall.) Wir haben wichtige Fragen zu lösen. Unsere Gegner prophezeien immer, wenn sie in unserer Presse Meinungsverschiedenheiten lesen, die Partei werde auseinanderfallen. Wir sind keine Freunde des Zerwürfens, wir lieben es nicht, Meinungsverschiedenheiten geheim zu halten, wir sind gewohnt, offen auszusprechen, was ist. Aber wenn auch die Klänge sich scharf kreuzen, wenn auch Blick auf Blick herniederläuft auf die Anhänger einer gegenteiligen Meinung, so wissen wir doch immer, daß es sich um die Sache handelt und nicht um die Person. Auch diesmal werden wir wahrscheinlich hitzige Debatten bekommen, es wird manch scharfes Wort gesprochen werden, aber der Parteitag wird reine Luft schaffen; er wird das Band, das die politische Bewegung mit der gewerkschaftlichen verknüpft, aufs neue befestigen. (Beifall.) Fürchten wir uns also nicht vor Meinungsverschiedenheiten! Das ist eben der Unterschied zwischen unserer Partei und allen übrigen. Wir können die gegenteiligen Meinungen in unseren eigenen Reihen hören, wir fürchten uns nicht, sie auszusprechen, wir machen nichts hinter verschlossenen Türen, sondern wir sprechen uns offen aus, und wenn die Vertreter der Partei ihre Beschlüsse gefaßt haben, dann wird danach gehandelt. (Beifall.) Der Streit ist der Vater aller Dinge. Deshalb werden wir Meinungsverschiedenheiten durchgehen, und wenn wir dann vom Parteitag in unsere Heimat zurückkehren, dann werden wir aufs neue versuchen, das Evangelium der Menschwerdung, der Befreiung der Menschheit zu predigen. Mit dem Wunsche, daß der Parteitag erfüllen möge, was von ihm erwartet wird, heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Das Wort ergreift hierauf

Bebel

(von stürmischem, minutenlangem Beifall begrüht): Verehrte Anwesende und Parteigenossen! Wir sind alleamt dem Rufe der Mannheimer Genossen mit Freuden gefolgt, wir wußten, daß uns ein warmer Empfang bereitet werden wird. Aber ich glaube im Namen aller Delegierten sagen zu müssen, daß wir überaus froh sind über den glänzenden Empfang. (Sehr richtig!) Zeugnis dafür ist nicht nur diese gewaltige Versammlung, sind nicht nur die Tausende und Abertausende, die leider in diesem mächtigen Saale keinen Platz mehr finden konnten, Zeugnis dafür ist vor allem die mächtige, begeisterte Stimmung. Im Namen aller Delegierten danke ich den Mannheimer Parteigenossen für die herzlichsten Begrüßungsworte von Dreesbach. Wir alle sind davon überzeugt, daß seine guten Wünsche und frohen Hoffnungen in bezug auf den Verlauf des Parteitages ihre volle Befähigung finden werden. Es mag richtig sein, daß Mannheim für die Sozialdemokratie keine besondere historische Bedeutung hat, aber gleichwohl ist Mannheim eine Stadt, in der sich die Entwicklung der Sozialdemokratie deutlich ausdrückt, im Zusammenhang mit der Entwicklung der Partei im gesamten Deutschland. Im Jahre 1867, also wenige Jahre nach dem Auftreten Lassalles, ist hier in Mannheim die erste Mitgliedschaft gegründet worden, die selbstverständlich verhältnismäßig klein war, aber Mannheim, das damals eine kleine Mittelstadt mit unentwickelter Industrie war, ist mittlerweile eine bedeutende Großstadt geworden, die Metropole des südwestdeutschen Handels und Verkehrs, eine Stadt in der auch eine gewaltige Industrie entstanden ist. In dem Maße, wie sich diese ökonomische Entwicklung der Dinge vollzog, gewann selbstverständlich die Partei mehr und mehr an Bedeutung und Anhang, so daß heute die sozialdemokratische Partei die stärkste dieser Stadt geworden ist. Wir können nur wünschen, daß die Entwicklung, die Mannheim in den letzten 40 Jahren genommen hat, weiter so fortschreitet, daß wird nicht nur dem gesamten Vaterlande, sondern speziell auch der gesamten Sozialdemokratie zur höchsten Ehre und zum größten Erfolge gereichen.

Dreesbach hat auf die Opfer hingewiesen, die vor nahezu 60 Jahren hier in Mannheim gekostet haben im Kampfe für die deutsche Einheit und Freiheit. Das badiische Bürgerturn stand in jener Zeit an der Spitze des deutschen Bürgerturns, Baden war dasjenige Land, wo bereits in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts die parlamentarischen Kämpfe einen äußerst heftigen Charakter erlangten, wo 1848/49 die revolutionäre Bewegung Deutschlands am meisten aufkammte. Hier war der Boden, wo deutsche Freiheitskämpfer standrechtlich erschossen wurden. Aber noch unendlich viel mehr liegen auf den Schlachtfeldern Badens ihr Leben. Im Gegensatz zu allen übrigen Ländern Deutschlands hat in Baden die revolutionäre Bewegung Erfolge davongetragen. Lange Zeit galt Baden als das liberale Musterland; mit Stolz wiesen seine Bewohner auf die inneren Zustände des Landes, mit Stolz wies man auf das Zusammengehen von Volk und Regierung hin, und allüberall strebte das Bürgerturn danach, die badiischen Zustände auf ganz Deutschland zu übertragen. Das ist freilich in keiner Weise gelungen. Ja, selbst in Baden sind diese Hoffnungen und Wünsche unerfüllt geblieben, hauptsächlich deshalb, weil die Sozialdemokratie durch ihre Entwicklung die Zirkel so mancher Leute gestört hat. Es ist der badiische Nationalliberale W a s s e r m a n n, der vor einigen Jahren auf einer Generalversammlung der nationalliberalen Partei in Eisenach den Ausdruck getan hat, das deutsche Volk hungere nach Liberalismus, und derselbe Mann, der diesen charakteristischen Ausdruck getan hat, war es, der im deutschen Reichstage mit an der Spitze der Reaktion stand, als es galt, die geringen Rechte und Freiheiten der Vertreter des deutschen Volkes gegen die Uebermacht der Majorität zu verteidigen. (Psiu!) Wassermann war es in erster Linie, der an der Spitze der Roll-

majorität stand, die verfassungsmäßigen Rechte mit Füßen trat, der es durchgesetzt, daß es unferer Partei unmöglich gemacht wurde, den Kampf gegen die Ausschüderung des Volkes in der Weise zu führen, wie wir es für notwendig erachteten. Heute sehen wir das, was wir damals vorausgesehen haben, im vollsten Maße eingetreten. Heute leidet die deutsche Bevölkerung, nicht nur die Arbeiterklasse, auf das allerherzlichste unter der Verteuerung der Lebensmittel, welche jene schuchwürdige Zoll- und Handelspolitik uns gebracht hat, die es dahin gebracht hat, daß heute tatsächlich ein großer Teil des Volkes an Unterernährung leidet. (Sehr richtig.) Wie haben auf diesem Gebiete in Deutschland Zustände, wie sie entsetzlicher in keinem Lande der Welt existieren. Wir sind zu Verhältnissen gekommen, die, wenn sie weiter fortbauern, das Verderben Deutschlands notwendigerweise mit sich bringen müssen. Man entsetzt sich in bürgerlichen Kreisen über die Lohnkämpfe, über die Kämpfe zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, die im Laufe der letzten Jahre an allen Ecken und Enden Deutschlands ausgebrochen sind. Ja, ist es denn ein Wunder, daß die deutsche Arbeiterklasse gegen diese dauernde Ausschüderung durch das deutsche Agrarierturn sich mit Händen und Füßen wehrt? Die deutsche Sozialdemokratie verdient nicht den Namen, den sie hat, wenn sie nicht alles aufbietet, um diesem System mit aller Energie entgegenzutreten. Und für uns Vertreter der Sozialdemokratie wird es eine der ersten Aufgaben sein, in dem nächsten zusammen tretenden Reichstage die Frage aufzuwerfen, ob man in den entscheidenden Kreisen gewillt ist, dieses schuchwürdige System aufrecht zu erhalten. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß, wenn nicht von Grund aus Wandel geschaffen wird, wir nicht nur in einem permanenten Zustande der Teuerung verbleiben, sondern daß dieser Zustand sich fortgesetzt verschlimmert, und damit die soziale Not der großen Massen, und dabei befinden wir uns in diesem Augenblick noch in einer Periode der Prosperität. Aber wenn in dem Gange der Entwicklung der Gesellschaft eine Periode der absteigenden Konjunktur kommt, wenn die Löhne sinken und Arbeitslosigkeit Platz greift, dann werden wir in Deutschland Zuständen entgegengehen, die geradezu entsetzlich genannt werden müssen und die es den herrschenden Klassen und der Regierung geraten erscheinen lassen sollten, beizeiten zuzugreifen, ob sie glauben, daß auf die Dauer ein solcher Zustand der Dinge aufrecht erhalten werden kann. Hand in Hand mit diesem materiellen Druß geht der geistige Druß. Das letzte Jahr hat uns wie kein anderes eine ganze Masse von Selbstbrutalitäten der niedrigsten Art gebracht; wir haben Dinge erlebt, die wir in Deutschland nicht für möglich gehalten hätten. Vor sechs Jahren wurde einmal der Ausspruch getan: „Schüt den Arbeitswilligen!“ Heute müssen wir sagen: „Schüt dem, der es für notwendig hält, im Interesse seiner Person und seiner Angehörigen den Kampf um eine bessere Lebenshaltung zu führen!“ (Sehr richtig!) Statt dessen haben wir gesehen, wie in den letzten Jahren an allen Ecken und Enden Deutschlands Klassenurteile gefällt wurden, wie wir sie kaum in ähnlicher Weise in früheren Jahren erlebt haben. Charakteristisch an diesen Urteilen ist ihre Verächtlichkeit. Das zeigt, daß in unseren rechtsprechenden Kreisen ein Geist der Unzulänglichkeit, des Mißverständnisses, ein Geist der Feindseligkeit in bezug auf alles herrscht, was sich gegen die bestehende Ordnung wendet, der für die Zukunft Deutschlands die größten Gefahren in sich birgt. Ferner sehen wir ganz im Gegensatz zu unserem Nachbarland Frankreich, daß in unserem größten Bundesstaate, in Preußen, ein Schulgenosse der Zustimmung der großen Majorität des Dreiklassenparlamentes gefunden hat, wie ihn ganz ähnlich noch vor 15 Jahren die Regierung angesichts der Unmöglichkeit, ihm zur Annahme zu verhelfen, zurückziehen mußte. Nicht mit Unrecht ist gesagt worden: „Zentrum ist Trumpf“, vielleicht etwas weiter ausgedehnt: „Pfaffenstum ist Trumpf“. (Heiterkeit.) Wir haben in Preußen einen Kultusminister namens Studt (Lachen). Wir hatten in Preußen vor vier Jahrzehnten auch einen Kultusminister mit Namen Mähler. Mähler galt damals als Ausbund aller Reaktion, und es erschien damals kein Witzblatt, in dem diesem Mähler nicht in der schauerhaftesten Weise mitgespielt worden wäre. Aber alles, was Mähler erstrebt hat, aber nicht durchsetzen konnte, hat Studt leicht durchgesetzt und zwar mit Zustimmung jener Partei, deren Vertreter vor vier Jahren den Ausspruch tat, das deutsche Volk hungere nach Liberalismus. Derselbe Studt hat die öffentliche Erklärung abgegeben, als es sich darum handelte, einen Turnlehrer, der die erfreuliche Eigenschaft besaß Sozialdemokrat zu sein, zu beständigen, er könne das bei seinen Begriffs von Staatsräson nicht tun, denn dem betreffenden Manne fehle bei seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat die nötige sittliche Qualität (Heiterkeit) — ein Ausspruch so ungeheuerlich, daß man hätte annehmen müssen, auch die gesamte bürgerliche Presse, soweit sie noch auf Freiheit und Liberalismus Anspruch erhebt, hätte dagegen auf das allerentschiedenste protestiert. Zum Dank für diese und ähnliche Taten belam Studt den Schwarzen Adlerorden. Derselbe Herr v. Studt — denn durch den Schwarzen Adlerorden ist er nunmehr gradebt worden — ist es auch, der der Lehrerschaft in ihrem Bestreben auf Verbesserung der Gehälter entgegentritt, der alles anbietet, um die Erhöhung der Lehrergehälter in den Städten zu hintertreiben. Das muß mit Notwendigkeit die Wirkung haben, daß die besseren Kräfte sich vom Lehrerberufe zurückziehen und daß infolge dessen die Schul- und Bildungsverhältnisse auf das traurigste beeinflusst werden. Wir haben aber keine Ursache, irgendwie freudig der nächsten Zukunft entgegen zu sehen, was uns freilich nicht veranlassen kann, deshalb uns zu den Schwarzsehern zu rechnen. (Große Heiterkeit.) Zu den Schwarzsehern gehören wir nicht; wir malen schwarz dort, wo schwarz vorhanden ist, aber wir haben zugleich das Vertrauen zu der Zukunft des deutschen Volkes, daß es die Mittel finden wird, um diesen schwarzen Zuständen in der einen oder anderen Weise früher oder später ein Ende zu machen. (Lebhafter Beifall.) Wir sehen ferner, wie in Preußen die herrschende Polenspolitik vollständig Bankrott gemacht hat, wir sehen, daß alle Maßnahmen, die das Prezentum unternimmt, um dem Polentum entgegenzutreten gescheitert sind, wir sehen, daß die larmeliche Vermehrung des Polentums (Heiterkeit) — um mit Willow zu reden — noch wie vor anhält, wir sehen das Unerhörte, daß jetzt das Bürgerturn, für welches das Eigentum als das heiligste gilt, was es gibt, sich mit dem Gedanken trägt, um dem Polentum entgegenzutreten, müsse man zur Expropriation der polnischen Grundbesitzer schreiten. Wir haben keine Macht, das zu verhindern; es gibt uns im höchsten Maße ein schönes Beispiel dafür, wie wir es einstmals zu machen haben, wenn wir die Macht haben. (Sehr gut!) und Heiterkeit.) Wir sehen auch weiter, wie die Reaktionskräfte das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichstag in Frage stellen. Es war außerordentlich bemerkenswert zu hören, wie ein hervorragendes Mitglied der Zentrumspartei, Graf Strachwitz, vor einigen Monaten öffentlich die Ansicht proklamierte, daß das ungeliebte Wahlrecht zum Reichstag auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden dürfe, wenn nicht der gesamte Kulturzustand in Frage gestellt werden solle. Wenn irgendwo der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland in der ekkantesten Weise hervorgetreten ist im Laufe der letzten Jahre, so darin, daß es verchiedenen süddeutschen Staaten gelungen ist, das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu erhalten. Im Gegensatz dazu haben in den norddeutschen Staaten, in erster Linie in verjunkerten Preußen und im industriell hoch entwickelten Sachsen, die herrschenden Klassen unter Führung des Junkertums alles aufgeboten, um dem Volke das allgemeine, gleiche Wahlrecht vorzuenthalten. Es wird in den nächsten Tagen unsere Aufgabe sein zu beraten, welche Schritte zu ergreifen sind, um diesen auf die Dauer unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Zu allem Ueberflusse aber hat uns der letzte Sommer eine Fülle von Kolonialskandalen gebracht, wie sie selbst die ärgsten Pessimisten nicht für möglich gehalten haben. (A)

Will hier nicht auf die Tatsachen eingehen, daß ein Poddieleski bis heute auf seinem Ministerposten hat aushalten können. Wenn die Regierung, wenn die herrschenden Klassen es fertig bringen, so schwer kompromittierte Leute als leitende Beamte des Staates zu halten, so kann und darf nur recht sein, weil es in höchstem Maße zur Diskreditierung des Systems beitragen muß. (Sehr richtig.) Auf der anderen Seite muß es auffallen, daß, soweit ich die öffentliche Meinung verfolgen konnte, eigentlich nirgends Anmerkungen gemacht werden, daß dieser Zustand der Dinge, der durch das System Poddieleski sofort der ganzen Welt in bengalischer Verlesung erscheinend ist, in Deutschland, speziell in Preußen durchaus nicht neu ist. Daselbe, was man heute Herrn von Poddieleski mit Recht als immoralisch, als verwerflich, als in Widerspruch stehend zu seiner Stellung vorwirft, daselbe hat der große Heros des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, in der ausgiebigsten Weise getrieben. (Hört! hört!) Als Bismarck 1866 das nötige Geld geschenkt bekam, um Preußen zu kaufen, war das Erste, was er tat, daß er eine kleine Papierfabrik ins Leben rief und deren Fabrikate an die Reichspostverwaltung zu Monopolpreisen verkaufte. Und als er 1870 den großen Sachsenwald geschenkt bekam, da legte er auch dort neue Fabriken an, er schlug ungeheure Holzbestände nieder und verkaufte die Fabrikate wieder zum größten Teil zu Monopolpreisen an die Verwaltungen des Deutschen Reiches. (Hört! hört!) Daran hat niemand etwas auszusetzen gehabt. Ich begreife es, daß ein Poddieleski nach dem glänzenden Beispiel eines Bismarck handelt und sich sagt: Ja, was bei dem nicht als Verbrechen angesehen wurde, das kannst du auch tun. Wir, die wir jahrzehntelang die einzige Partei waren, die bekämpft hat, verurteilt selbstverständlich das System Poddieleski auf das Schärfste; aber über Korruption brauchen wir uns nicht so sehr aufzuregen, denn von Korruption lebt der größte Teil der bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig.) Es versteht sich von selbst, daß alle diese Dinge lebhaftes Erbitterung hervorgerufen haben, und zu allem Ueberflus hat die Reichstagsmehrheit selbst dafür gesorgt, daß eine Rasse von Erbitterung in weite Kreise getragen ist. Wir haben das Steuerbulet, das der letzten Session vorgelegen hat, nach allen Richtungen hin auf das entschiedenste bekämpft, wir haben seine Verwerflichkeit, seine Unwahrscheinlichkeit, seine volkswirtschaftlichen Schädlichkeiten nachgewiesen, wir haben vor allem hervorgehoben, daß es wiederum die Arbeiterklasse ist, die vorzugsweise durch diese neuen Steuern belastet wird, aber zu gleicher Zeit — und das ist eben die Ironie der Geschichte — durch die Bewilligung des Steuerbuletts auch in weiten bürgerlichen Kreisen Anstoß zur größten Unzufriedenheit gegeben, und es ist ein echt nationalliberales Blatt, das „Leipziger Tageblatt“, das auf Grund dieser Missstimmung den Charakteristischen Ausspruch tat: Wenn wir jetzt zu einer Reichstagswahl kämen, so würden die Steuerbemühten finden, daß so mancher, der jetzt auf dem kurulischen Sessel sitzt, nicht wiederkommt. (Sehr wahr!) Aber es war nicht nur die nationalliberale Partei, deren Führer Büsing die Bewilligung des Steuerbuletts als nationale Tat gepriesen hat, sondern es waren auch Zentrum und Konservativ, die den Steuern zustimmten. Wir haben alles aufzubieten, um das Volk darüber aufzuklären und dafür einzutreten, daß es bei der nächsten Wahl die entsprechende Duntung erteilt. (Lebhafte Weisfall.)

So wie im Innern von Deutschland sind auch die Verhältnisse Deutschlands zum Auslande nichts weniger als erfreulich. Wir haben ja im letzten Frühjahr die Abweisung der Paroloanfrage durch die Konferenz von Algier erlebt. Ich war Zeuge im Reichstage, wie Fürst Bülow durch einen Krankheitsanfall aufstehend gefest wurde, sich zu rechtfertigen, aber wie immer die Rechtfertigung hätte ausfallen mögen, heute kann kein Zweifel mehr bestehen, daß die Konferenz von Algier gezeigt hat, daß Deutschland in der Welt vollständig isoliert steht, und das hat wesentlich zur Steigerung der allgemeinen Unzufriedenheit in bürgerlichen Kreisen beigetragen. Davon ändern all die Reden und Deklamationen nichts, die wir im Laufe der letzten 16 Jahre zu hören bekommen haben. Dies ist das einzige Resultat der Konferenz, ein Resultat, wie es beschämender und trauriger nicht gedacht werden kann. So also ist das Fazit der Zustände im Innern und Aeußern.

Die jetzt bereits ins dritte Jahr gehende russische Revolution nimmt fortwährend das allgemeine Interesse in Anspruch und liegt zweifellos den herrschenden Klassen schwer im Magen. Es war ein sehr bezeichnendes Wort, das der preussische Justizminister im Reichstage anlässlich unserer Interpellation über den Königsberger Prozeß gesprochen hat, als er sagte: „Tua res agitur“ (Um deine Sache handelt es sich!) Wir regierenden Kreise

haben in Deutschland dafür zu sorgen, daß das böse Beispiel von Russland nicht zu uns hinüber kommt. — Tua res agitur! so sagen auch wir. Wir haben den dringenden Wunsch, wir haben das lebhafteste Verlangen, daß unseren russischen Brüdern und Schwestern, die jetzt so kolossale Opfer an Gut und Blut gebracht haben, die den furchtbarsten Grausamkeiten ausgeführt sind, ihr Kampf gegen den russischen Despotismus gelingen möge, damit endlich auch im großen Ostreich Europas Zustände herbeigeführt werden, die eines Kulturstaates würdig sind. (Lebhafte Weisfall.) Ein seltsamer Widerspruch ist es, daß derselbe Mann, der die kaum zusammengetretene Duma durch einen niederträchtigen Staatsstreich aufgelöst hat, in diesen Tagen dem finnländischen Volke durch eine Proklamations das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts vom 21. Jahre ab bewilligt hat, so daß Finnland augenblicklich in bezug auf das Wahlrecht der vorgebildetste Staat ist. Diese Widersprüche lassen sich nur erklären aus dem eigenartigen Verhältnis zwischen Finnland und Russland, das zu erörtern jetzt nicht der geeignete Moment ist, aber wie immer die Dinge sich im großen Ostreich Europas gestalten, wie sehr wir alle wünschen, daß es unseren Genossen in ihrem außerordentlich schweren Kampfe, der mit bewunderungswürdiger Fähigkeit und Opferwilligkeit geführt wird, gelingt, den Sieg davonzutragen, uns muß dies Beispiel aufs neue anfeuern, daß wir auch unsererseits alles aufbieten, um auch in Deutschland kulturwürdigere Zustände zu schaffen. (Weisfall!) So werden wir auch insbesondere in den nächsten Tagen die Mittel zu prüfen haben für die Aufgaben, die wir in nächster Zukunft lösen müssen. In diesem Sinne erkläre ich den Parteitag für eröffnet. (Lebhafte Weisfall.)

Der Parteitag konstituiert sich.  
Zu Vorstehenden werden einstimmig Singer, Berlin und Dresbach, Mannheim gewählt.

Singer:  
Ich spreche Ihnen herzlichsten Dank aus für die Ehre, die Sie uns erwiesen haben, indem Sie uns mit der Leitung des diesjährigen Parteitages betraut haben. Wir werden selbstverständlich alles aufbieten, um die Geschäfte des Parteitages in einer Weise zu führen, die mit der Zufriedenheit der Delegierten gleichzeitig eine geordnete Verhandlung gewährleistet. Wir können das aber nur, wenn wir der Unterstützung aller Delegierten teilhaftig werden. Wir haben eine Tagesordnung, die uns ernsthaft und voransichtlich eingehend beschäftigen wird. Wir sind selbstverständlich alle der Meinung, daß die für die Entwicklung der Partei wichtigen Fragen mit dem Ernst behandelt werden, den sie verdienen. Ich habe keinen Zweifel darüber, daß dieser Parteitag sich in der Würde und in dem Ernst seiner Verhandlung angemessen anstrengen wird den Parteitagen, die wir bisher gehabt haben. Wie die prächtigen Chöre diese mächtige Festversammlung begrüßt haben „zu der Arbeit Heil und Frommen“, so darf ich die Ueberzeugung aussprechen, werden auch die Arbeiten des Parteitages anfallen zu Heil und Frommen für die Sozialdemokratie. (Lebhafte Weisfall.)

Wenn wir nun dazu kommen, die Sitzungszeit des Parteitages festzusetzen, so habe ich bei dieser Gelegenheit dem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß wir mit Rücksicht auf gewisse Vorkommnisse unsere gewohnte Arbeitszeit etwas verlegen müssen. Wir dürfen es mit Fug und Recht bedauern, daß wir dazu gezwungen sind, da wir nach den Mitteilungen der Mannheimer Genossen zu der Annahme berechtigt waren, daß wir fest und sicher darauf rechnen können, in diesem Hause auch unsere Parteitagverhandlungen führen zu können. Die zuständige Gemeindeverwaltung hat anders beschloffen, wir sind nicht in der Lage daran etwas ändern zu können, wir müssen uns damit begnügen, unser Bedauern darüber auszusprechen, nicht so sehr und nicht allein darüber, daß es uns nicht vergönnt ist, in diesem prächtigen Hause die ganze Woche verweilen zu können, sondern mehr noch darüber, daß wir durch die Stadtverwaltung gezwungen wurden, uns nach einem anderen Lokal umzusehen. Die Abmachungen mit diesem gehen nun dahin, daß unsere Verhandlungen jeden Tag so zeitig geschlossen werden müssen, daß der Erwerbsbetrieb, also die Vorstellungen nicht gestört werden. Wir müssen infolgedessen die Verhandlungen um 6 Uhr schließen. Daher schlage ich vor, daß wir, um die 8 Stunden Tagesarbeit doch leisten zu können, für diesen Parteitag den Beginn der Verhandlungen auf morgen 8 1/2 Uhr ansetzen, bis 12 1/2 Uhr tagen, dann 1 1/2 Stunden Mittagspause machen und von 2—6 Uhr weiter tagen. (Zustimmung.)

Zu Schriftführern werden gewählt: Fräulein Vaaber, Berlin, Bartels, Altona, Schüb, Breslau, Schmitt, München, Brandes, Magdeburg, Dörke, Hannover, Urich, Offenbach, Fleißner, Dresden und Wollermann, Teltow-Beeslow.

In die Mandatsprüfungskommission werden delegiert: Frau Rich, Hamburg, Feldmann, Langenbielau, Wuhl, Leipzig, Braun, Königsberg, Stengele, Hamburg, Leopold, Reiz, Rierim, München, Sindermann, Dresden und Wels, Berlin.

Auf Vorschlag Singers wird hierauf in der Tagesordnung der Punkt 4 „Waisener“ hinter die Punkte 5 (Der politische Massenstreik) und 6 (Der internationale Kongreß 1907) gesetzt.

Singer: Mit der Tagesordnung des Parteitages beschäftigen sich die Anträge 1, 2, 3, 4, 5, 126 und 131 Absatz 4. Ich stelle die Unterstufungsfrage.

Die Unterstufung zu 1 reicht nicht aus.

Vor der Stellung der Unterstufungsfrage zu 2 bemerkt Singer: Ich möchte vermeiden, daß aus der eventuellen Ablehnung der Unterstufung irgend welche Schlüsse gezogen werden. Die bisherige Parteileitung ist unter voller Würdigung der Bedeutsamkeit der angeregten Frage doch der Ansicht, daß die Einschlebung eines neuen Punktes in die an sich schon stark belastete Tagesordnung nicht wünschbar ist. Der Parteitag wird deshalb doch Gelegenheit finden, seine Sympathie für die russische Revolution auszubringen. (Weisfall.)

Duncker, Dresden: Ich wollte berichten, daß nicht der dritte, sondern der vierte sächsische Wahlkreis beantragt hat, die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung auf die Tagesordnung zu setzen. Nach Singers Erklärung ziehe ich aber diesen Antrag zurück.

Die Unterstufung zu 3 reicht nicht aus.

Antrag 4 wird ohne Debatte abgelehnt.

Zu Antrag 5 bemerkt Singer, daß der Parteivorstand mehrfachen Anregungen aus den Kreisen der Parteigenossen folgend sich mit der Generalkommission in Verbindung gesetzt habe. Diese habe erklärt, Genosse Legien sei bereit, falls der Parteitag es beschliesse, das zweite Referat zu übernehmen.

Antrag 5 wird angenommen, Legien also zum Mitberichtersteller zu dem jetzigen Punkt 4: Der politische Massenstreik bestellt.

Die Anträge 126 und 131, 4 sind damit erledigt. Als definitive Tagesordnung wird aufgestellt:

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Parlamentarischer Bericht.
4. Der politische Massenstreik.
5. Der internationale Kongreß.
6. Die Waisener.
7. Sozialdemokratie und Volkserziehung.
8. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvolzug.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Vorstandes.

Singer: Die Anträge 118 und 119 verlangen die Wiederaufnahme zweier früher ausgeschlossener Genossen. Der Parteivorstand hat die Organisationen geladen, das Material liegt vor. Ich möchte nun bitten, daß die Mandatsprüfungskommission die Vorbereitung dieser Angelegenheit übernimmt.

Damit ist der Parteitag einberstanden.

Der geschäftliche Teil der Vorberatung ist erledigt.

Vor Schluß teilt Singer ein Telegramm mit, das den Sieg bei der Stichwahl in Schweizer zum Bezirksauschuß mit 2100 gegen 1000 Stimmen meldet. (Lebhafte Weisfall.) Dieser Sieg ist um so bedeutungsvoller, als es sich um ein neu gewonnenes Mandat handelt, um das Mandat, das in der letzten Session der frühere Landesauschußpräsident Gehrmann v. Schiumberger inne hatte. Wir danken im Namen des Parteitages den wackeren elsässisch-lothringischen Genossen und sehen in der Nachricht ein gutes Omen für den Parteitag und für die weitere Tätigkeit der Partei. (Stürmische Weisfall.) Unsere heutigen Verhandlungen wollen wir mit unserem alten Kämpfer, der der Leitern unseres Lebens ist: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten und die Zuhörer erheben sich und stimmen dreimal in das Hoch ein. Die vereinigten Männerchöre Mannheims und Ludwigsbafens singen Freilichtchöre „Gruß an die Reaktion: Troy alledem!“

Nach einer Pause beginnt dann das Fest, das unter Leitung des Genossen Dr. Franz-Mannheim steht.

Schluß der Versammlung 8 1/2 Uhr.

**Sozialdemokratisch-Wahlverein**  
des  
**6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 22. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter  
**Hermann Schmidt**  
Kügelstr. 25.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 3 Uhr von der Halle des Friedhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
249/19  
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Gatte und Vater, der Gastwirt  
**Ernst Werschke**  
im 55. Lebensjahre nach langem Leiden am 22. d. Mts. nachmittag verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. d. Mts., nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des freiwilligen Friedhofes, Doppel-Allee, aus statt. 1526b  
Um stille Teilnahme bitten  
Befehle, 24. September 1906.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Auguste Werschke**  
geb. Arndt als Gattin,  
**Anna Werschke**  
**Maria Werschke** als Kinder,  
**Bruno Werschke**

**Todes-Anzeige.**  
Allen Kollegen zur Nachricht, daß am 22. d. Mts. unser braver Kollege und Mitarbeiter, der Bäcker  
**Oswald Henske**  
verstorben ist.  
Sein edler Sinn und blinder Charakter wird uns stets ein Vorbild sein und ihm ein ehrendes Andenken sichern.  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag nachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jons-Schhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Die Kollegen der Groß-Bäckerei  
**Eduard Goldacker.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bau-Anschläger  
**Paul Seeger**  
am 22. d. Mts. nach schwerem Krankenlager gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofs, Landsberger Allee, aus statt.  
Regie-Beteiligung erwartet  
153/14  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Bäcker u. Berufsgen. Deutschlands.**  
Mitgliedschaft Berlin.  
Am 22. September verstarb unser Mitglied  
**Oswald Henske**  
im Alter von 21 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Dienstag, den 25. Septbr., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jons-Schhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.  
401  
Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die in so reichem Maße erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters sage ich allen Freunden und Bekannten sowie dem Beerdigungsverein der Berliner Zimmerleute und dem Verein der Eisenhändler meinen herzlichsten Dank.  
**Emma Brosowsky,**  
1519b  
Mitte, Rindenschtr. 1.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41.  
Spezialarzt für 137/13  
**Haut- und Halsleiden.**  
10—2, 5—7, Sonntag 10—12, 2—4.

**Arbeiter-Radf.-Verein „Vorau“**  
Berlin  
(Mitgl. d. R.-R.-V. „Freiheit“).  
Am 22. d. Mts. früh 3 Uhr entschlief plötzlich an Herzschwäche unser langjähriges Mitglied  
**Otto Langmeier.**  
Wir verlieren in dem Besten eines unserer eifrigsten und tatkräftigsten Mitglieder, welcher unserem Verein stets ein reges Interesse entgegenbrachte.  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 1516b  
Die Beerdigung findet heute nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Markus-Friedhofes in Bülowstraße aus statt.  
Der Vorstand.  
J. A.: **Arnold Dorow.**

**Danksagung.**  
Hierdurch sagen wir allen Kollegen, Kollegeninnen, Freunden und Bekannten sowie allen Vereinen für die schönen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders, meines lieben Bräutigams, des Buchbinders **Hermann Engel,** unseren innigsten Dank. 1534b  
**Familie Engel,**  
**Winnie Selbig.**

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres Vaters und Großvaters, des Pipers  
**Hermann Koerber**  
sagen wir allen Bekannten und Freunden sowie dem Genossen des 682. Bezirks und dem Zentralverband der Arbeiter Deutschlands (Zweigerverein Berlin) unseren herzlichsten Dank.  
**Frau Maria Koerber** nobat Kindern.

**„Armin-Hallen“**  
Kommandantenstr. 20,  
Am 1. Gr. u. kl. Festale Am 1. 8985 8985  
dieses und nächstes Jahr an Sonn- abenden und Sonntagen noch fest.  
**Seedleaf,** p. Bfd. M. 1.00 bis 1.20, Berlin N., Brunnenstr. 160. 29818

**Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.**  
Am Donnerstag, den 4. Okt., abends 8 Uhr, findet im Obliken Lokale, hier, Weiningerstr. 8, eine **außerordentliche General-Versammlung** statt.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Wahl zweier Vorstandsmitglieder (Arbeitnehmer). 2. Statutenänderungen. 3. Veränderung des Besondere-regulativs der Beamten. 4. Beschlußfassung über die Einziehung des Bausparens in das Besondere-regulativ. 5. Beschlußfassung über eine Veränderung der Anstellungsbedingungen der Beamten. 6. Anstellung von Beamten. 7. Beschließendes.  
Der Vorstand. 276/3  
**E. Flamm,** F. Geist,  
Vorpendent, Schriftführer.

**Fey's Gesellschaftshaus**  
Brunnenstraße 181.  
Der erste Weisnachts-Festtag ist noch zu vergeben.  
Nach sind noch einige Sonntage frei. 1529b  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach Maß, schnell, dauerhaft, von 20 Mark an. **Moritz Laband,** Oranienburger Straße 4, 1.

**Stola,**  
**Kuffen, Kolliers**  
in allen Pelz-gattungen sowie alle sonstigen Pelzwaren.  
Nur eig. Fabrikat aus best. Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.  
**Ferdin. Kalman**  
Dresdenerstr. 75  
vorn II, 2 Haus v. Thalia-Theater.  
Kein Reissmuster-schwindel. Verkauf auch Sonntags, und Wochentags von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. \*

**Bierlieferung nach Magdeburg.**  
Ein Beschlag einer von über 300 Restaurateuren und Saalbesitzern besuchten öffentlichen Versammlung, welche am 18. d. Mts. tagte, ist unterzeichnet. Obmann der Kommission zu Verhandlungen mit Interessenten beauftragt. 1573b  
**Leistungsfähige ringfreie Brauereien, welche in Magdeburg sich ein dauernd gutes Absatzgebiet sichern wollen, bitten sich um Abgabe ihrer Offerte an**  
**W. Lackenmacher, Restaurateur,**  
Magdeburg-N., Ottenbergstraße 13.

**SRF** kostet eine Tasse reine **delikate Fleischbrühe**  
**Quaglio's Bouillonkapseln**

**Wacholder-Extrakt** Marke „Medico“  
ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Drogenmittel, mit wunderbarem Erfolg wirksam, speziell gegen **Rheumatismus, Niere, Hämorrhoiden, Magenkrämpfe, Beschwerden der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma, Nervenleiden** auf Brust u. Lunge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise. Verursacht keine Nebenwirkungen, die Hausapotheke für den Kranken, den Reisenden u. den Unverwundeten, die Hausapotheke für den Kranken, den Reisenden u. den Unverwundeten, die Hausapotheke für den Kranken, den Reisenden u. den Unverwundeten.  
**Otto Reichel, Berlin SO. 43, F. Handlung, Eisenbahnstr. 4, IV. 4751, 4752, 4753.**  
Wo in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, Ludwig, hier frei Haus. Man verlange aus- und nehme feines, vollständig Marke „Medico“ andere Fälschungen.

**Möbel** eventuell auf **Teilzahlung**  
**Oranienstraße 73.**

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige Herrenmoden  
**Herren-Garderobe**  
— Ersatz für Maß. —  
Anfertigung nach Maß.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Große Frankfurterstraße 37, II.,  
Eingang Straußberger Platz.

Los nur 1 Mark.  
Ziehung am 4. Oktober

**Schneidemüller**  
Pferde

**Lotterie**

3087 Gewinne, W. Mark:  
**83 000**

darunter 5 komplette Gaspanns 4, 2, 1-  
spännige Equipagen und 47 Reit- und  
Wagenpferde, W. Mark

**59 000**  
1000 Silbergewinne und 35 Damen-  
und Herrenfahräder, W. Mark

**24 000**  
Hauptgewinn W. Mark

**10 000**  
Los 1 Mk. 11 nur 10 Mk.  
Porto und Liste 20 Pfg.  
empfiehlt das Generaldebit

**H. C. Kröger**  
Berlin SW., Friedrichstr. 260.  
Zu haben in allen  
Lotteriegeschäften und vielen  
Zigarrenhandlungen.

Sie vertreiben  
**Wanzen,**  
Flöhe, Schwaben, Motten usw.  
totsicher  
nur durch meine bewährten  
Spezialmittel: Pyrethrin usw.  
Pr. 50 Pf. u. 1 M. Prosp. gr. u. fr.  
**Max Denk,** Volta-Drogerie,  
Berlin N. 2, Hermsdorferstr. 5.

**A. B. Koch,**  
**Kohlen-Groß-Handlung**  
Berlin O. 34, Bismarckstr. 15.  
Preise für nur 14 Marken ab Wag  
von 10 Ztr. an: (23302)  
Prima la Galdhine (bekannte  
Marken) . . . pr. Ztr. 85 Pf.  
la Diamant (110 bis  
120 Ztr.) . . . . . 90 Pf.  
la Alle u. Hf. . . . . 95 Pf.  
la Anthrazit Gado. 2, 10 Ztr.  
Kohle, Steinkohlen usw. zu den  
billigsten Tagespreisen. Anlieferung  
frei Keller je nach Quantum pr. Ztr.  
10—15 Pf. mehr. — Bei Original-  
Waggon und größeren Abchlüssen  
berlangen Sie meine Spezial-Offerte.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante fertige Herrenmoden  
Bestellungen nach Maß, tadellose  
Ausführung eigener Werkstatt.  
Spezial-Geschäft für  
**Herren-Bekleidung,**  
kein Waren-Kreditkauf.  
**J. Kurzberg**  
An der Jannowitzbrücke 1, I.  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

**Arbeiter-**  
Berufs-Kleidung  
I. Spezial-Geschäft  
nur 3  
**3 Mühlendamms 3.**  
**Adolf Wecker.**

**Nathan Wand**  
129 Staligerstr. 129.  
Die schönsten 23552\*  
**Herren-Sommer-Paletots**  
und Anzüge in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Kanallieren getragene Sachen,  
fast neu, für jede Figur passend.  
speziell Bartha-Anzüge sind in  
großer Auswahl stets zu staunend  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Staligerstr. 129.  
Hochbahnhofs-Kottbusser Tor.  
Bitte auf Handnummer zu achten.

**Beste Betten-Füllung**  
**Echt chinesische**  
**Monopoldaunen**  
(gesetzl. geschützt) Pfund M. 2.85.

**Erste Bettfedernfabrik**  
mit elektrischem Betriebe

**Gustav Lustig**

Berlin S., Prinzenstr. 45 und 46.

**Grösstes Spezialgeschäft**

Deutschlands für

**Betten, Bettfedern**

und andere Bettartikel.

**Metallbettstelle**  
mit Zugfeder-Matratzen



zum Ausnahmepreise von M. 36

**Grosses Lager**  
anderer Metallbettstellen, Matratzen,  
Bett- und Steppdecken, Schlafdecken.

**Bettwäsche**  
ausserordentlich preiswert:

**Dimitibezüge**  
Oberbett 180x200 cm } . . . . M. 5.40  
2 Kissen 82x 84 cm }  
zum Schneiden und Knöpfen.

**Damastbezüge**  
Oberbett 180x200 cm } . . . . M. 6.50  
2 Kissen 82x 84 cm }  
Zum Schneiden oder Knöpfen.

**Inlette**  
fertig und vom Stück zu gleichen Preisen.

Jahres-Umsatz nachweislich

**Ueber 2000 Centner**  
**Bettfedern u. Daunen,**  
von keinem zweiten Detailgeschäft  
auch nur annähernd erreicht.

Man lasse sich durch anderweitige,  
ähnliche Angaben nicht täuschen.

Nur eigene  
Konfektion.

**M. Schulmeister**  
Schneidermeister  
**Dresdenerstr. 4**  
am Kottbusser Tor.  
**Herren- u. Knaben-**  
**Garderobe.**  
Elegante  
Winter-Paletots von 18,50 an  
Jackett-Anzüge . . . 17,50  
Rock-Anzüge . . . 26,—  
Gehrock-Anzüge . . . 32,50  
Loden-Joppen . . . 6,—  
Berufskleidung für alle Gewerke.  
= Nur eigene Konfektion. =

Größtes  
Spezial-Geschäft  
sämtlicher  
Gastwirts-Artikel.  
**L. Katz & Co.,**  
Spandauerstr. 45,  
am Molkenmarkt.  
Filiale:  
Ecke Kaiser-, Schilling- und  
Kl. Frankfurterstraße.

Täglich von 4—8 Uhr nachm.  
findet Probewaschen mit den welt-  
berühmten patentierten Wasch-  
maschinen, Ringmaschinen und  
Waschpulver „Rührperle“ von dem  
größten Spezial-Fabrik-Geschäft  
der Welt „Karl Kampmann jr.,  
G. m. b. H., Rülheim-Ruhr“  
statt. — Heinrich Vohbe, Berlin  
N., Invalidenstr. Nr. 142, Hof,  
Quergebäude. 19672\*

**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.**  
Berlin-Pankow.  
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.  
**Caramel-Malzbier**  
Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu.  
Arztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.  
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.  
Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich. 4331\*

**Ohne guten Magen keine Freude am Leben.**  
MURAL hilft die Speisen im Magen verdauen, bewirkt regen Appetit, hebt die Kräfte, beseitigt schlechte  
Verdauung. Höchst wohlschmeckend, unschädlich, bedeutend wirksamer als Magenwein, Liköre u. dergl. Seit  
11 Jahren von Tausenden von Aerzten mit großem Erfolg als diätet. Nähr- u. Verdauungsmittel  
vielseitig verordnet. Brosch. grat. 1/2 Probeff. M. 1,75, 1/2 Fl. (ca. 1/2 kg Inh.) M. 3,— frko. — Erhältl. in  
den Apotheken, wo nicht, wird nächste Bezugsquelle angegeben von **Klewe & Co., G. m. b. H.,**  
Nuralfabrik, Dresden O. 15. Mehr als 900 glänzende ärztl. Urteile: Dr. med. Fülle, dirigit. Arzt des  
Ostsee-Sanatoriums Zoppot, 5. Nov. 04: „Mit dem Mural bin ich sehr zufrieden und habe hier schon Hunderte  
von Flaschen verordnet“ und 14. März 05: „Es ist oben wirklich ein vorzügliches Präparat.“ 1521b

**Gesundheit ist Reichtum!**  
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.  
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 136.  
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.  
**Medizinische Bäder aller Art**  
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen  
für Damen und Herren.  
**2 Wannen-Bäder** mit je 2 Handtüchern  
0,75 Mk. (40 Minuten Badzeit)  
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

2307L\*  
**Sofastoffe**  
Auswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Moquettes.  
Plüsch-Satteltaschen.  
Muster b. näh. Angabe franko.  
Berlin, Oranienstr. 150.  
Emil Lefèvre.

**Neues Klub-Haus**  
72, Kommandantenstr. 72.  
Sonntags noch zu vergeben.

**Cigarren**  
**Reinhard Hellmich**  
Berlin N. 24,  
Friedrichstraße 108 I.  
Zigarren in jeder Preislage von  
25 Mark pro Mille an.  
Verkauf nur in Original-Kisten von  
100 resp. 50 Stück an.  
Kein Laden.

**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für 21032\*  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schillingstr.  
10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog  
m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.  
H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

**Kraut- und Blumenbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

**Leihhaus**  
Berlin, Kullamarkt 2  
Charlottenburg, Friedrichsplatz 12.  
Hohe Beleihung von Gold-, Silber-  
sachen u. Kleidungsstücken etc.

**Spezial-Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
59 Moritzplatz 59  
Ecke Stallschreiberstraße.  
Nicht zu vergleichen mit Ab-  
zahlungs-Geschäften, welche  
Garderobe usw. führen.  
**Extra-Abteilung**  
verliehen gewesener Möbel.  
Wöchentliche oder monatliche  
Teilzahlung gestattet!

# Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

## Preiswerte Herbst- u. Winter-Schuhwaren

### Damen:

**Haus-Pantoffel** aus feinem Filz, hübsche Farben, mit starker Filzsohle **M. 1.40, 1.20, 1.-** mit Filz- und Ledersohle **M. 2.-, 1.45** **88 Pf.**

**Filz-Hausschuhe** mit starker Filzsohle **M. 1.80** mit kräftiger Ledersohle **M. 1.50 u.** **145 Pf.**

**Leder-Hausschuhe** braun und schwarz, warm gefüttert **M. 3.40, 3.30** **220 Pf.**

**Filz-Schnür-Stiefel** mit Lederbesatz, sehr warm und bequem **M. 4.60** **360 Pf.**

**Knopf- und Schnür-Stiefel** bewährte Strapazierstiefel **M. 6.-** **550 Pf.**

**Knopf- und Schnür-Stiefel** echt Boxhorse, sehr beliebt **M. 6.90** **690 Pf.**

**Knopf- und Schnür-Stiefel** mit Lackzierkappe, elegante Form **M. 7.90** **790 Pf.**

**Knopf- und Schnür-Stiefel** Ia Wildrollleder, mit fl. Wollpelzfutter **M. 8.25** **825 Pf.**

**Knopf- und Schnür-Stiefel** Pa. Boxcalf, äußerst haltbar **M. 8.75** **875 Pf.**

**Knopf- und Schnür-Stiefel** fl. genäht Kalbleder, Original-Goodyear-Welt **M. 10.75** **1075 Pf.**

### Herren:

**Filz-Hausschuhe** mit kräftiger Ledersohle **M. 2.70**, mit starker Filzsohle **M. 2.30** **230 Pf.**

**Leder-Hausschuhe** rot und schwarz, warm gefüttert, **M. 4.-** **295 Pf.**

**Zugstiefel** aus kernigem Wicksleder, dauerhafte Straßenstiefel, **M. 10.-, 9.50, 8.30, 7.50, 5.90** **490 Pf.**

**Schnürstiefel**, wetterfeste Qualitäten, **M. 9.20, 7.90, 7.20, 5.90** **490 Pf.**

**Schnallenstiefel**, dauerhafte Lederarten, praktische Fassons, **M. 12.-, 9.50** **650 Pf.**

**Filz-Schnallenstiefel** mit starkem Lederbesatz, warm gefüttert **M. 8.75** **875 Pf.**

**Schnürstiefel** Ia Boxhorse, mit Lackzierkappe, elegant **M. 9.50** **950 Pf.**

**Schnür- u. Schnallenstiefel** m. Spiegellederbes., auß. haltb., beliebte Herbststiefel **M. 9.80** **980 Pf.**

**Tuch-Zugstiefel**, mit Rindlackbesatz, Ia Filzfutter, sehr warm und bequem **M. 10.50** **1050 Pf.**

**Schnürstiefel**, prima Boxcalf, moderne Fassons **M. 10.90** **1090 Pf.**

### Knaben, Mädchen und Kinder:

**Kinder-Melton-Ohrenschuhe** mit Filzsohle, sehr bequem **M. 73** **73 Pf.**

**Kinder-Melton-Stiefel** mit Lederspitze und Ledersohle **M. 98** **98 Pf.**

**Kinder-Spangen-Schuhe** warm gefüttert, Filz- und Ledersohle **M. 1.70** **170 Pf.**

**Kinder-Melton-Schnallen-Stiefel** mit Lederspitze, Filz- und Ledersohle, Größe 27/29 **M. 1.80**, Größe 22/26 **M. 1.60** **160 Pf.**

**Kinder-Knopf-Stiefel** grau Filz mit Lackbesatz, Ledersohle und Kl. Absatz **M. 3.50, 3.-** **220 Pf.**

**Kinder-Knopf-Stiefel** fein Melton mit Lackspitze, Ledersohle und Plüschfuss **M. 1.40** **140 Pf.**

**Mädchen-Plüsch-Hausschuhe** warm gefüttert mit Ledersp. u. Ledersohle **M. 1.15** **100 Pf.**

**Knaben- und Mädchen-Schnürstiefel** Ia Filz, mit Rolllederbesatz, warm gefüttert, je nach der Größe von **M. 2.90** **290 Pf.**

**Knaben und Mädchen Knopf- und Schnürstiefel** vorzügliches Wicksleder, kräftige Schul-Stiefel, je nach der Größe von **M. 3.30** **330 Pf.**

**Knaben und Mädchen Knopf- und Schnürstiefel** echt Boxhorse, moderne Fassons, je nach der Größe von **M. 4.60** **460 Pf.**

**Reise-Schuhe** aus prima Kamelhaarstoff, mit Filz- und Ledersohlen, sehr warm und bequem **M. 3.90** **390 Pf.**

**Herren 390 Pf.** **Damen 380 Pf.**

**Melton-Schnallen-Stiefel** mit Priesfutter, Filz- und starker Ledersohle, das Beste und Bequemste fürs Haus **M. 3.90** **390 Pf.**

**Herren 390 Pf.** **Damen 340 Pf.**

### Tanz- und Ball-Schuhe

zu bekannt billigen Preisen!



### Eigene Geschäfte in BERLIN und Umgegend:

C., Rosenthalerstraße 14.  
C., Spittelmarkt 15.  
W., Potsdamerstraße 50.  
W., Schillstraße 16.  
S., Oranienstraße 65.  
SO., Oranienstraße 2a.  
SO., Wrangelstraße 49.  
SW., Friedrichstraße 240-241.

NW., Besselstraße 29.  
NW., Turmstraße 41.  
NW., Wißnackerstraße 22.  
O., Andreasstraße 50.  
O., Frankfurter Allee 125.  
N., Danzigerstraße 1.  
N., Müllerstraße 3.  
N., Reinickendorferstraße 23.

Charlottenburg:  
Wilmersdorerstr. 122-123.

Rixdorf:  
Bergstraße 30-31.

Potsdam:  
Brandenburgerstraße 54.

## Gummi-Schuhe

„Echte Petersburger“  
in bekannter unübertrefflicher Qualität!  
Unter Garantie für Haltbarkeit!  
Prima englische Gummischuhe Marke „Albion“  
für  
**Herren** **Damen** **Knaben u. Mädchen** **Kinder**  
**M. 3.90** **2.50** **2.20** **1.80**  
sowie bestes schwedisches Fabrikat.

**Bitte! Nicht irren!**  
Man achte stets auf unsere volle Firma  
**Conrad Tack & Cie.**  
um Verwechslungen  
mit ähnlich lautender  
Firma zu vermeiden!

## Die Eröffnung

unseres 96. Verkaufsgeschäftes in BERLIN N.  
**Friedrichstr. 127**  
Am Oranienburger Tor  
findet am  
**Sonnabend, den 13. Oktober**  
statt.  
**Große Eröffnungs-  
Überraschungen!**

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Mannheim, 24. September 1906.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein. Zum Bericht des Vorstandes liegen eine Anzahl Anträge vor. Unterjährt werden nur folgende Anträge:

Magdeburg und Bochum: „Dah der Vorstand um zwei Sekretäre verstärkt wird“.

Kassel-Melungen: Der Parteivorstand ist angeführt der Tatsache, daß die Aufgaben der Partei fortgesetzt größer werden und namentlich auch im Hinblick auf die 1908 bevorstehenden Reichstagswahlen um zwei Sekretäre zu verstärken.

Das Wort erhält der Berichterstatter

Flammkuch:

Genosse Haysmans hat der deutschen Sozialdemokratie bezüglich ihrer Organisation ein besonderes Lob ausgesprochen. Dies ist umso bemerkenswerter, als er als Sekretär des Internationalen Bureau auch die Organisation aller anderen Länder kennt. Und wird dieses Lob nicht in den Kopf steigen. Wir sind durchaus nicht der Meinung, daß unsere Organisation musterhaft sei. Gerade der Streit zwischen der mehr politischen und mehr gewerkschaftlichen Richtung hat seine Grundlage in Mängeln der Organisation. In Jena haben wir ja der Partei eine festere Organisation gegeben. Dadurch ist es möglich geworden, die Kräfte der Partei mehr und mehr zusammenzufassen und wir können nach der bisherigen halbjährigen Praxis nur sagen, daß wir gute Erfahrungen mit der neuen Organisationsform gemacht haben. Der vermeintliche Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft ist meistens nur ein eingebildeter. Einzelne Äußerungen werden mißverstanden und rufen dann noch zugehörigere Äußerungen von der Gegenseite hervor. Der Genosse v. Elm wird in der Debatte immer als derjenige aufgefaßt, der der Meinung Ausdruck gegeben habe, man brauche nur seitens der Gewerkschaften ernstlich zu wollen und es wäre möglich, die Auffassungen der Gewerkschaften auf die Partei zu übertragen, ja, die Parteileitung selbst nach der Richtung hin zu reformieren. Ich habe das nicht aus feiner Äußerung herausgesprochen können. Ich bin im Gegenteil der Meinung, Genosse Elm wolle damit nur alle Gewerkschaftsmitglieder anspornen, auch ihrerseits sich mehr um die Sozialdemokratie, um die politische Organisation zu kümmern; dann würden all die Klagen, welche die Gewerkschaften heute der Partei gegenüber vorbringen, auf ein Mindestmaß reduziert. Genosse Elm nicht mir zu; es freut mich, daß ich ihn richtig verstanden habe. In derselben Debatte, wo Genosse Elm den ihm so viel verdachten Ausdruck gebraucht hat, hat Genosse Silberstein mit dem Genossen Simon von Nürnberg den Vorwurf gemacht, er sei einer derjenigen, die noch die altväterliche Ansicht vertreten, die Gewerkschaften sollten und müßten nur Rekrutenschulen der Sozialdemokratie sein. Ich nehme an, daß der Genosse Silberstein dieses „nur“ nicht so froh gemeint hat, und daß Genosse Simon nur dem Gedanken hat Ausdruck geben wollen, daß die Gewerkschaften neben der Erfüllung ihrer Aufgaben im heutigen wirtschaftlichen Leben auch die andere Aufgabe erfüllen müßten, Kräfte für die Sozialdemokratie zu werben und auszubilden und daß das ein Stück ihrer Aufgabe sei, dem sie sich nicht entziehen sollten und wollten. Ein Streit darüber, ob der Partei oder den Gewerkschaften der Vorrang gebühre, oder ob sie gleichberechtigt seien, sollte unter Parteigenossen eigentlich überhaupt nicht geführt werden. Es ist selbstverständlich, daß jeder Genosse die Einheit der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Partei will. Wenn aber eines bei der ganzen Diskussion über diese Frage fruchtbringend geworden ist, so der Hinweis darauf, daß für die Zusammenschließung beider Bewegungen mehr als bisher zu geschehen hat. Ich kann erklären, daß die Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Parteileitung jede mögliche Förderung jederzeit erfahren wird, erfahren muß und erfahren soll. Speziell hat im Parteivorstand auch nicht einen Augenblick eine Meinungsverschiedenheit darüber bestanden, wie die Form der Organisation der Gewerkschaften beschaffen sein müsse. Ich komme darauf, weil in der letzten Zeit der Kampf zwischen den Gewerkschaften eine Form angenommen hat, die die Partei und die Gewerkschaften in gleicher Weise in Mitleidenschaft gezogen hat. Aber nicht etwa erst das Eintreten dieser Kampfform hat die Auffassung der Parteileitung beeinflusst, nein, diese Auffassung ist bereits wiederholt auf den verschiedenen Parteitagen ausgesprochen worden. Es ist betont worden, daß im Parteivorstand nicht ein einziger Genosse sitzt, der nicht ein Anhänger der Organisationsform der Zentralverbände der deutschen Gewerkschaften wäre. Wir beklagen es auf das tiefste, daß Jerschlitterungsversuche unternommen sind, unter denen die deutsche Gewerkschaftsbewegung heute noch zu leiden hat. Schon vor zwei Jahren hat sich der Parteivorstand der Aufgabe unterzogen, zu versuchen, eine Einigung zwischen den Zentralverbänden und den sogenannten Lokalistern herbeizuführen. Der Versuch ist damals gescheitert. Eine gleiche Anregung ist jetzt wieder an den Parteivorstand herangetragen; aber sowohl er wie auch die Gewerkschaftsorgane, mit denen er Rücksprache genommen hat, sind einmütig der Auffassung, daß ein derartiger Versuch heute ein vollkommen verfehltes Unternehmen wäre. Wenn aber etwas dazu beitragen könnte, eine solche Versammlung möglichst bald herbeizuführen, dann will ich ausdrücklich, daß entgegen anderen Auffassungen, denen auch öffentlich Ausdruck gegeben worden ist, in der deutschen Parteileitung bisher nichts unternommen worden ist, was irgendwie der Auffassung Vorschub leisten könnte, seitens der deutschen Parteileitung würden die Lokalistern noch in ihren Bestrebungen unterstützt. Im Gegenteil, ich kann nur betonen: der Parteivorstand ist der einmütigen Auffassung, daß eine erfolgreiche Führung der wirtschaftlichen Kämpfe mit der geschlossenen dastehenden Unternehmerklasse nur denkbar ist mit einer geschlossenen starken einheitlichen Gewerkschaftsorganisation (Sehr richtig!) und das können, mögen auch über einzelnen Einrichtungen in den Gewerkschaften Meinungsverschiedenheiten bestehen, die innerhalb der Organisation ausgefochten werden können, das können nur die Zentralverbände sein. (Sehr richtig!)

Was nun die Veröffentlichung eines Teiles des Protokolls der bekannten Gewerkschaftskonferenz durch den Parteivorstand gegen den Willen der Generalkommission anbelangt, so erlaube ich rückhaltlos an, daß die Generalkommission formell durchaus im Rechte war, dem Wunsch der Parteileitung nicht stattzugeben. Der Parteivorstand hat deshalb auch zum zweiten Male an die Generalkommission das Ersuchen auf Freigabe dieses Teiles des Protokolls gestellt in so dringlicher Weise, daß die Generalkommission sich veranlaßt sah, da sie glaubte aus eigener Machtvollkommenheit nicht in leichtfertiger Weise etwa, wie man das auch hingestellt hat, dazu gekommen, trotz dieses Votums den betreffenden Teil des Protokolls zu veröffentlichen. Es lag nichts näher, als daß das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts“, dazu nicht schweigen konnte. Die Redaktion des „Vorwärts“ trat an den Parteivorstand mit der Frage heran: Was sollen wir tun? Wir können nicht einen Tag mehr länger warten; jeder Tag, den wir schweigen, verneimt die peinliche Verlegenheit, in der wir uns befinden, und die von den Gegnern in der rückhaltlosesten Weise aus-

geschlachtet wird. Ich betone diesen Umstand, um den Vorwurf der Generalkommission zurückzuweisen, daß sie auf die Mitteilung hin, daß die Parteivorstände der Gewerkschaften unser Verlangen abgelehnt hätten, keine Antwort mehr erhalten habe. Dazu war keine Zeit mehr. Die Redaktion war so in Verlegenheit, daß sie nicht mehr warten konnte, Genosse v. Elm hat selbst nützlich in einem ähnlichen Falle erklärt, es gibt Momente, wo man sich entscheiden muß, wo man handeln muß. In dieser Situation befanden wir uns damals, als wir die Entwendungen der Redaktion als berechtigt anerkennt müßten, die sagte: Der Teil muß veröffentlicht werden, um den Gegnern die Angriffswaffen aus der Hand zu schlagen. — Ich will noch weiter betonen, und das wird die Sache in noch mildere Dichte erscheinen lassen und den Parteivorstand völlig entlasten, die Redaktion hätte bei einem ablehnenden Votum des Parteivorstandes die Pressekommision des „Vorwärts“ vollständig auf ihrer Seite gehabt. Ich glaube, ich begehe keine Indiskretion, wenn ich das sage. Der Parteivorstand wäre damit in Gegenlag zu ihr geraten, und das sagten wir uns doch, auf einen Kompetenzkonflikt, der schließlich noch der Kontrollkommission zur Entscheidung zu unterbreiten gewesen wäre, wollten wir es im gegenwärtigen Augenblick nicht antworten lassen. Dazu drängte die Entscheidung zu sehr. Dazu kam, daß wir die Diskussion über dieses Thema in dem Rahmen halten konnten, den wir für den angemessenen erachteten. Die fünf Artikel, die der „Vorwärts“ unter Zustimmung des Parteivorstandes zu der Sache brachte, haben wohl, glaube ich, wegen ihrer Gründlichkeit und Sachlichkeit allgemeine Zustimmung gefunden. Wenn also auch die Generalkommission formell im Rechte war, so hat doch der Parteivorstand unter zwingenden Verhältnissen gehandelt, wie er nicht anders handeln konnte, und ich glaube, daß der Effekt seiner Handlung ein derartiger ist, daß er sich der Zustimmung aller Parteigenossen erfreut und daß Befriedigung innerhalb der Parteireihe darüber besteht.

Verschiedene Anträge bringen alle zum Ausdruck, daß der Parteivorstand im letzten Jahre nicht alles getan habe, was im Interesse der Agitation notwendig gewesen wäre. Eine Uebersicht über das Schicksal aller angenommenen und dem Vorstand zur Erwägung überwiehenen Anträge, wie ihn ein Antrag wünscht, ist bereits in diesem Bericht gegeben und wird von jetzt ab eine ständige Rubrik im Vorstandsbericht bilden.

Der uns in Jena erteilte Auftrag, einen erneuten Verständigungsversuch mit den polnischen Genossen zu unternehmen, ist ausgeführt und hat zu einem erfreulichen Resultat geführt. Die Verhandlungen zwischen der P. P. S. und dem Parteivorstand haben sich zuerst ziemlich lange hingezogen. Erst als drei polnische Delegierte nach Berlin kamen, wurde die Verständigung schnell erreicht. Die Grundlage der Einigung finden Sie in dem Vorstandsbericht (Seite 27). Ich erwähne das hier nur, um einen Wunsch der polnischen Genossen nachzukommen, damit auch der Parteitag diesen Abmachungen seine Sanction erteilt. Weiter wünschen die Genossen dann eine nochmalige Veröffentlichung der Einigungsgrundzüge mit den Unterschriften des deutschen und polnischen Vorstandes. Das wäre zwar überflüssig, aber wir können es ja tun, um zu beweisen, daß wir selbstverständlich alles Vergangene vergessen haben und bereit sind, gemeinsam zu arbeiten.

Der Parteivorstand erhält ja aus den Kreisen der Genossen recht viele Anregungen, dies und jenes zu tun. Das ist gewiß sehr rühmlich, aber man darf nicht glauben, wenn diesen Anregungen einmal nicht nachgegeben werden kann, daraus das Recht herleiten zu können, nun auf den Parteivorstand loszuschlagen. Das ist kein parteigenössliches Verhalten. Von einer Flegelmücherei des Parteivorstandes, die ihm sogar vorgeworfen wird, ist nicht die Rede. Wir haben so viel wie irgend möglich für die Agitation getan. Aniderig zu sein, ist weder Parteientention noch Gepflogenheit. Es ist freilich das Wort besonders deswegen geprägt worden, weil die Parteipresse und besonders die Probingspresse in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht den Aufgaben in dem Maße gewachsen ist, wie es wünschenswert erscheint. Niemand ist mehr von dieser mißlichen Lage überzeugt, wie der Parteivorstand und aus diesem Grunde, daß bisher nicht die Möglichkeit vorlag, gründliche Abhilfe zu schaffen, ist die Entschließung des Parteivorstandes hervorgegangen, für die Leute, die Parteipropaganda und Agitation betreiben wollen, sowie für die Redakteure, die wie für unsere Parteipresse heranzubilden wollen, Kurse einzurichten, in denen tüchtige Parteigenossen herangebildet werden sollen. Wie alle sind der Meinung, daß unsere Probingspresse einer besseren Ausstattung ihrer Redaktionen notwendig bedürfte. Die Veranlassung von Gebieten, die bisher brach lagen oder nicht in dem Maße ausgebeutet werden konnten, wie es wünschenswert wäre, ist erst möglich, wenn eben die Kräfte aus dem in Vorbereitung befindlichen Institute hervorgegangen sind. Ich kann dabei nicht unterlassen den Vorwurf zurückzuweisen, als ob die Partei geistig verarme. Welche Annahme von geistiger Kraft hat die deutsche Sozialdemokratie hervorgebracht, die sich heute auf den vier großen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung, der Parteipolitik, der Gewerkschaften, den Krankenkassen und den Genossenschaften betätigt. Ich behaupte, keine andere Bewegung, die erst mehr als vier Jahrzehnte existiert, hat dieselbe Summe von Intelligenz herorgebracht wie die sozialdemokratische. Ich bin der festen Ueberzeugung, die Partei verfügt über einen großen Fonds von geistigen Kräften, der in ausgedehnten Gebieten Verwendung findet. Wegen dieser Ausdehnung aber entfällt ein Mangel in der Verarbeitung der immer größer werdenden Aufgaben. Um diesem Bedürfnisse zu genügen, hat sich der Parteivorstand entschlossen, die Kurse einzurichten, in denen in sechsmonatlicher Dauer den Parteigenossen die Grundlagen gegeben werden sollen, die sie dann durch Selbststudium bez. durch Volontieren in großen Partei-Redaktionen erweitern können. Wir hoffen, daß unsere Erwartungen nicht getäuscht werden. Dem Parteivorstand sind bei Gründung des Instituts Wünsche gemacht worden, er habe sich in der einen oder anderen Form vergriffen. Das kann möglich sein; aber ein Beweis dafür liegt nicht vor. Alle jene, die alles besser wissen wollen, haben auf die Frage, wie es anders zu machen sei, die Antwort nicht geben können, und so lange diese Antwort nicht gegeben werden kann, sollte man abwarten, was die nächste Zukunft bringt. Durch die Kritik wird höchstens erreicht, daß derartige Einrichtungen schon von vornherein beeinflusst werden.

Die Parteileitung hat auch die Parteikorrespondenz errichtet, von der Ihnen bereits neun Blatt vorliegen. Sie ist ein wesentliches Unterstüzungsmittel für die Genossen, die agitatorisch tätig sein sollen. Wenn daran Kritik geübt worden ist, so ist dies das gute Recht der Genossen. Auch wir in der Parteileitung haben bisher selbstredend noch nicht in dem Maße eigentlich gefunden, was es nach unseren Erwartungen sein soll. (Zuruf: Sehr richtig.) Es fällt eben ein Baum nicht auf den ersten Dieb. Verbesserungen werden Schritt für Schritt, so es sich notwendig erweist, vorgenommen werden. Das Blatt soll eine Fundgrube darstellen, aus der die agitatorisch tätigen Genossen das Material schöpfen können, um unseren Gegnern in der öffentlichen Diskussion entgegenzutreten zu können und selber angreifbar vorzugehen. Wir hoffen, daß wir das Blatt so gestalten werden, daß es unsere Hoffnungen und Wünsche erfüllt.

Wir haben auch anderweitig zur Förderung der Agitation den Genossen Material an die Hand gegeben, um die Wahrscheinlichkeit zu betreiben, um die März- und Märzfeier einheitlich zu gestalten und die entsprechenden Reden halten zu können. Wir haben selbstverständlich dabei auch nicht von denen leiten lassen, die heute noch der Meinung sind, eine derartige Bewegung müsse mit den härtesten Mitteln fortwährend gesteigert werden. Man ist im Irrtum, wenn man der Auffassung huldigt, es bedürfe nur von der einen oder anderen Richtung her irgend einer Anregung und der Parteivorstand müsse der Anregung Folge geben. So wurde beispielsweise an uns die Forderung gestellt, wir sollten aus Anlaß der Nürnberger Vorkommnisse Protestversammlungen gegen die Polizeiwirklichkeit entrichten. Das ist nicht schwierig; aber es muß doch

auch eine ordentliche Unterlage für derartige Dinge vorhanden sein. Um aber nichts zu veräumen, nahm der Parteivorstand Veranlassung, bei unseren Nürnberger Genossen, die sich ganz tüchtig verhielten, indem sie vernünftigerweise mit den Tatsachen rechneten, anzufragen, und wir erhielten die Auskunft, daß unsere Kritik die richtige sei. Andere Genossen waren der Ansicht, man könne den Sterbetag Lassalles zum Anlaß einer erneuten Demonstration zu Gunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts machen. Auch dieser Anregung hat der Parteivorstand nicht Folge geleistet, und es hat sich gezeigt, daß er recht hatte. Es wird weiter dem Parteivorstand vorgeworfen, daß er in der Wahlrechtsfrage gebremst hat. Aber man muß doch die realen Faktoren in Rechnung ziehen. Es ist ja jetzt Gepflogenheit geworden, auf der einen Seite die schärfsten Mittel zu fordern, um zu beweisen, daß die, welche sie früher forderten, unrecht haben, daß sie sie heute nicht mehr fordern. Das ist keine Art und Weise, wie man Parteitagitation betreibt. Man sollte immer die Zukunft im Auge haben und das tun, was möglich ist.

Für die agitatorisch tätigen Genossen hat der Vorstand die Herausgabe eines Leitfadens beschossen, der alles enthält, was für die Agitation wichtig ist. Der Auftrag ist noch in Arbeit. Genosse David, der damit betraut ist, wird sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise entledigen.

Wir haben noch ein weiteres getan und eine Zusammenstellung aller von der Sozialdemokratie im Reichstage eingebrachten Anträge und deren Schicksal in Auftrag gegeben. Genosse Kagenstein, der damit betraut ist, wird diese Arbeit zum Heil und Nutzen der Partei erfüllen.

Noch einige Worte zu den Anträgen auf Änderung der Organisation. Es hat mich gefreut, daß die meisten dieser Anträge nicht unterjährt sind. Das beweist, daß die Delegierten nicht deshalb Anträge einbringen, um das Wort zu ihrer Begründung ergreifen zu können, sondern daß sie praktische Arbeit zu leisten geonnen sind. Es ist unnötig, über die Anträge noch etwas zu sagen. Nur einige Worte zu den genügend unterstützten Anträgen auf Vermehrung der Zahl der auf dem Parteibureau tätigen Sekretäre. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission schlagen ihnen nach gründlicher Erwägung einstimmig vor, den Parteivorstand um einen weiteren Sekretär zu vermehren. Außerdem erbitten wir die Sanction zur Anstellung von Hilfskräften. Wir wollen vorläufig zwei intelligente Parteigenossen zur Erledigung der mechanischen Arbeiten anstellen, die naturgemäß einen immer größeren Umfang annehmen. Ich glaube, der Parteitag wird dem einmütigen Wunsche des Vorstandes und der Kontrollkommission zustimmen. Dann wird die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Leitung die Organisation haben, die allen Aufgaben gerecht werden kann. Wir dürfen uns nicht dadurch heirren lassen, daß hier und da der Vorwurf erhoben wird, die deutsche Sozialdemokratie sei bedeutungslos. Ein solcher Vorwurf ist begreiflich, wenn er von außerhalb Stehenden erhoben wird. Aber es gibt auch Genossen in den eigenen Reihen, die das behaupten. Um so mehr hat es mich gefreut, daß heute morgen die fremdländischen Delegierten einer nach dem anderen das Lob der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen. Nach meiner Meinung waren das nicht nur Höflichkeitshandeln; das Lob kam aus dem Herzen, es war der Ausdruck der in den betreffenden Ländern herrschenden Anschauungen. Wenn dem aber so ist, dann können wir auf die Leistungen des verflohenen Jahres mit Stolz blicken. Wir können getrost in die Zukunft schauen, wir sind stark genug, um unser Ziel mit gewohnter Energie weiter zu verfolgen. Oh, wann und wie wir es erreichen, ist eine andere Frage, die jetzt nicht zur Diskussion steht. Wir sind bis jetzt immer kampfbereit gewesen, wie werden es auch in Zukunft sein. (Lebhafter Beifall.)

Beitrag

erstattet den Kassenbericht. In dem gedruckten Berichte sind die Einnahmen nach Provinzen und Staaten geordnet. Das Gegenstück zu dieser Tabelle, eine Uebersicht, was aus der Zentralkasse in die einzelnen Provinzen und Staaten geflossen ist, konnte nicht mehr aufgenommen werden. Ich teile sie deshalb an dieser Stelle mit. Allerdings schade ich voraus, daß sie naturgemäß nicht ganz erschöpfend sein kann. Oft kommt das, was der einen Provinz überwiesen wird, auch einer anderen Provinz zugute. Eine ganz scharfe Trennung ist nicht möglich. Man darf auch nicht vergessen, daß eine solche Tabelle noch kein erschöpfendes Bild gibt. Die Bedürfnisse der einzelnen Landesteile sind in den einzelnen Jahren sehr verschieden. Erst eine auf Grund wiederholter Aufstellungen gewonnene Uebersicht kann zu einem abschließenden Urteil darüber führen, ob die Verwendung der Gelder zweckmäßig und gerecht war. Im einzelnen stellt sich das Verhältnis zwischen den Beitragsleistungen der einzelnen Provinzen und Bundesstaaten an die Zentralkasse und den Zuwendungen aus der letzteren an die Landesteile folgendermaßen:

	Beiträge	Zuwendungen
Ostpreußen	652,—	29 700,35
Weipreußen	47,60	2 873,40
Brandenburg (darunter in Form v. Darlehen 10 000,—, Unterstützung Katausgeperrter 90 000,—)	160 124,24	102 528,80
Pommern	1 132,23	15 814,20
Posen	51,85	2 040,40
Sachsen	4 980,58	25 051,42
Sachsen (darunter in Form eines Darlehens 20 000,—)	3 584,96	24 066,55
Schleswig-Holstein	6 179,96	18 000,—
Hannover (darunter in Form von Darlehen 55 000,—)	2 089,51	68 972,—
Westfalen	3 196,01	41 054,75
Hessen-Kassau	4 305,84	20 841,40
Rheinprovinz (darunter in Form v. Darlehen 90 000,—)	5 542,63	141 614,96
Königreich Preußen insgesamt (dar. in Form v. Darl. 175 000,—)	102 737,29	485 667,23
Königreich Bayern (dar. in Form v. Darlehen 6000,—)	3 975,41	16 780,—
Königreich Sachsen (dar. in Form von Darlehen 46 000,—)	30 400,—	50 781,60
Königreich Württemberg	1 389,—	100,—
Großh. Baden (dar. in Form von Darlehen 5000,—)	860,47	19 400,—
Großh. Hessen	2 500,—	9 020,30
Großh. Mecklenburg	400,—	4 000,—
Großh. Sachsen-Weimar	349,—	6 171,10
Großh. Oldenburg	1 523,48	1 544,40
Großh. Braunschweig	425,—	432,—
Herzogtum Sachsen-Weimingen	128,88	800,—
Herzogtum Sachsen-Altenburg (Zuwendungen für die sächsischen Staatengruppen: Sachsen-Weimar, S.-Weimingen, die beiden Schwarzburg sowie die beiden Reuß und S.-Altenburg insgesamt 4116,—)	1 000,—	
Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha (darunter in Form von Darlehen 2000,—, die bereits zurückgezahlt sind)	358,16	2 701,65
Herzogtum Anhalt (Zuwendung nicht erhalten)	518,42	
Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt	153,20	
Fürstentum Reuß j. L.	600,—	

	Beiträge	Zuwendungen
Freie und Hansestadt Lübeck (Zuwendung nicht erhalten)	1 400,—	
Freie und Hansestadt Bremen (Zuwendung in Form eines Darlehens)	2 000,—	12 800,—
Freie und Hansestadt Hamburg (Zuwendung Mal + Ausgeperrte)	35 000,—	6 000,—
Elsch-Lothringen (darunter in Form eines Darlehens 60 000,—)	103,64	74 273,47

(Lebhaftes Hört! hört!)

Auch im abgelaufenen Jahre haben sich die Organisationen, die von jeder vorangingen, diesen Ruf nicht strengt machen lassen. An erster Stelle stehen die Genossen von Groß-Berlin. Nach dem Statut hätten sie 25 000 M. abliefern müssen; abgeliefert haben sie aber ihre gesamten Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen bis zum letzten Pfennig in Höhe von 125 100 M. (Lebhaftes Bravo.) Dann haben sie noch extra 31 420,89 M. abgeliefert und außerdem 8850,09 M., die am Westlich, auf Bauten, bei Geburtsfesten usw. gesammelt sind. (Hört! hört!) Heber solche Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit braucht man wirklich kein Loblied mehr zu singen. Die Tatkraften sprechen eine bereite Sprache. Unsere Hamburger Genossen haben auch weit über ihr Pflichtmaß hinaus gezahlt. Diese leuchtenden Vorbilder haben wir ja allerdings im Laufe der Jahre außerordentlich oft unseren übrigen Genossen vorgehalten und sie ermahnt, ein gleiches zu tun. Genügt hat es nicht viel. Dann sind wir endlich dazu übergegangen, die Beiträge im Organisationsstatut festzulegen. An der Schaffung dieses Organisationsstatuts hat sich die ganze Partei beteiligt. Verschiedene Kommissionen und zwei Parteitage haben sich damit beschäftigt und endlich ist im vorigen Jahre das Statut mit großer Mehrheit angenommen worden. Da hatte man wohl erwarten können, daß nunmehr wirklich jede einzelne Parteigenossenschaft es sich zur Ehre rechnen würde, dieses selbst geschaffene Parteigestütz zu beachten und danach zu handeln. (Sehr richtig!) Ich bedaure, daß ich das Gegenteil konstatieren muß! (Hört! hört!) Für die Partei ist das nicht schmeichelhaft. Nur einige Hochproben: Wir haben z. B. in der Provinz Sachsen zwei Agitationskomitees, das eine mit dem Sitz in Halle. Die Hallenser Genossen haben also den Vorzug, Vorort zu sein. Sie sollten auf die Genossen in der Provinz belehrend und anfeuernd wirken und darüber wachen, daß die Parteigehebe beachtet werden; sie sollten aber auch zugleich Vorbild sein und zu Nachahmung anfordern. Der Wahlkreis Halle ist so gut gestellt, daß er sich einen Parteisekretär halten kann. Außerdem sitzt dort auch noch ein von der Partei beauftragter Sekretär für den betreffenden Agitationsbezirk. Es ist dort ferner die Redaktion eines ziemlich bedeutenden Parteiblattes vorhanden. — Man sollte doch meinen, daß unter diesen hervorragend tätigen Genossen einige sind, die darauf achten, daß die Parteigehebe befolgt werden. Nun schlagen Sie einmal den Bericht nach und suchen Sie die Provinz Sachsen, den vierten Wahlkreis des Regierungsbezirks Merseburg! Selbst mit dem schärfsten Mikroskop werden Sie von diesem Wahlkreis nicht die Spur finden. (Lebhaftes Hört! hört!). Der Wahlkreis hat auch nicht einen Pfennig an die Zentralkasse abgeführt. (Hört! hört!) Allerdings haben die Hallenser gehört, daß sie hier als abschreckendes Beispiel genannt werden sollen und da ist mir heute morgen durch Elfbrief die Nachricht geworden, daß nunmehr Geld unterwegs sei. (Große Heiterkeit.) Wenn ein Vorort so handelt, dürfen wir uns nicht wundern, wenn es anderweitig nicht besser aussieht. Sachsen hätte das Doppelte von dem abliefern müssen, was es abgeliefert hat, und ich weiß nicht, wie lange das Spiel noch fortgesetzt werden wird. Zum Ansehen der Partei trägt es nicht bei, wenn wir alljährlich solche unerquicklichen Sachen zu erörtern haben. (Sehr wahr.) Die Genossen können sich nicht beklagen, wenn einmal schärfere Saiten angeschlagen werden, wenn die Partei sich dazu entschließt, die Delegierten aus solchen Kreisen, die ihre Pflicht grundtätlich vernachlässigen, nach Hause zu schicken. Ich bin der Überzeugung, die Partei brauchte nur einmal ein solches Exempel zu statuieren, das würde auf alle Zeiten nachwirken. Noch ein weiteres unangenehmes Kapitel! Bayern hat 3975,41 M. abgeliefert; aber allein die Organisationen von München und Nürnberg hätten das Doppelte abliefern müssen von dem, was ganz Bayern abgeliefert hat. (Hört! hört!) Dabei befinden sich außerdem noch eine ganze Anzahl sehr leistungsfähiger Organisationen in Bayern. Es werden nun die Genossen mit großem Pathos erklären, daß sie das Geld, was sie nicht an die Parteikasse abgeliefert haben, auch gut verwenden haben. Das bezweifelt auch niemand. Aber wenn sich niemand an die allgemeine Richtschnur halten will, dann brauchen wir eben keine Organisation und keine Zentralkasse. (Sehr richtig!) Dabei kommen gerade derartige Organisationen, die kein oder wenig Geld an die Zentralkasse abliefern, am ehesten um Unterstützung an die Zentralkasse. Also die Bestimmungen des Organisationsstatuts sind vorhanden und müssen eingehalten werden. Aber neben dieser bedauerlichen Nichtachtung unserer Parteilagungen geht noch eine Strömung einher, die ich für höchst verderblich halte: ich meine das Bestreben, die Leistungen an die Partei zwar in legalistischer Form, aber in schroffem Gegensatz zu dem Sinn und Geist des Organisationsstatuts und entgegen allen Parteitraditionen auf das äußerste Minimum herabzudrücken. (Sehr richtig!) Bei Beratung unseres Organisationsstatuts haben gerade darüber die längsten Verhandlungen stattgefunden, welchen Anteil wohl die einzelnen Genossenschaften an die Zentralkasse abzuliefern hätten. Ursprünglich wurde ein Drittel vorgelesen, das aber heftig bekämpft wurde. Als nun ein Viertel festgesetzt wurde, wurde ebenfalls noch gefordert, die Last ist zu groß und das Ende der Verhandlungen war, daß ein Fünftel festgesetzt wurde. Nun wird aber dieses Fünftel, das durch die Reichsregierung festgesetzt war, auch noch auf dem Wege der Landesgesetzgebung eliminiert. (Jurnale: Bayern!) Unsere bayerischen Parteigenossen haben in ihr Organisationsstatut eine Bestimmung aufgenommen, die im Effekt darauf hinausgeht, daß die leistungsfähigen Organisationen zwar 30 Pf. Beiträge zahlen, daß davon aber 15 Pf. als Lokalzuschlag erklärt wird, während 15 Pf. als wirklicher Parteibeitrag gelten. (Hört! hört!) Dadurch ist erreicht, daß der Beitrag der bayerischen Genossen von 6 auf 3 Pf. pro Monat herabgedrückt worden ist. (Hört! hört!) Wenn wir es bei Beratung unseres neuen Organisationsstatuts auch nur für denkbar gehalten hätten, daß Parteigenossen auf solche Tricks verfallen könnten, dann wäre eine Bestimmung hineingekommen, daß Lokalzuschläge erst von einer gewissen Beitragshöhe, etwa 25 Proz. an, erhoben werden können. Denn es war doch der Gedanke des Organisationsstatuts, daß die Partei mit regelmäßigen Beiträgen versehen werden sollte. (Sehr richtig!) Die Partei wird es sich überlegen müssen, ob sie nicht noch nachträglich eine solche Bestimmung in das Statut aufnehmen sollte. (Sehr richtig!) Die Anhänger Genossen haben es unter Führung des Genossen Peus noch leiser gemacht. Schlechte Beispiele werden eben die guten Sitten. Nachdem einmal dieser Weg beschritten ist, wird es noch schlimmere Leute geben, die die Bayern überbahnen und den Peus noch überbieten. (Große Heiterkeit.) Das wird das Ende der Entwicklung sein. Nun glaube ich ja, daß sich die Genossen, speziell die bayerischen, wie ich zu ihrer Ehre annehmen muß, die außerordentlich ersten Folgen gar nicht überlegt haben. In unserem Organisationsstatut ist es mit bester Ueberlegung vermindert worden, eine bestimmte Beitragshöhe anzusetzen. Die Parteigenossen der einzelnen Provinzen und Städte sollten selbst einschätzen, was sie nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse leisten könnten. Deswegen stehen die Parteigenossen in ärmeren Gegenden, die nur 20 Pf. zahlen, also nur 4 Pf. an die Parteikasse abliefern, nicht hinter den Genossen zurück, die 40 Pf. Beitrag zahlen, also 8 Pf. an die Parteikasse abliefern, denn die 4 Pf. haben sich die ärmeren Genossen oft viel schwerer am Rande absparen müssen, als die, welche 8 Pf. zahlen. Gerade in diesem entscheidenden Punkte haben die bayerischen Genossen dem Grundgedanken unseres Organisationsstatuts widersprochen. Hier müssen wir den bayerischen Genossen und auch den anderen den Vorwurf machen, daß sie sich in schwerster Weise gegen die Intentionen des Organisationsstatuts

vergangen haben. Nun kommt es nach den Bestimmungen im bayerischen Organisationsstatut gar nicht mehr darauf an, was die Parteigenossen tatsächlich leisten. Es kam sich da um eine Organisation handeln, die wirtschaftlich vorzüglich dastünde, und die Gesamtpartei bekommt doch nur 3 Pf. Dadurch ist für die Partei ein geradezu unmöglicher Zustand geschaffen worden, denn wenn er aufrecht erhalten wird, wird die Gleichheit der Pflichten und darum auch die gleiche Berechtigung in der Partei aufgehoben, und es tritt notwendigerweise an Stelle der Gleichberechtigung die Klassifizierung. Wenn wir neben Organisationen, die dauernd hohe Beiträge zahlen auch solche haben, die dauernd niedrige Beiträge leisten, eben weil sie keine höheren zahlen wollen, nicht weil sie nicht können, dann ist es gar nicht anders möglich, als daß auch bei der Geldbeihilfe von der Gesamtpartei nach dem Grundrhythmus verfahren werden muß: „Mit dem Maße, mit dem ihr meht, werdet ihr auch wieder gemessen werden.“ (Sehr richtig!) Die Partei könne in die wenig angenehme Lage, bei jedem Gehalt erst nachschlagen zu müssen, in welcher Sozialklasse der betreffende Ort rangiert, um darnach die Entscheidung zu treffen. Das wäre ein Hohn und Spott auf unsere obersten Grundsätze, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhaftes Zustimmung.) Nachdem eben eine große Organisation, wie die bayerische, die über 48 Wahlkreise verfügt, uns in eine so böse Lage gebracht hat, gibt es nur drei Möglichkeiten, um uns ihr herauszukommen. Entweder die unzulässigen Bestimmungen verschwinden wieder aus dem bayerischen Statut, und ebenso aus den anderen Statuten, in die sie in gleicher Weise hineingekommen sind, oder die gesamte Partei akzeptiert einen festen Beitrag von 3 Pf. für den Monat und Mitglied, oder aber die Gesamtpartei läßt es bei dem bisherigen Zustand bewenden, revidiert aber wieder das Statut und stellt gleiches Recht für Deutschland — zwangsweise — her. (Sehr richtig!) Wenn wir uns über die Möglichkeit der zweiten Maßregel klar werden wollen, d. h. ob die Einführung eines Einheitsbeitrages von 3 Pf. im Interesse der Partei gelegen ist, müssen wir uns über die finanzielle Wirkung klar werden. Erheben wir einen festen Einheitsbeitrag, dann haben wir für die Zentralkasse nach dem bisherigen Stand der Organisation aus den Mitgliederbeiträgen auf einen Zufluß von 138 240 Mark zu rechnen; aber nur dann, wenn jede Organisation prompt abgeliefert, bliebe es bei den bisherigen Maximen, dann könnten wir von Glück sagen, wenn wir 80 000 M. aus Parteibeiträgen bekämen. Ob es möglich sein wird mit einer solchen Summe all den Ausgaben gerecht zu werden, die täglich an unsere Partei herantreten, muß wirklich sehr bezweifelt werden. Es ist wirklich kein schöner Zustand, daß die Gesamtpartei von den einzelnen Parteigenossenschaften abhängt. Wenn jede Parteigenossenschaft nur den Pflichtteil abliefern, können wir gar nichts dagegen machen. Darum können wir auch nur den Pflichtteil unserer Kalkulation zugrunde legen. Es liegt also nicht die Möglichkeit vor, daß wir für ganz Deutschland mit einem Einheitsbeitrag von 3 Pf. auskommen können und es bleibt nur bei der Möglichkeit, die betreffenden Landesorganisationen ändern freiwillig ihre Statuten oder die Gesamtpartei muß die übrigen ändern. Natürlich müssen wir den Landesorganisationen dazu Zeit lassen, aber wenn die Gesamtpartei in die Lage gebracht wird, ihre Statuten zu revidieren, dann fällt die Revision gründlich aus. (Sehr richtig!) Wir sind auch mit unseren Leistungen außerordentlich hinter denen der Gewerkschaften zurückgeblieben; teilweise liegt das in der Natur der Sache, aber doch ist der Abstand nach und nach zu groß geworden. Nach der letzten gemachten Rechnung würde die Partei eine Jahreseinnahme von 138 000 M. haben. Zum Vergleich will ich von 84 Gewerkschaften nur eine Zahlstelle anführen. Da hat diese eine Verwaltung einer einzigen Gewerkschaft 165 700 M. an reinen Mitgliederbeiträgen eingenommen. Wir haben im letzten Jahre laut der vorliegenden Rechnung an Beiträgen der Organisationen, Einzelbeiträge und freiwillige Sammlungen, eingenommen 297 341 M. (Seite 47 a). Die gleiche Gewerkschaft, die ich zum Vergleich herangezogen habe, hat im letzten Vierteljahre 388 000 M. eingenommen. Nun weiß ich sehr gut, daß ganz andere Motive die Mitglieder an die Gewerkschaft fesseln, daß es stark materielle Interessen sind, ist zweifellos (Sehr richtig!), aber trotzdem ist der Kontrast immer noch recht bedenklich. Wir hätten alle Veranlassung dafür zu sorgen, daß der Grundgedanke, der die Partei befehle bei der Aufstellung des Organisationsstatuts, nämlich die Schaffung größerer Einnahmen für die Parteikassen, zur Wirklichkeit wird. (Lebhaftes Zustimmung.)

Redner bricht hier seine Rede ab. — Die Weiterberatung wird auf nachmittags 2 Uhr vertagt.  
Vorjeder Singer teilt noch einige Begrüßungstelegramme mit, ferner einen zu diesem Gegenstande der Tagesordnung eben eingegangenen Antrag von Adlung (Mainz) und Genossen: Der Parteivorstand soll künftig alljährlich den Bericht des Vorstandes, der weiblichen Vertrauensperson und der Reichstagsfraktion sämtlichen Parteiblättern als Beilage begeben.  
Schluß der Sitzung 1/21 Uhr.

**Nachmittags-sitzung, 2 Uhr.**

Den Vorsitz führt Dreesbach.  
Seitens des sozialdemokratischen Vereins Ingolstadt, der Genossen des 21. sächsischen Wahlkreises und des sozialdemokratischen Vereins Rothenburg a. d. Tauber sind Glückwunschtelegramme eingegangen.  
Gersch legt seinen am Vormittag abgegebenen Bericht fort. Seit Jahren wünschen die Parteigenossen einen Ueberblick über die Stärke der Parteioorganisationen. Daher waren sie enttäuscht, daß im Bericht erklärt wurde, sie könne erst im Laufe des nächsten Jahres gegeben werden. Inzwischen sind die Hauptresultate doch zusammengestellt worden. Nur einige Vorbemerkungen. Die lose, lockere Form der Organisation, die früher allein bestand, hatte sich so in die Parteikreise eingelebt, daß die große Menge der Parteigenossen sich nur sehr schwer davon trennen konnte. Die Vorstellung, daß diese alte Organisationsform die allein richtige sei, sah so fest, daß es in Berlin z. B. beim Uebergang zu der neuen, krassen Organisation zu den ernstesten Konflikten kam. Noch heute steht Berlin in bezug auf die Organisation durchaus nicht auf der Höhe. Es bleibt mit einem Beutel unter dem Reichsdurchschnitt zurück. Die Berliner werden ja sonst immer so viel gelobt, daß man auch diesen Tadel ruhig aussprechen kann, sie werden sonst zu übermäßig. (Heiterkeit.) Nur mit dem psychologischen Moment der Anhänglichkeit an das Alte, was so lange bestanden hat, ist diese Rückständigkeit der Berliner in bezug auf die Organisation zu erklären. Draußen im Reich kommen ja dazu die Schwierigkeiten politischer Art. Die Vereinskassen kommen leicht in die Hände der Unternehmer. In öffentlichen Stellen befindliche Parteigenossen können sich überhaupt nicht offen als Mitglieder bekennen usw. Auch die schlechte materielle Lage der Arbeiter, die ihrer Gewerkschaft ohnehin angehören müssen, kommt dazu. Sie hängen vielmehr mit allen Fasern an der Partei, aber die verchiedensten Gründe hindern sie doch, eingeschriebene Mitglieder der Wahlvereine zu werden. Wir haben zurzeit in Deutschland 33 Wahlkreise, in denen die Organisation noch sozuzogen auf dem Nullpunkte steht, aber selbst in diesen Kreisen sind bis auf 3 bereits sozialdemokratische Stimmen abgegeben und zwar im ganzen 16 249 Stimmen. Die Zahl schwankt zwischen 31 und 1353. In 48 Wahlkreisen haben wir noch das Vertrauensmännersystem. In einem davon sind noch keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben. In den 47 anderen 85 427 Stimmen. Die geringste Zahl betrug 67, die höchste, 13 303, ist in Mecklenburg abgegeben. Sie wissen ja, daß unsere Genossen in Mecklenburg infolge der gesetzlichen Bestimmungen gezwungen sind, das Vertrauensmännersystem beizubehalten. Dann kommen 38 Wahlkreise, in denen bereits Vereine vorhanden sind, wo aber aus irgend welchen Gründen noch kein Zusammenschluß zu einer Kreisorganisation im Sinne des Statuts stattgefunden hat. Darunter befinden sich zwei schlesische Kreise, von denen der eine 1204, der andere 2200 organisierte Genossen hat. Von zwei Kreisen am Rhein hat der eine 2351, der andere 888 organisierte Genossen. Dieser Kreis ist augenblicklich dabei, die Kreisorganisation einzuführen. Im allgemeinen sind natürlich die Kreise, wo nur Vereinskassen bestehen, schwächer als die mit Kreisorganisationen.

Es befindet sich darunter sogar einer, in dem 1903 noch keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben sind, in dem aber gegenwärtig 108 organisierte Genossen sind.

Nach diesen Kreisen kommen diejenigen, welche wirklich zur Kreisorganisation übergegangen sind, davon lassen sich hier die Zahlen nicht feststellen, weil in Bayern die Umwandlung noch nicht ganz vollzogen ist. Unter der Voraussetzung, daß mindestens 30 von den 48 bayerischen Kreisen die Kreisorganisation durchzuführen würden, wir im ganzen Deutschen Reich 278 Wahlkreise haben, die die Kreisorganisation durchgeführt haben. Darunter sind allerdings 15, die nur 20—50 Mitglieder haben, 21 haben zwischen 50 und 100 Mitglieder, 24 zwischen 100 und 200, 53 zwischen 200 und 500 und 44 zwischen 500 und 1000. Es zählen aber 113 Wahlkreise unter 500 Mitglieder, 157 unter 1000 Mitglieder. In den einzelnen Provinzen ist die Stärke unserer Organisation im Verhältnis zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmen folgende: Provinz Thüringen 3575 Organisierte, 6,4 Proz., der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen, Provinz Westpreußen 708 Organisierte = 3,5 Proz., Provinz Brandenburg 57 888 Organisierte = 12,5 Proz., Provinz Pommern 5061 Organisierte = 9,1 Proz., Provinz Kosen 255 Organisierte = 8,1 Proz., Provinz Schlesien 17 203 Organisierte = 9,8 Proz., Provinz Sachsen 20 575 Organisierte = 10,5 Proz., Provinz Schleswig-Holstein 23 567 Organisierte = 21,4 Proz., Provinz Hannover 20 085 Organisierte = 15,8 Proz., Provinz Westfalen 13 150 Organisierte = 9,4 Proz., Provinz Hessen-Kassel 11 900 Organisierte = 13,2 Proz., Rheinprovinz 20 315 Organisierte = 9,9 Proz. Das macht für das ganze Reich 194 910 Organisierte = 11,2 Proz. Weiter hat Königreich Bayern 35 000 Organisierte = 16,4 Proz., Königreich Sachsen 58 305 = 13,1 Proz., Königreich Württemberg 13 400 = 13,4 Proz., Großherzogtum Baden 10 608 Organisierte = 14,6 Proz., Großherzogtum Hessen 14 404 Organisierte = 20,9 Proz., Großh. Sachsen-Weimar 3756 Organisierte = 10,5 Proz., Großh. Oldenburg 3594 Organisierte = 20 Proz., Herzogtum Braunschweig 2679 Organisierte = 7,3 Proz., Herzogtum Sachsen-Meiningen 1822 Organisierte = 10,9 Proz., Herzogtum Sachsen-Altenburg 3500 Organisierte = 18,7 Proz., Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha 2097 Organisierte = 10,8 Proz., Herzogtum Anhalt 3420 Organisierte = 12,3 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 698 Organisierte = 12,7 Proz., Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt 800 Organisierte = 10,0 Proz., Fürstentum Waldeck 66 Organisierte = 3,6 Proz., Fürstentum Reuß a. L. 832 Organisierte = 12,1 Proz., Fürstentum Reuß j. L. 2732 Organisierte = 20,6 Proz., Fürstentum Lippe 885 Organisierte = 10,3 Proz., Hansestadt Lübeck 2064 Organisierte = 15,5 Proz., Hansestadt Bremen 5420 Organisierte = 21,6 Proz., Hansestadt Hamburg 21 902 Organisierte = 21,8 Proz., Elsch-Lothringen 1963 Organisierte = 2,9 Proz.

Für ganz Deutschland macht das 394 327 Organisierte = 12,76 Proz. Bei einigen süddeutschen Staaten habe ich freilich die Vermutung, daß sie eine ganze Anzahl Neuzustände mitgeschleppt haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Süddeutschen.) Ich habe ja diesen Widerspruch erwartet, und da ich keine Beweise hatte, habe ich mich wohlweislich gehalten, an den Zahlen etwas zu ändern. Zum Beispiel Hessen stände dann allerdings mit 20 Proz. außerordentlich hoch da. (Zuruf bei den Hessen: Wir haben ja auch die höchsten Beiträge!) Für Schwarzburg-Rudolstadt lagen keine Angaben vor. Ich habe aber die Zahl von 800 Organisierten nicht zu hoch gegriffen, da bei den letzten Reichstagswahlen dort über 8000 Stimmen abgegeben worden sind. Nun ist keine Frage, daß, wenn alle die Parteigenossen, die jetzt durch die Landesgesetzgebung, wie z. B. in Mecklenburg und Schaumburg-Lippe verhindert sind, die Kreisorganisation durchzuführen, sich organisieren könnten, wie sie wollten, wir ziemlich an 400 000 organisierte Parteigenossen herankommen würden. Die Reihenfolge der Einzelsaiten nach der Stärke der Organisation im Verhältnis zur abgegebenen Stimmenzahl ist folgende: Obenan steht Hamburg mit 21,8 Proz. (Es ist kein Zufall, daß überall dort, wo kein Zwang zur politischen Anmeldung vorhanden ist, die höchste Zahl der Organisierten vorhanden ist). Es folgen Bremen mit 21,6 Proz., Hessen mit 20,1 Proz., Reuß mit 20,6 Proz., Oldenburg mit 20,0 Proz., Sachsen-Altenburg mit 18,7 Proz., Lübeck mit 18,5 Proz., Württemberg mit 13,4 Proz., Sachsen mit 13,1 Proz., Schwarzburg-Sondershausen mit 12,7 Proz., Anhalt mit 12,3 Proz., Reuß mit 12,1 Proz., Preußen mit 11,2 Proz., Sachsen-Meiningen mit 10,9 Proz., Coburg-Gotha mit 10,8 Proz., Sachsen-Weimar mit 10,5 Proz., Lippe-Deimold mit 10,3 Proz., Schwarzburg-Rudolstadt mit 10,0 Proz., Braunschweig mit 7,3 Proz., Waldeck mit 3,6 Proz., Elsch-Lothringen mit 2,9 Proz. Für Deutschland insgesamt ist die Zahl also 12,76 Proz. Ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß diese Zahlen Sie nicht voll befriedigen; sie sind auch nicht befriedigend. Um so erfreulicher ist der Stand unserer Parteipresse. Im letzten Jahre hat kein Parteiblatt Verluste an Abonnenten erlitten; alle haben zugenommen. (Bravo!) Vor zwei Jahren betrug die Zunahme im ganzen 47 380, vor einem Jahre 58 870, im abgelaufenen Jahre 158 038. (Bravo!) Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 100 000. Hieran hat allerdings auch die unerwünschte fleißige Agitation unserer sozialistischen Frauen einen großen Anteil, denn dadurch ist die Auflage der „Gleichheit“ gewaltig gestiegen. Die „Neue Zeit“ und einzelne kleine Wochenblätter, die der Agitation dienen, fehlen in diesen Zahlen. Der jetzige Abonnentenstand unserer Parteipresse beträgt insgesamt 837 790. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 4 151 000 M. im Vorjahre auf 4 833 400 M. im abgelaufenen Jahre gestiegen, also eine Zunahme von 682 400. Die Einnahmen aus Ansetaten sind gestiegen von 2 537 000 auf 2 571 076, das heißt um 34 076 M. Insgesamt hatte unsere Parteipresse eine Mehrerinnahme aus Abonnements und Ansetaten von 1 016 536,98 M. (Bravo!) Dieser Erfolg zeigt, was durch rastlose Arbeit geleistet werden kann. Diese Zahlen zeigen uns aber auch, welche Arbeit noch zu leisten ist. Was uns bei der Presse gelungen ist, muß uns auch bei der Parteioorganisation gelingen. (Sehr richtig!) Das eine Jahr, das wir noch bis zu dem heftigsten Wahlkampf den wir je gehabt haben, vor uns haben, müssen wir mit aller Kraft verwenden. Es kann für uns nur eine Parole geben: Eine Million Abonnenten und eine halbe Million Organisierte. (Lebhafter Beifall.)

**Hierauf erstattet**

**Kaden-Dröden**  
den Bericht der Kontrollkommission und führt aus: Der Bericht der Kontrollkommission fällt diesmal etwas größer aus als früher, wenn er auch nicht so groß werden wird wie der des Genossen Gersch. Das liegt zum Teil an der Organisation und teils daran, daß durch vermehrte Ausschüsse mehr Rückfrage an die Kontrollkommission eingelaufen sind. Zunächst haben wir die Verurteilung des Vorstandes des Lübecker sozialdemokratischen Vereins gegen das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Januar 1908, weil das Schiedsgericht den Ausschluß der Genossen Kleber und Dettow aus der Partei wegen Streikbruchs angelehnt hat. Beide führten während eines Streiks den Umbau eines Ladens aus. Als Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hätten sie, weil sie nicht in den Streik eingetreten sind, die bei Streiks erhöhten Beiträge zu zahlen gehabt, was für Lübeck pro Tag 60 Pf. betragen hätte. Nun erklärten jene, daß sie den erhöhten Beitrag nicht zahlen könnten, weil sie unter der Materialsperrung litten. Sie würden denselben aber gerne bezahlen, wenn ihnen die Streikleitung das Material liefere. Weil nun jene den Beitrag nicht zahlten, mußten sie aus dem Verband ausgeschlossen werden. Zum Streikbruch wegen Umbau des Ladens erklärten sie, sie seien vom Inhaber dieses Ladens aufgefordert worden, einen Anschlag einzurichten, worin sie 400 M. gefordert hätten. Daraufhin hätten sie die Arbeit erhalten, aber nach dem Zuschlag sei ihnen vom Bauherrn mitgeteilt worden, da er sie wenig kenne und er deshalb nicht wisse, ob sie die Arbeit richtig ausführten, so wäre er gezwungen, ihre Arbeit überwachen zu müssen und diese Ueberwachung werde durch den Bauunternehmer kurz in Lübeck ausgeübt. Ihrem Einwand dagegen, daß dies nicht ginge, da sie ja dann der Leitung des Bauunternehmers unterstünden, wurde entgegengehalten, es handele sich nur um eine

Bestimmte Arbeit, deren Ausführung jener überwachen müsse. Ihre Behauptung, daß sie die 400 M. von dem Bauherrn selbst ausgezahlt erhalten hätten, konnte nicht widerlegt werden. Nun erwidert der sozialdemokratische Verein von Lübeck darin, daß sie diese Arbeit ausgeführt hätten, einen Streikbruch und behauptet, daß die beiden nur Mittelpersonen zwischen Kurz und dem Ladeninhaber gewesen seien; in Wirklichkeit hätte Kurz die Arbeit ausgeführt, und sie hätten als Arbeiter des Kurz den Lohn bezogen erhalten. Man konnte nun aber auch die Behauptung Klebers und Dettlows, sie hätten am Anfang der Arbeit 100 M. und am Ende 300 M. erhalten, nicht widerlegen. Kleber und Dettlow hätten wissen müssen, so jagte der sozialdemokratische Verein, daß es sich hier um eine Schiebung handle, denn daß Kurz der Unternehmer gewesen sei, geht daraus hervor, daß derselbe nach Beendigung des Streiks die Arbeit hätte fertig machen lassen. Dazu komme, daß Kleber und Dettlow die Arbeit als Akkordarbeit unternehmen hätten. Diese Arbeit sei bei den Maurern und Zimmerleuten in Norddeutschland verboten. Kleber und Dettlow bestreiten alles, was von dem sozialdemokratischen Verein Lübeck vorgebracht wurde. Sie behaupten, daß sie den Lohn nicht in Lohnbüchsen alle Wochen empfangen hätten, sondern daß sie in verriegeltem Papier am Anfang der Arbeit 100 M. und am Ende derselben 300 M. erhalten hätten. Ferner bestreiten sie, den Auspruch getan zu haben, der ihnen zum Vorwurf gemacht wird: „Ist doch die Lande zum Teufel.“ Die Sache bleibt auch unauflöslich, da Behauptung gegen Behauptung steht, und der Beweis natürlich nicht erbracht werden konnte. Darum stellte sich auch die Kontrollkommission auf den Standpunkt, daß der Nachweis einer ehrlosen Handlung nicht erbracht sei, und daß die Vermutung, daß eine ehrlose Handlung vorliege, zum Ausschluß nicht genüge. Auf Grund dessen verwarf die Kontrollkommission die Verufung des sozialdemokratischen Vereins Lübeck. Wegen des Versuchs gegen die Akkordarbeit hatte die Kontrollkommission gar keine Urteile einzuschreiten, weil damals schon die beiden Reuzer nicht mehr im Verband waren, als sie die Arbeit ausführten. Eine andere Beschwerde ging von Grimpe-Elberfeld aus. Sie richtete sich gegen den Parteivorstand. Im August 1888 hatte Grimpe die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ gegründet. Sein Verleger löste die Geschäftsverbindung mit ihm und blieb ihm 887 M. schuldig. Wehnlich war das Verhältnis in Köln, wo der Rest 824 M. beträgt. Diese Summen wollte Grimpe von der Partei erstattet haben. Der Parteivorstand hat das abgelehnt. Die Kontrollkommission hat sich auf denselben Standpunkt gestellt. Grimpe hatte früher zunächst seine Einkünfte als Drucker des Blattes. Er hat die Uebertritte nicht an die Partei abgeliefert, obwohl die Blätter eigentlich Parteizeitungen waren. Jetzt, wo die Partei die Zeitungen übernimmt, möchte er die genannten Summen ganz erhalten. Für ein persönliches Unternehmen könne doch nach 16—18 Jahren die Partei in ihrer Allgemeinheit absolut nicht aufkommen, namentlich nicht, da Grimpe als die Partei fernergibt die Blätter übernahm, genügend abgefunden ist. Deshalb hat die Kontrollkommission die Beschwerde zurückgewiesen. Die dritte Angelegenheit betrifft Saarbrücken. Hier war unter den Genossen ein heftiger Streit entbrannt. Es war gegen die Genossen Osteroth, Seel und Berg der Ausschluß beantragt. Das Schiedsgericht hat die Ausschlußanträge abgelehnt und statt dessen dem einen Genossen eine Rüge, dem anderen einen schweren Tadel ausgesprochen. Hiergegen ist Verufung an die Kontrollkommission ergangen und diese ist dem Urteil des Schiedsgerichtes beigetreten. Die Verufungsschrift hat auch nicht eine neue Tatsache; es zeigte sich deutlich, in wie fahrlässiger Weise Anlagen erhoben werden. Der ganze Streit stellte sich als Klatsch heraus. Ich will den Parteitag damit nicht belästigen. Dann hat sich die Kontrollkommission mit den Streitigkeiten in Forst zu befassen gehabt. Markwald wandte sich an die Kontrollkommission, weil das Schiedsgericht Berner und Rubendunst nicht ausgeschlossen hatte. Die Kontrollkommission ist nach genauer Prüfung der Akten zu der Ueberzeugung gelangt, daß absolut kein Grund zum Ausschluß vorliegt, sie ist einstimmig dem Urteil des Schiedsgerichtes beigetreten. Die Ursache zu dem Streit war die Aufstellung eines Kandidaten für die nächste Reichstagswahl. Im September 1905 war vom Zentralvorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Sorau-Forsit und von den Ortsvorständen eine dreigliedrige Kommission gewählt, die Vorschläge für die Befreyung des Postens machen sollte. Bevor die Kommission zu einem Resultat gelangte, wurde die Kandidatenfrage in einigen Bezirksvereinen des Forstler Wahlkreises erörtert, und einer davon beantragte, Markwald in Aussicht zu nehmen. Dieser Antrag sollte sofort in einer Versammlung am 12. Mai 1906 zur Verhandlung kommen. Die Kommission hatte aber noch nicht berichtet; ihr Vorsitzender sah im Gefängnis, und infolgedessen wurde die Versammlung vertagt. Am 7. Juli fand eine neue Versammlung statt. Die Kommission hatte ihre Arbeit beendet und schlug als Kandidaten den Genossen Koblenzer vor. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Berner und Markwald. Markwald beschuldigte Berner, er habe über ihn unwahre Behauptungen aufgestellt, und auf Jurauf aus der Versammlung antwortete Berner: „Nun, wenn das Mandat lässlich ist, brauche ich nichts mehr zu sagen.“ Berner teilte am 9. Juli der Kommission mit, daß er auf Grund dieses Zusammenstoßes seine Tätigkeit in der Redaktion bis auf weiteres einstelle. Markwald legte der Kommission seine Stellung zum Konflikt dar. In dem Brief schrieb er: „Sollte ich in den Reichstag gewählt werden, so hätte ich auch während der parlamentarischen Session nach Möglichkeit für das Blatt zu arbeiten, aber kein Gehalt zu beziehen. Hätte ich ein Mandat bekommen, so würde ich durchsichtlich nur mein halbes Gehalt beziehen und trotzdem mindestens quantitativ für die „Märkische Volksstimme“ täglich soviel leisten, wie Mehring für die „Leipziger Volkszeitung“. Ueber Berner schreibt er: „Ich persönlich bin bereit, ob ich nun bleibe oder ob ich gehe, ihm, soweit es mit meiner Ehre irgend zu vereinbaren ist, goldene Brücken zu bauen, wenn er Brot braucht.“ (Lachen). Infolge dieses Briefes beschloß die Kommission am 12. Juli Markwald unter Fortbezahlung seines Gehaltes bis zum Ablauf der Kündigungsfrist sofort seines Amtes als Redakteur zu entsetzen. Aber Markwald hatte schon vorher erklärt, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen auscheiden werde und auch die weitere Verfolgung seiner Kandidatur aufgeben. Der Beschluß der Kommission wurde in der nächsten Nummer der „Märkischen Volksstimme“ bekannt gegeben; in dieser Bekanntmachung fehlte vor dem Namen Markwald das Wort Genosse. Markwald fühlte sich hierdurch in den Augen der Parteigenossen herabgesetzt. Die Erklärung war von Rubendunst als Vorsitzenden der Kommission unterzeichnet. Markwald sagte, daß darin wissenschaftlich unwahre Behauptungen aufgestellt seien, die geeignet wären, ihn in seiner Ehre und in seinem Ansehen in der Partei zu schädigen. Hierbei konnte Rubendunst als Verfasser und Berner insofern in Betracht, als er die Rüge und die Erklärung aufgenommen habe. Darin erblickt Markwald eine ehrlose Handlung im Sinne des Statuts und stellte den Antrag auf Ausschluß von Berner und Rubendunst. Das Schiedsgericht sprach die Genossen frei. Markwald wandte sich an die Kontrollkommission, diese aber hat seinen Einspruch verworfen, da auch nicht das geringste neue Material vorgebracht war. In Hamburg hat der 2. Wahlkreis den Ausschluß von Löbergen wegen Streikbruch beantragt. Er hatte vom Mai bis August 1905 in einem durch den Metallarbeiterverband gesperrten Betrieb Arbeit angenommen. Er war nicht gewerkschaftlich, sondern nur politisch organisiert. Bis zum April 1906 hatte man sich mit der Sache garnicht befaßt, da er einmal weist man ihm eine ehrlose Handlung vor. Ein Schiedsgericht sprach ihm nur einen schweren Tadel aus. Der Wahlkreis legte Verufung ein. Die Kontrollkommission wies die Verufung zurück, da kein neues Material vorlag, der Streikbruch lange zurück lag und der Metallarbeiterverband sich bereit erklärt hatte, Löbergen aufzunehmen. Außerdem hatte Löbergen ein volles Jahr gearbeitet, bis man gegen ihn vorging. Der Metallarbeiterverband sieht die Sache als verjährt an, da kann doch die Kontrollkommission nicht zu einer schärferen Maßnahme greifen. Eine andere Beschwerde ist die des ehemaligen Mitgliedes Siebel

in Dortmund. Er ist vor Jahren aus dem Dortmunder Verein ausgeschlossen worden, wurde dann wieder aufgenommen, brachte aber bei Gelegenheit eines Vortrages die alten Streitigkeiten wieder zur Sprache, worauf er aufs neue ausgeschlossen wurde. Es wurde ihm auch vorgehalten, daß er wiederholt die gegnerische Presse zu Angriffen auf die Partei benutzt habe. Die Kontrollkommission, die sich schon vorigmal mit Siebel beschäftigt hatte, legte ihm anheim, seine Wiederaufnahme bei dem Parteitag zu beantragen. Auch die alte Angelegenheit Rühlhausen im Elsas beschäftigte wiederum die Kontrollkommission. Der Beschluß, der in dieser Sache gefaßt wurde, ist ja im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Die Angelegenheit ist damit erledigt. Es ist anerkannt, daß dem Genossen Emmel die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern nicht abzusprechen ist. Als achter Beschwerdeführer erscheint der Genosse Druckermeister Günther in Braunschwieg. Er hat es den Genossen verabschiedet, daß sie seine Druckerei nicht übernommen, sondern eine eigene gegründet haben. Er verlangte 21000 M. für seine Druckerei, die Genossen wollten nur 15000 M. zahlen. Jetzt verlangt er 6000 M. als Erlös für einen früher von ihm selbst übernommenen Fehlbetrag bei dem „Braunschwieger Volksfreund“. Der Vorstand hat das abgelehnt, und auch die Kontrollkommission hat die Ablehnung ausgesprochen, weil Günther vor zehn Jahren selbst auf die 6000 Mark verzichtet hatte, um die Druckerei „Volksfreund“ noch zehn Jahre zu behalten. — In Heidelberg sind zwei Genossen Bruch und Springer ausgeschlossen worden, weil sie an das dortige Zentrumblatt Artikel gefaßt hatten, die interne Parteizustände geißelten. Der Genosse Bruch gibt zu, das getan zu haben, behauptet aber, das sei geschehen, um die verrotteten Parteizustände in Heidelberg zu befeitigen. Genosse Springer hat dies Vorgehen ausdrücklich gebilligt. Die Kontrollkommission ist dem Beschluß auf Ausschluß beigetreten. Die letzte Beschwerde, welche uns beschäftigte, ging aus von den Genossen Wienthal und Cordt in Berlin. Sie richtete sich gegen den Parteivorstand und die Berliner Preshkommission wegen Verweigerung der Aufnahme von Sperre- und Streifenannoncen im „Vorwärts“. Es wurde behauptet, daß der „Vorwärts“ z. B. dem Hirsch-Dandrichen Gewerksverein der Maschinenbauer keine Spalten geöffnet habe und es wurde eine solche Annonce vorgelegt. Es wurde festgestellt, daß diese Annonce nur aus Versehen in dem „Vorwärts“ aufgenommen worden ist, ebenso wie auch eine Annonce betr. den „Allgemeinen Metallarbeiterverband“. Der „Allgemeine Metallarbeiterverband“ ist bekanntlich eine Abspaltung des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“. Um eine genauere Kenntnis von dieser Angelegenheit zu erhalten und weil Wienthal und Cordt nach Mannheim gekommen waren, um hier ihre Sache zu vertreten, zog die Kontrollkommission zu der Besprechung mit ihnen auch ein Mitglied des Parteivorstandes sowie die Genossen Wels und Grauer von der Berliner Preshkommission hinzu. Die Kontrollkommission hat schließlich die Beschwerde des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, Sty Berlin, zurückgewiesen und zwar mit folgender Motivierung: Die Partei kann sich in gewerkschaftliche Streitfälle nicht einmischen, solange nicht allgemeine Parteinteressen dabei berührt werden. Sie kann daher auch ein Urteil über den Streit des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes resp. des Genossen Wienthal mit dem Deutschen Metallarbeiterverband (Sty Stuttgart) nicht abgeben, umsoweniger, als die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihr Weidwerderecht nicht ausgenutzt haben. Die Partei muß aber jeden Abspaltungsversuch in der modernen Arbeiterorganisation, als welchen sich die Gründung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes darstellt, entschieden zurückweisen. In dem angenommenen Antrag 102 des Parteitages zu Lübeck ist die Stellung der Partei auch klar und unzweideutig zum Ausdruck gekommen. Die Kontrollkommission ist in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Preshkommission der Meinung, daß dem Abspaltungsversuche Vorbehalt geleistet würde, wenn der „Vorwärts“ für Publikationen des neu gegründeten Verbandes geöffnet ist. Die Syrupdroxid des Parteivorstandes und der Preshkommission, den „Vorwärts“ nur den Organisationen zur Verfügung zu stellen, welche bei der Berliner Gewerkschaftskommission oder dem Kartell abgeschlossen sind, hat sich als praktisch und zurecht befähigt und kann sich die Kontrollkommission dem nur anschließen. Die (verlebensliche) Aufnahme eines Inserats des Hirsch-Dandrichen Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter kann diese unsere Auffassung nicht beeinträchtigen. Unberührt bleibt durch diesen Urteilspruch die persönliche Auffassung der einzelnen Genossen über den Streitfall selbst, wie er sich zwischen dem Allgemeinen und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgespielt hat. Wir haben auch die uns überwiegenen Revisionen eingehend vorgenommen; ich kann erklären, daß wir nicht das geringste anzufügen haben. Auch im Geschäft in Stuttgart haben wir alles in bester Ordnung befunden, und daher beantrage ich im Namen der Kontrollkommission, dem gesamten Vorstand für seine Tätigkeit nach allen Richtungen hin Danksage zu erteilen. Aber bei dieser Gelegenheit will ich nicht unterlassen, auch hier auf dem Parteitag auszusprechen, daß wir in der Kontrollkommission in diesem Jahre wiederum einen schweren Verlust zu beklagen haben: Heinrich Meißter ist uns durch den Tod entzogen worden. (Die Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Wir verlieren einen unserer besten und tüchtigsten Genossen. Heinrich Meißter war einer von den alten Garde. Seit mehr denn vierzig Jahren hat er unter der Fahne des Proletariats politisch und gewerkschaftlich in den ersten Reihen gekämpft. Seit dem Berliner Parteitag war er Vorsitzender der Kontrollkommission. Wir können am besten ermessen, was wir an Heinrich Meißter verloren haben. Sein Name hatte einen guten Klang in der Partei wie auch in der Gewerkschaft. Denn wo der Kampf am härtesten tobte, da fanden wir seit Jahrzehnten unseren Heinrich Meißter mit an der Spitze, wo er mit frohem Kampfesmut, verbunden mit einem freundschäftlichen und kameradschaftlichen Wesen, sich die Herzen und die Freundschaft aller erwarb, die mit ihm zusammenkamen. Er war der Kämpfer und Proletarier im besten Sinne. Als Proletarier geboren ist er auch als Proletarier gestorben. Sein Leben war ein Leben des Kampfes und der Arbeit. Nichts hatte er ertragen, was ihm in seinen alten Tagen ein sorgenfreies Leben gestattet hätte. Aber was er ertragen, das ist die Liebe des Proletariats und das war das Höchste und Schönste für ihn. In Hannover zeigten es Partei und Gewerkschaften an seinem Begräbnistage, was ihnen Heinrich Meißter war, und so hoffe auch ich, daß die Gesamtpartei das Andenken unseres Meißter stets in Ehren halten wird, denn er war einer unserer Besten. (Zürnischer Beifall.) Vorsitzender Singer: Der soeben eingelaufene Antrag 130, der zu dem Bericht des Vorstandes gehört, berührt eine Materie, die bereits in Anträgen behandelt ist. Ich glaube deshalb annehmen zu dürfen, daß er genügend unterstützt ist. Der Antrag lautet: Der Parteivorstand ist angesichts der Tatsache, daß die Aufgaben der Partei fortgesetzt größer werden, namentlich auch im Hinblick auf die im Jahre 1908 bevorstehende Reichstagswahl, um zwei Sekretäre zu verstärken. Zur Diskussion werden gestellt und begründet, die Anträge 8, 131.1, 139 und der handschriftliche Antrag auf Piefierung des Vorstandes, des parlamentarischen und des Frauenberichtes an alle Parteiblätter. Ruge-Vodum (zur Begründung der Anträge 8, 131 und 139): Ich glaube mir eine längere Begründung der Anträge ersparen zu können und bin der Ueberzeugung, daß aus den Ausführungen des Vorstandes hervorgeht, daß eine Ueberlastung des Vorstandes vorhanden ist. Wenn Genosse Pfannsch heute morgen sagte, der Vorstand habe nicht überall seine Pflicht erfüllt, so ist das zum Teil zurecht. Aber man kann nicht ein böswilliges Verschulden annehmen. Wir sind eben der Meinung, daß innerhalb des Parteivorstandes zu wenig Personen vorhanden sind. Sie können die durch die festere Organisation vermehrte Arbeit nicht bewältigen. Wir halten es für notwendig, daß die Mitglieder des Parteivorstandes des öfteren hinausgehen und gewisse Situationsreisen vornehmen (Zuruf: Revisionen!) um draußen in der Provinz manche Klagen zu treffen. Ich bin überzeugt, die bitteren Klagen des Genossen Gerich, daß in puncto Finanzen nicht alles in Ordnung ist, könnten

durch öftere Fühlungnahme aus der Welt geschafft werden. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß in dieser Beziehung die Vorstände der Gewerkschaften manches erledigen könnten, was uns hier Anlaß zur Kritik geben könnte. Was die Zahl von zwei Personen anlangt, so haben wir keineswegs die Absicht, daran festzuhalten. Das mag dem Parteitag überlassen sein und es mag vielleicht auch die Anregung des Vorstandes angenommen werden. Uns geht es lediglich darum, daß der Parteivorstand vermehrt wird, damit es einmal möglich ist, bessere Fühlung mit den Genossen zu nehmen. Es wird vielleicht auch der Wunsch des Parteitages sein, mehr Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen (Zuruf: Geschicht ja schon!) und daß deshalb die Sekretäre aus den Reihen der aktiven Gewerkschaftler genommen werden. Zur Begründung des Antrages, daß die Berichte der weiblichen Vertrauensperson, des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion als Beilagen vom Parteivorstande der Provinzpresse geliefert werden möchten, führt

Abteilung Mainz aus: Wir wissen, wie schwer es den kleinen Parteiblättern gemacht wird, drei Wochen lang in ständiger Reihenfolge die Berichte des Parteivorstandes abzubringen, und wir wissen, daß im Augenblick, wo die Berichte erscheinen, die bürgerlichen Blätter bereits in die Polemik eingetreten sind, so daß es den Lesern der Provinzpresse schwer wird, die Sache zu beurteilen, weil sie die Berichte nicht gelesen haben. Es könnten diese Berichte mit geringen Kosten den kleinen Blättern als Beilage zur Verfügung gestellt werden.

Hierauf wird in die Diskussion über Punkt 1 und 2 der Tagesordnung und die obengenannten Anträge eingetreten.

Konrad-Wagen (Stadt): Im äußersten Westen haben wir selten einen Bericht des Parteivorstandes mit einer solchen Genauigkeit begriffen wie den diesjährigen, und zwar deswegen, weil er die wichtigsten Fragen der Arbeiterklasse, der Parteikorrespondenz und der Sammlung der von der Fraktion im Laufe der Jahrzehnte gestellten Anträge enthält. Ich bin der Meinung, daß mit diesen Arbeiten namentlich und in den westlichen Bezirken, wo wir in der Hauptsache noch einen sehr erbitterten Kampf gegen unsere eigenen Klassenfeinde zu führen haben, sehr wertvolle Dienste geleistet werden. Ich bin ja freilich mit der Absicht hierher gegangen, ganz energisch den Parteitag zu bitten, für uns im äußersten Westen noch ein Uebriges zu tun. Ich bin der Meinung, daß die Einflüsse zwischen Kapitalismus und Arbeitern in den westlichen Industriegebieten geschlagen werden müßten, darum müssen wir uns darauf verlegen, besonders kräftig dort einzugreifen, um eben diese Bewegung möglichst zu beschleunigen. Nachdem aber Genosse Gerich in seinem Berichte die Rheinprovinz als das teuerste Land hingestellt hat, müssen wir unsere Anforderungen etwas tiefer herabsetzen. (Rufe: Sehr richtig!) Aber die Tatsachen an sich reden eine so deutliche Sprache, daß man auch dann noch nicht unterschätzt wäre, wenn wir auf der Forderung bestünden und jagten, man möge den westlichen Provinzen unter die Arme greifen. (Weiterkeit.) In bezug auf die Parteikorrespondenz hätte ich den Wunsch, daß diese namentlich auch den in der gewerkschaftlichen Organisation tätigen Genossen zugänglich gemacht wird (Zuruf: Geschicht ja!), es wird mitunter lebhaft beklagt, daß unsere gewerkschaftlich tätigen Leute mit der Zeit die richtige Fühlung mit der Partei verlieren. Namentlich die in den Ortsgruppen angeführten Beamten sind derartig mit Arbeit überlastet, daß es ihnen an der notwendigen Zeit fehlt für ihre weitere geistige Ausbildung. Wenn man diesen durch die Aufstellung der Korrespondenz unter die Arme greifen würde, würden die Referate und das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften viel besser werden, weil diesen Beamten dann leichter Agitationsmaterial zur Verfügung steht. Wenn wir dies tun, würde manche Versammlung ein anderes Gesicht bekommen, wie es heute der Fall ist. Ferner sollte die Korrespondenz eine Statistik darüber enthalten, welche Parteien regelmäßig die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstags zu Fall bringen, und zwar hätten wir deshalb diesen Wunsch, weil wir es vornehmlich mit der Zentrumspartei zu tun haben, die es mitunter so schamlos versteht, Anträge zu stellen, weil sie weiß, die Anträge werden nicht Geleg werden. Bei anderen Gelegenheiten wiederum, wo es ihr möglich wäre, solche Anträge zu stellen, tut sie es nicht, um so zu verhindern, daß der Arbeiterjugend weiter ausgedehnt wird. Wenn wir also in einem Luckentwerke eine solche Zusammenstellung hätten, dann könnte man diese sehr gut in der Agitation gegen die Zentrumspartei verwenden. Genosse Gerich ist der Meinung, daß es nicht angängig erseheine, einen einseitigen Parteibeitrag festzusetzen, wir sind aber zu einer anderen Ueberzeugung gekommen. Wir haben bei uns sicherlich nicht goldene Gefilde für die Arbeiter, aber seitdem wir im rheinischen Organisationsbezirk beschloffen haben, 10 Pf. Parteibeitrag zu zahlen, hat sich unsere Organisation in Stadt und Land um das Dreifache gehoben. Ich meine, wenn die Gewerkschaften so hohe Beiträge bezahlen, können auch wir dazu kommen, 10 Pfennig als Beitrag festzusetzen. Es muß schließlich den Organisationen an Ort überlassen bleiben, ob sie noch höhere Beiträge nehmen wollen. An der Höhe der Beiträge scheitert die Organisation nicht. Dafür haben wir den lebendigsten Beweis in der Gewerkschaftsorganisation. Durch höhere Beiträge wird die Organisation leistungsfähiger werden. Ferner bin ich der Meinung, daß der Anregung etwas mehr Nachdruck gegeben wird, daß die einzelnen Parteiorste auch dem nachkommen, was der Parteitag beschließt, denn sonst können wir uns die Kosten für den Parteitag sparen. Wofür sollen wir denn die Beschlässe, wenn sie nicht ausgeführt werden? (Sehr richtig! Beifall.)

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag Scheide-Dortmund eingelaufen, wonach neben der Resolution des Jenaer Parteitages, auch die des Kölner Gewerkschaftskongresses über den Massenstreik, den Delegierten vorgelegt wird.

Scheide - Dortmund: Eine nähere Begründung des Antrages könnte ich mir ersparen. (Sehr richtig!) Ich halte es für selbstverständlich, daß die Kölner Resolution gleichzeitig mit der Jenaer vorgelegt wird. Gerade im Punkte des Massenstreiks wird sie eine gewichtige Rolle in der Debatte spielen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen und in der Diskussion fortgeführt.

Fens-Anhalt: Genosse Gerich hat uns Anhalter Genossen als recht große Säulen hingestellt. (Sehr richtig! Weiterkeit.) Sehr unrichtig, wie ich Ihnen nachweisen werde. Wir haben uns nur erlaubt, das gesetzliche Minimum an den Parteivorstand zu zahlen. (Zuruf: Sehr nobel!) Es heißt im Parteistatut: Die Festsetzung der Beiträge ist den Bezirksorganisationen überlassen. Wenn Sie dies nicht gewollt hätten, dann hätten Sie diesen Satz überhaupt nicht beschließen dürfen. (Sehr richtig!) Wir stehen also durchaus auf dem Boden des Parteistatuts. (Zuruf: Das hat niemand bestritten.) Darum weiß ich nicht, warum wir überhaupt getadelt werden. Durch die Gründung eines Wahlkreises wurden wir vor die Frage gestellt, welche Beiträge der Wahlkreisverein erhält, wenn die Bezirksorganisationen beibehalten werden. Wir haben nun für den Wahlkreis 10 Pfennig erhoben und den Ortsvereinen überlassen, die örtlichen Beiträge zu erhöhen. Dabei haben wir garnicht die Absicht gehabt, bei dem Minimum zu bleiben. Wenn im ganzen Reich so viel bezahlt würde, als wir in Anhalt zahlen, so würde man nicht 130 000 M. für die Zentrallasse einnehmen, sondern 200 000 M. Ich bedauere aber bei der Gelegenheit besonders, daß das, was Genosse Gerich uns vorgezogen hat, nicht schon vorher vorgetragen worden ist, wir hätten dann Kritik daran üben können. (Sehr richtig, Widerspruch.) Wir hätten ebenfalls das Bedürfnis nach Zuschüssen von der Zentrallasse gehabt, aber wir haben die 60000 M., die wir für unsere Druckerei benötigten, aus eigenen Mitteln aufgebracht, und darauf sind wir stolz. Wir behalten das Geld für uns und liefern nur das Minimum ab, weil wir es für die nächste Reichstagswahl notwendig brauchen und weil wir dann auch nicht um einen Parteizuschuß einzukommen brauchen. Ich meine, das ist doch vernünftig. (Sehr richtig! Weiterkeit.) Auf diese Weise wird der Parteivorstand erheblich mehr Geld erhalten als er sonst bekommen würde. Wir haben auch einen Sekretär für unseren Wahlkreis angestellt. Wir sind der Meinung, daß es viel zweckmäßiger ist, wenn in einem Wahlkreise ein Sekretär eine intensive Agitation besorgt, als wenn

ein Duzend Wahlkreise durch einen Parteisekretär besorgt werden. Da sehe ich nicht ein, warum die Anhaltiner, die doch ihre Pflicht getan haben, hier lächerlich gemacht werden. Ich protestiere entschieden dagegen. Wir müssen auch die ganz überflüssige Angst und Sorge der Genossen bekämpfen. Es können sehr viel mehr Genossen, die sich abhängig fühlen, für die Organisation gewonnen werden. Je stärker die Organisationen sind, desto geringer wird die Angst vor Maßregelungen sein. (Sehr wahr!)

**Groß-Stettin:** Ich begrüße mit Freuden den Antrag 8. Es ist nötig, mehr Sekretäre für das Parteibüreau anzustellen. Die Korrespondenz war in der letzten Zeit etwas saumäßig. Unserer Ansicht nach sind die Sekretäre mit Arbeiten überlastet. Man dürfte deshalb den anzustellenden Sekretären keine Reichstagslandbibliothek übertragen. Zu unserem Provinzialparteitage hatte der Parteivorstand einen Vertreter zugelegt, aber nachher hat er geschrieben, daß niemand abkommen kann. Wir bebauern das, denn der Parteivorstand hätte sich auf diese Weise leicht informieren können. Unser Wunsch geht dahin, daß der Parteivorstand auf den Provinzialparteitagen vertreten ist. Den Wünschen des Vortredners über die Parteikorrespondenz kann ich mich nur anschließen. Die Bericht-erstattung der Landessekretäre läßt zu wünschen übrig. Es hätte darüber im Vorstandsbericht mehr mitgeteilt werden müssen. Die Masse der Parteigenossen müsse informiert werden, wie die von der Gesamtheit bezahlten Sekretäre arbeiten.

**Scheide-Dortmund:** Ich möchte die Kontrollkommission dringend ersuchen, dem früheren Genossen Siebel aus Dortmund überhaupt nicht mehr zu antworten. Er und Lätgenau haben uns bei der letzten Wahl schon geschädigt, sie haben uns beschimpft. Solchen Leuten gebührt überhaupt keine Antwort mehr. (Sehr richtig!) Es ist wahr, daß wir zu den Leuten gehören, die wenig an die Zentrale abliefern, aber viel erhalten. Das meiste Geld haben wir für das Aufheben gebraucht. Die Agitation ist da sehr teuer. Die Fluktuation ist groß. Um diese Kreise zu erhalten, bedarf es großer Arbeit. Wir haben infolge der Anstellung von Sekretären bereits erhebliche Fortschritte gemacht, allein in den letzten zwei Monaten hatten wir über 500 neue Aufnahmen. (Sehr wahr!) Sie dürfen auch nicht vergessen, daß wir in Hagen und Herkahn Nachwahlen hatten, die viel Geld kosteten. Dazu kommt, daß infolge des Vorauflaufs die Reichstagsreden von Hue und Sachse gedruckt verbreitet wurden. Das kostete 12000 Mark. Zu bedauern ist die schwache Bewegung der Fraktion bei der Besprechung der Interpellation. Das erregte Unwillen im Ruhrrevier und da mußte der Parteivorstand ein Pfäferschen von 12000 M. auf die Wunde legen. (Sehr richtig!) Sie können sicher sein, daß das Geld wieder einkommt. Das Ruhrrevier wird schließlich ebenso rot werden, wie das Königreich Sachsen. (Bravo!) Einige Worte über die Veröffentlichung des Protokolls der Zentralvorstände. Wir haben uns in unseren Kreisen formell mit der Generalkommission einverstanden erklärt, aber materiell dem Parteivorstand recht gegeben. Die Veröffentlichung war notwendig. Ich erinnere nur daran, daß vor Veröffentlichung der Maurer Gebl aus Berlin in öffentlichen Versammlungen unseres Kreises behauptete, Bömelburg habe die Demonstration vom 21. Januar als Proteststrummel bezeichnet, über den er gelacht habe. Wir waren doch darüber, daß unser Abgeordneter so etwas sagen konnte; wir haben ihn sofort zur Rechenschaft gezogen und da hat er bewiesen, was wir heute alle wissen, daß er damit die Protestbewegung im Anschluß an den Kölner Gewerkschaftskongress gemeint habe. In dieser Weise einzelne Genossen, die im Vordergrund stehen, angreifen, das heißt, die Partei auf das infamste schädigen. (Sehr richtig!) Als wir das zurückwiesen, da erklärte das Organ der Anarcho-Sozialisten, Ihr könnt ja wegen eures Handlungsweise einen Anschließungsantrag stellen. (Lachen.) Auf diese Weise ist gearbeitet worden vor der Veröffentlichung des Protokolls. Wir können dem Parteivorstand nur dankbar sein, daß er durch die Veröffentlichung Klarheit geschaffen hat. (Beifall.)

**Ehrhart-Ludwigshafen.**

Ich liebe es sonst nicht, zu reden, aber Genosse Gerisch hat heute morgen Angriffe gemacht auf Bayern, die ich zurückweisen muß. Ich weiß nicht, was unser Finanzminister in die Arme gefahren ist, daß er hier eine solche Sprache führt. (Heiterkeit.) Er hat ganz unverantwortliche Angriffe gegen die Bayern gerichtet. Er sagte, Bayern hätte einen Krebserbruch begangen durch die Art, wie es das deutsche Gesetz in seinen Landesgesetzen ausgelegt habe. In Jena aber hat Genosse Gerisch den Bayern selbst gesagt: „Seid ruhig, seid ruhig; es geht ja doch seinen Gang. Es wird nicht so gehandhabt werden.“ Hast Du es nicht gesagt; Du kannst es nicht abschreiben. (Große Heiterkeit.) Daraufhin haben wir kein beigetragen und haben gesagt: „Wir machen keine Opposition.“ Es wird auch Wasser in den Wein gegossen. (Webel: Ruhbadwasser!) (Große Heiterkeit.) Gerisch hat auf die verpöhlten Bayern hingewiesen. Er hätte vielmehr Urteile gehabt, in Preußen an verschiedenen Ecken und Ranten seine Stimme recht kräftig zu erheben. Er verweist auf Berlin und schmeichelt und lobt unsere Berliner (Mit Recht!). Ich kann mir ja denken, welche Absicht er dabei hat. (Große Heiterkeit.) Ich will bemerken: wir alle in Süddeutschland sind einer Stimme des Lobes über die Berliner mit ihrer musterwärtigen Opferwilligkeit. Darin sind wir ganz einig, aber die Berliner Genossen haben davon auch großen Vorteil. Zunächst hat das Rentamt bei ihnen seinen Sitz. Alle Parteianstalten kommen nach Berlin. Alle unsere Kräfte, die wir herangebildet haben, ziehen nach Berlin; alle Agitatoren sucht man möglichst nach Berlin zu ziehen. (Webel: I bewahre!) Du sagst: „I bewahre!“ Du bist ja selbst nach Berlin gegangen. (Stärkliche Heiterkeit.) Für ihre Opferwilligkeit erhalten die Berliner auch Gegenleistungen. Es darf Maßfeler oder sonst etwas sein, bei ihrer Zahlungsfähigkeit können die Berliner viel zuverlässiger mit ihren Forderungen an das Rentamt treten, als wir arme Teufel in der Provinz. Das dürft Ihr nicht vergessen. Man hat gesagt, wir Bayern seien der Peus-Schule gefolgt. Ich muß wiederholen, daß wir bereits in Jena ausgesprochen haben, was für Berlin, für Leipzig, für Hamburg und andere große Städte praktisch ist, ist noch lange nicht auf alle Bezirke im Deutschen Reich anwendbar. Mit der Uniformierung richtet man nur Schaden an. Ich halte das Zentralisieren für ein Unglück und bekämpfe es auf das allerentschiedenste, jedenfalls werden Sie es auf dem Wege, wie Gerisch hier aufgetreten ist, nicht erreichen. Wir haben die Besche nicht umgangen; wir sind nicht der Schule von Peus gefolgt, obwohl ich zugeben muß, auch Peus hat zu Zeiten ganz gute Gedanken, welche von anderen zu befolgen sind. (Heiterkeit.) Wir verlangen, daß unser Parteivorstand kein Rentamt sei, sondern ein Parteivorstand; aber mit dem System, das Ihr verlangt, sempelt Ihr den ganzen Parteivorstand zum Rentamt. Ich bedaure es, daß sich Webel so wenig um die Organisation kümmert, oder wenigstens von seiner Machtstellung so wenig Gebrauch macht. (Hört! hört!) Würde er das tun, so würde er im Vorstand längst dafür gesorgt haben, daß man nicht so einseitig vorgeht und daß man nicht mit dem Geldbad droht, wie das Gerisch getan hat. Wir dürfen auch keinen Funken von Kapitalismus in unserem inneren Parteiwesen dulden. (Widerpruch.) Unterbrecht mich doch nicht; währenddessen gehen meine zehn Minuten hin. (Heiterkeit.) Bayern ist durchaus nicht verpöhlst. Denken Sie daran, welche Schwierigkeiten wir bei den Landtagswahlen haben. Ich weiß auch auf die letzten Reichstagswahlen hin, wo wir ungemein hohe Ausgaben hatten. Wir haben sie selbst gedeckt. Wir stehen auf dem Standpunkte: wenn die Partei Geld braucht, dann soll und kann sie es holen. Sie wissen, schon seit vielen Jahren hatten wir lokale Ausgaben für unsere Parteipresse. Wir sind dafür, daß der Zehnte eingeführt wird für die gesamte Presse. Für diese Unternehmungen ist die Abgabe leichter erträglich. Wenn wir alle Ausgaben decken wollen von dem Geld, das wir von Berlin beziehen, wird nicht viel gemacht werden. Gerisch ist auch illoyal, indem er auf die Bayern lospaukt. Er weiß ganz gut, daß das sogenannte Reichsgesetz für Bayern erst mit dem 1. Juli in Kraft getreten ist. (Sehr richtig!) Die meisten werden glauben, was aus Bayern kommt, ist ein Werk des Genossen Volkmar. Nein, ich kann Ihnen mitteilen, allerdings sehr vertraulich will ich das sagen (Große

Heiterkeit), daß gerade Volkmar uns an am allerentschiedensten bekämpft. Die eigentlichen Urheber der Satzungen sind die Pfälzer. Du kennst sie doch, mein lieber Gerisch. (Heiterkeit.) Bei uns besteht keine Animosität gegen den Parteivorstand. Wir haben, um das Rentamt an unserer Presse teilnehmen zu lassen, einen vom Rentamt mit einbezogen als Teilhaber. Seht, Ihr habt keinen Pfennig geopfert und seid zu einem Fünftel sogar Teilhaber. (Große Heiterkeit.) Wie kann man da von Verpöhlung reden und davon, daß niemand seine Pflicht tut. Für die Verpöhlung von Gerisch habe ich nur eine einzige Erklärung, er weiß, der Parteivorstand hat seine Pflicht und Schuldigkeit nicht in dem Maße getan, wie er es hätte tun sollen; er erwartet große Vorwürfe und als geschickter Taktiker denkt er: Du drechst den Spiegel um, nimmst einen Sündenbock und leitest die ganze Diskussion auf den ab. Wen soll er nehmen als die guten bescheidenden Bayern. (Große Heiterkeit.) Sie haben ja schon gesehen, alles wirft sich darauf und darüber werden die anderen Dinge vergessen, aber zehn Minuten habe ich ja nur; somit werde ich gleich den Anfang machen und dort hineindrehen, wo hineingebohrt werden muß.

**Singer:** Ich habe mit Rücksicht auf die Unterbrechungen drei Minuten zugegeben (Heiterkeit), bitte aber nun zum Schluß zu kommen.

**Ehrhart (fortfahrend):** Sie sehen also, wie unglücklich ich bin. (Große Heiterkeit.) Da unten rufen Sie mir „Auspochen!“ zu, und da oben ruft man, ich soll ruhig sein. (Heiterkeit.) Nur das eine noch: Gerisch schmeichelt den preussischen Genossen. Er hat gewiß alle Ursache, das zu tun; aber er soll es nicht tun auf Kosten der Bayern. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

**Wegweh-Oberfeld:**

Nach der Sarkasie unseres Pfalzgrafen muß ich das trodene Gebiet wieder besprechen. Den Vorwurf der Pfennigsucherei dem Vorstand gegenüber halte ich für nicht berechtigt. Wenn der Vorstand nicht alles bewilligt, ist das ein Stachel für die einzelnen Orte, selbst mehr zu tun. Die Statistik, die uns Genosse Gerisch über die Stärke der Organisationen brachte, ist sehr zu begrüßen. Damit immer mehr solcher statistischen Arbeiten gemacht werden können, ist es notwendig, daß der Parteivorstand verstärkt wird. In bezug auf die weitere Entwicklung der Organisation hat sich leider der Parteivorstand immer zu sehr schieben lassen. Ich halte die Anstellung von zwei neuen Sekretären für durchaus geboten. Arbeit ist in Masse vorhanden. Was die Vorwürfe Ehrharts gegen Gerisch anbelangt, so mag Gerisch in der Form etwas zu frag gewesen sein. Das macht sein Amt als Kassierer; aber in der Sache ist wohl die Mehrheit des Parteitages auf Seiten von Gerisch. (Sehr richtig!) Ich weiß, wie die Süddeutschen sich gegen das neue Organisationsstatut gewandt haben, offenbar aus Besorgnis, abhängig von Berlin zu werden. Eine Abänderung des Organisationsstatuts wird sich sicher bald notwendig machen. Die Einführung eines einheitslichen Beitrages halte ich durchaus für durchführbar. Die „Parteikorrespondenz“ sollte uns vor allem auch das Material aus den Reichstagskommissionen übermitteln. (Sehr richtig.)

**Thiele-Halle:**

Daß Gerisch im heiligen Kassiererzorn uns sündigen Hallensern mit der Posaune etwas kräftig angeblasen hat, müssen wir uns gefallen lassen. Daß er uns aber auch die Posaune wiederholt gründlich an den Kopf geschlagen hat, dazu lag kein Grund vor. Auch andere Großstädter haben nichts abgefeuert. Lieber Engel Gabriel-Gerisch, was Halle recht ist, ist Karlsruhe billig. Wir haben stets unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllt; wir haben noch niemals Mittel der Allgemeinheit gebraucht und werden sie auch in Zukunft nicht brauchen. Der Aufschwung unserer Presse ist erfreulich, aber leider verfügen die Parteiblätter der Provinz über einen zu kleinen Etat. Unsere Redakteure müssen weit mehr arbeiten, als die an bürgerlichen Blättern, aber leider stehen ihnen nicht die genügenden Mittel zur Verfügung. So erfreulich die Entwicklung der Parteipresse ist, so gibt es doch viel unangenehme und höchst wertvolle Vorlesungen. Ich will nicht auf alles eingehen, sondern nur hinweisen auf die Art wie der „Vorwärts“ noch in voriger Woche einen unserer Kollegen behandelt hat. Ich meine den Artikel gegen Stämpfer „Eine läppische Wäberei“. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Dazu lag kein sachlicher Grund vor. (Zuruf: Ramm!) Der „Vorwärts“ brauchte sich nur der verschiedenen Parteitagsbeschlüsse zu erinnern, daß in Potsdam zwischen Parteigenossen ein anständiger Ton herrschen soll. Was würde der „Vorwärts“ sagen, wenn die Provinzpresse, die er in diesem Falle nur zum ganz geringen Teile auf seiner Seite hat, ihm die Ueberschrift als „Journalistische Flegel“ heimgeschickt hätte! Mit Recht würde er sich darüber beschwerten. Aber dann hat er vor allen Dingen als Zentralorgan die Pflicht, Preßpolemiken nicht in einem Ton zu führen, der jedem Anstand Hohn spricht. Ich mag nicht, daß die Redaktion gekümmert wird, aber hier wäre es Aufgabe des Parteivorstandes gewesen, zu erklären, daß er sich nicht identifizieren mag mit diesen Ausschreitungen des „Vorwärts“, die nicht bloß in diesem Falle vorgekommen sind. Wie sind andere Genossen im Laufe des Jahres behandelt worden! Das gehört jetzt geradezu zum Ton des „Vorwärts“. Das muß anders werden. Das sind wir unserer Partei, das sind wir uns selbst schuldig. — Den Vorschlag des Parteivorstandes, nur einen neuen Sekretär und im übrigen Hilfskräfte anzustellen, halte ich für richtig. Mit einer Vermehrung der Zahl der Sekretäre wird nichts erreicht, so lange wir nicht ein Verbindungsglied zwischen Parteivorstand und der großen Masse der Parteigenossen haben. Nehmen Sie deshalb die Anträge auf Anstellung weiterer Sekretäre ab und nehmen sie den Antrag 98 an! (Singer macht darauf aufmerksam, daß dieser Antrag nicht zur Debatte steht.) Der dort vorgeschlagene Weg führt eher zum Ziel als der Vorschlag auf Vermehrung der Zahl der Sekretäre.

**Simon-Rürnberg:** Ehrhart hat die Angriffe von Gerisch bezüglich der Beitragsleistung einzelner Bezirke, darunter auch bayrische, zurückgewiesen. Ich kann seine Gründe nicht voll anerkennen. Ich sehe aus dem Standpunkt, und mit mir ein sehr großer Teil der Bayern — wie der Parteitag bewiesen hat, die Hälfte der bayrischen Genossen —, daß wir nicht auf solche Art und Weise, wie es in Dessau und wie es auch in Bayern geschehen ist, handeln sollen. (Sehr richtig!) Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die kräftigen Kreise die schwächeren zu unterstützen haben, daß aber ein Sammelpunkt da sein muß, wozu die Gelder der stärkeren Kreise fließen und von wo aus sie an die ärmeren verteilt werden. (Sehr richtig!) Ehrhart sprach davon, daß Wasser in den Wein gegossen würde, das sind wir von den Pfälzern ja gewöhnt. (Heiterkeit.) Auf dem bayrischen Parteitag haben Sie uns etwas viel Wasser in den Wein gegossen. Die Hälfte der Delegierten war dafür, daß der Grundbeitrag unter allen Umständen 20 Pf. betragen muß und daß davon ein entsprechender Prozentsatz nach Berlin abzuführen ist, die andere Hälfte stand auf dem gegenteiligen Standpunkt. Wir mußten versuchen, eine Einigung herbeizuführen. Wir haben uns gefügt, aber die Erklärung abgegeben, daß wir alles daransetzen werden, um auf dem nächsten bayrischen Parteitag eine Aenderung dieses Zustandes herbeizuführen. (Beifall.) Wir hatten in der letzten Zeit sehr große Ausgaben. Nun sagen wir uns aber, weil wir infolge des Verschusses des bayrischen Parteitages nicht den Prozentfuß abschätzen können, den wir für richtig halten, wollen wir auch nicht ohne zwingende Notwendigkeit mit Forderungen an die Parteikasse herantreten. Ein erheblicher Teil der bayrischen Genossen gibt Gerisch sachlich recht. Wir hoffen, daß es gelingen wird, eine Aenderung in Bayern herbeizuführen. (Beifall.)

**Danweg-Halle:** Gerisch hat den Kreis Halle als absprechendes Beispiel von Pflichtvergessenheit hingestellt. Halle, Halle hat keine Beiträge abgeführt, aber die Ursachen sind auf verschiedene Vorgänge zurückzuführen, die sich in Halle abgespielt haben. Wir sind im Begriff, einen Saal zu bauen, ohne daß wir dazu Mittel der Allgemeinheit verwenden wollen. Es kommt hinzu, daß infolge eines Personwechsels das Geld erst heute abgeholt ist.

Wir sind nicht so pflichtvergessen, wie es scheinen könnte. Halle arbeitet für die zurückgebliebenen Kreise des Regierungsbezirks Merseburg. Wir tragen die Kosten für den Bezirkssekretär, ohne ihn in Anspruch zu nehmen. Das „Volkblatt“ wird zum größten Teil von Genossen aus Halle unterhalten. Die anderen Kreise arbeiten mit Unterbilanz, die wir Hallenser decken. Unser „Volkblatt“ hat noch nie Zuschüsse aus den Parteikassen gebraucht. Der Kreis Halle wird niemals wieder zu so scharfen Vorwürfen Anlaß geben, dafür werden wir sorgen.

**Schmitt-Rüsching:** Wenn Gerisch sich darauf beschränkt hätte, seiner Unzufriedenheit über die Bayern formell Ausdruck zu geben, so hätte er vielleicht bei manchem Bayern Widerhall gefunden. So aber ist es leider notwendig, daß wir mit allem Nachdruck gegen die Absichten protestieren, die Gerisch uns untergeschoben hat. Gerade Gerisch hat in Jena die Genossen zu beschwichtigen gesucht, indem er sagte, es komme nicht auf die Höhe des Beitrages an, sondern darauf, daß überhaupt etwas abgeführt wird. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Neuorganisation in Bayern erst in diesem Sommer in Kraft treten konnte. Die Beiträge, die im Verzeich angeben sind, stammen noch von der alten Organisation. In Zukunft wird es besser werden. Es hat sich gezeigt, daß die Besichtigungen derjenigen richtig waren, die es als falsch bezeichneten, daß man auf der einen Seite etwas gibt und auf der anderen Seite es wieder nimmt. Wir haben in München unsere Pflicht erfüllt; wir sind auch in der Provinz ununterbrochen tätig gewesen. Auch die Gemeindevahl in München hat Tausende verschlungen und die Landtagswahl des nächsten Frühjahrs stellen wieder große Anforderungen an uns. Es lag also kein Grund vor, so über die Bayern zu reden. Ich glaube, Gerisch ist nur die Junge durchgegangen.

**Leinert-Hannover:** Genosse Gerisch hat darauf hingewiesen, daß die Kosten für die Radwahlen nur in 5 Kreisen gering waren, während für 12 Kreise außerordentliche Aufwendungen, im Durchschnitt 6000 M. erforderlich waren. Ich finde es nicht gerecht, daß Gerisch dabei nicht erwähnt hat, daß dem Parteivorstande die Radwahlen in Hannover keinen Pfennig gekostet hat. (Bravo!) (Pfannkuch: Ich bestätige das lieber Genosse Leinert.) Leinert fortfahrend: Auch mit der Statistik, die Gerisch über Parteibeiträge und Aufwendungen der Zentralkasse vorgetragen hat, bin ich, soweit dabei Hannover in Frage kommt, nicht einverstanden. Hannover figuriert darin mit einer Leistung von 2900 M. und mit einer Zuwendung von 68 972 M. Aber diese 2900 M. beziehen sich nur auf ein halbes Jahr und verschiedene Beiträge sind auch nach dem 31. Juli, wo die Hauptkasse abschließt, eingegangen. Die Zahlen, die Gerisch vorgetragen, könnten in Hannover irrlichmäßige Ansichten über unser Wachstum erwecken. Unsere Mitgliederzahl steht wesentlich über dem Durchschnitt des Reichs und Preußens. Wir haben ein außerordentliches Wachstum zu verzeichnen. Im Anfang der Neuorganisation hatten wir 3500 Mitglieder, jetzt haben wir 10 000 (Lebhaftes Bravo!) und es sind zahlende Mitglieder (Erneutes Bravo!), die nicht nur auf dem Papiere stehen. Auch gegen die Neuerungen des Genossen Gerisch muß ich mich wenden, daß die Wahlkreise, die keine Beiträge zahlen, das Recht der Delegation zu den Parteitagen verlieren. (Widerspruch von Gerisch.) Das wäre so die Einführung des Massenwahlrechts nach dem Geldbad, nach preussischem Muster. Wenn davon gesprochen wird, daß wir Hannoveraner 68 972 M. von der Zentralkasse entliehen hätten, so darf dabei nicht übersehen werden, daß 65 000 M. davon Darlehen waren. Diese Darlehen mußten ganz aus den Leistungen der Zentralkasse für die Wahlkreise ausbezahlt werden, weil der Vorstand sein Geld ja zu einem hohen Zinsfuß verlehnen hat. (Heiterkeit.) Das ist keine Leistung. Wir hätten das Geld auch wo anders her borgen können (Heiterkeit), daß wir es vom Parteivorstande nahmen, ist ein besonderes Entgegenkommen von unserer Seite. (Große Heiterkeit.) Wir haben in Hannover ein Geschäft errichtet, das 250 000 M. gekostet hat. Der wesentliche Teil der Summe ist von Hannover allein aufgebracht, der Rest ist entliehen worden. Nicht einverstanden bin ich mit der Ausführung, die der Parteivorstand dem Bremer Beschluß über das Gehalt der Landessekretäre gegeben hat. In Bremen wurde das Anfangsgehalt auf 2000 M. festgesetzt, aber Genosse Hoffmann sagte unter allgemeiner Zustimmung: wenn die Genossen aus einer anderen Stellung kommen, wo sie mehr Gehalt bezogen haben, sollen sie natürlich dieses Gehalt weiter beziehen. Der Parteivorstand sagt nun, das soll auch geschehen. Ich zahle 2000 M. und was in der anderen Stellung darüber hinaus gezahlt worden ist, das muß aus der Provinz, aus der der Landessekretär stammt, gedeckt werden. Es ist aber doch höchst unangenehm, daß man sich mit solchen Forderungen an die alte Stellung wieder wenden muß. Redner hebt zum Schluß den außerordentlichen Nutzen, den die Landessekretäre gebracht haben hervor, im Gegensatz zu Peus, der da gemeint hat, daß ein Parteisekretär, der ein Duzend Wahlkreise besorgt, völlig zwecklos ist. Das sage er wohl nur, weil Anhalt nicht ein Duzend Wahlkreise habe. (Heiterkeit.)

Darauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 8 1/2 Uhr verlagert.

Es sind viele Begrüßungstelegramme eingegangen. Singer: Ich habe Ihnen noch folgende Mitteilung zu machen. Der Parteivorstand und das Lokalkomitee sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die räumlichen Verhältnisse dieses Lokals die weitere Abhaltung des Parteitages wenn nicht zur Unmöglichkeit machen, so doch so erschweren, daß die Verhandlungen außerordentlich beeinträchtigt werden. Ich bemerke, daß diese Auffassung nicht etwa entstanden ist aus irgend einer Unzufriedenheit mit den Leistungen der Inhaber dieses Lokals, sondern einfach die tatsächlichen Verhältnisse haben uns zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß die Größe der Säle überschätzt worden ist. Daher sind Verhandlungen eingeleitet worden, die zu dem Resultat geführt haben, daß dem Parteitag von morgen an der Ribbelungsaal, in dem wir heute tagten, zur Verfügung steht. (Lebhaftes Bravo!) Ich entnehme aus Ihren Beifallsäußerungen, daß wir die Empfindungen des Parteitages richtig laziert haben. Ich spreche den Herren, die bisher den Parteitag behaupt haben, den Dank des Parteitages aus. Wir bebauern, daß es uns nicht möglich ist, diese Räume weiter zu benutzen. Also morgen im Hofgarten! (Bravo!) Schluß 6 Uhr.

**Verfassungen.**

In einer öffentlichen Versammlung der Fliesenleger, die von der Sektion der Fliesenleger des Zentralverbandes der Maurer einberufen war, referierte der Vorsitzende der Sektion, Rufahl, über: „Anweisung ist den Beschlüssen der letzten öffentlichen Versammlung Rechnung getragen?“ Redner erläuterte die unseren Lesern schon bekannten Verhandlungen der Branche vor dem Gewerbegericht resp. der Schlichtungskommission. In der Diskussion nahm neben anderen der Vorsitzende der Freien Vereinigung der Fliesenleger, Buttich, das Wort, um einzelne Unrichtigkeiten des Referenten richtig zu stellen. Um das Uebel des Subunternehmertums auszurotten, sei es notwendig, daß gemeinsam an der Abschaffung dieses Mißstandes gearbeitet werde. Folgender Antrag fand die Zustimmung der Versammlung:  
„In Erwägung, daß das seit einer Reihe von Jahren in unserem Gewerbe bestehende Subunternehmertum unter den jetzigen Verhältnissen nicht mit einem Schlage zu beseitigen ist, erklärt sich die Versammlung mit den Abmachungen der Schlichtungskommission in der Sitzung vom 22. August einverstanden. Jedoch verpflichten wir uns, der Ausbreitung des Subunternehmertums ständig entgegenzuwirken und die Affordarbeit in jeder Form zu bekämpfen. Jeder Kollege ist verpflichtet, auf die genaue Innehaltung des bestehenden Tarifs sein ganzes Augenmerk zu richten und alle Abweichungen davon sofort dem Bureau zu melden.“  
Dann wurde noch, einem weiteren Antrage entsprechend, die Schlichtungskommission aufgelöst.

Die Breslauer Polizeischlacht vor Gericht.

(Telegraphischer Bericht. — Nachdruck verboten.)

Breslau, 24. September.

Am heutigen sechsten Verhandlungstage wurden die Beratungen im kleinen Straßammeraal fortgesetzt, der sich als viel zu klein erwies. Mit allgemeiner Spannung sah man dem Plädoyer des öffentlichen Anklägers entgegen. Richter wie Zuhörer jedoch wurde eine Überraschung bereitet, da die Verteidigung einen Antrag auf Wiedereintritt in die Beweisaufnahme stellte. Es soll die noch nicht genügend aufgeklärte Anklage gegen die Hebamme Haase nochmals geprüft werden. Frau Haase will bekanntlich gesehen haben, daß auf dem Striegauer Platz mehrere Schuppleute gleichzeitig auf eine Person losgeschlagen haben. Es wurde zu diesem Punkt heute nun noch ein Badergasse-Geschehen vernommen, der sich erst nachträglich gemeldet hatte. Er sagte aus, daß er mit seiner Frau am Abend des 19. April über den Striegauer Platz kam, um nach Hause zu gehen. Als sie beide die vielen Schuppleute sahen, bat seine Frau ihn, umzusehen. Ehe er dieser Bitte nachkommen konnte, kamen plötzlich mehrere Schuppleute hinter ihm her gelaufen und verletzten ihm Säbelhiebe über den Kopf und Rücken.

Ein Schuhmann verfolgte ihn und veretzte ihm noch Säbelhiebe über das Gesicht, so daß er glaubte, „nun seien die Osterbrote fertig!“ (Seiterzeit.) Die Verteidigung nimmt an, daß die Angeklagte Haase dieses Vorkommnis gesehen und darüber ihrer Entrüstung Luft gemacht hat.

Auch zum Fall Schneider — Schneider soll mit einem gezackten Messer nach den Schuppleuten gestochen haben — sollten noch Zeugen vernommen werden. Da sie jedoch heute nicht herbei zu schaffen waren, erfolgte Verlegung auf Dienstag.

Aus der Partei.

Zur Stampfer-Fälschung.

Im soeben erschienenen Heft 52 der „Neuen Zeit“ wird die Polemik Kautsky-Stampfer über Massenstreik und Wahlrechtsbewegung durch zwei Artikel (Grundzüge und Pläne von St. Stampfer und Mein Verrat an der russischen Revolution von K. Kautsky) fortgesetzt. Es fehlt uns in der Parteitagestunde leider der Raum, eingehend darauf einzugehen und die instruktiven Ausführungen Kautsky's wiederzugeben. Eine Stelle seines Artikels geht auf die Anschuldigungen Stampfers gegen den „Vorwärts“ ein. Sie lautet:

„Stampfer freilich wird mich auf das Zitatenrautort verweisen, das er in der „Neuen Gesellschaft“ serviert, und erklären: hier hab ich meine Beweise. Aber es beweist bloß, daß er unmittelbar nach der Trennung der sechs vom „Vorwärts“ begonnen hatte, Anlagematerial gegen ihn zu sammeln und diese Tätigkeit bis heute fortsetzte. Trotz dieses beharrlichen Eifers ist es so dürftig ausgefallen, daß erhebliche Nachhülfe und, wie der „Vorwärts“ nachwies, direkte Fälschungen notwendig waren, um ihm wenigstens einigermaßen den Anschein von Beweismaterial zu geben. Es beweist sehr viel Nachgedruckt, aber sehr geringes politisches Verständnis.“

Im Parteitagartikel der „Bremer Bürgerzeitung“ heißt es:

„Zwar sind einzelne häßliche Erscheinungen, wie sie besonders in einigen außerhalb des Parteiramens stehenden Zeitschriften zum Gaudium der Gegner in wöchentlichen und monatlichen Nummern dargeboten werden, nichts weniger als erhebender Natur, aber daß sie den gesunden Instinkt und den in erfreulichster Weise wieder kräftig zutage tretenden theoretischen Sinn der deutschen Arbeiter endgültig zu verwirren vermöchten, das glauben wir nicht.“

Die „Arbeiterzeitung“ (Dortmund) sagt in ihrem Parteitagartikel:

„Unter den sogenannten „inneren Fragen“ dürfte es der „Vorwärts“-Konflikt sein, der noch ein Kapitel auf dem Parteitage haben wird. Die Braun-Clique, in diesem Falle Friedrich Stampfer, schickte den Ruf in sich, Del in das Feuer zu gießen, in der Hoffnung, einen Skandal heraufzubeschwören, welcher der Partei unbedingt von Nachteil sein müßte. Die „Neue Gesellschaft“, ein Privatunternehmen von Heinrich und Lily Braun, das außerhalb jeder Parteikontrolle steht, ein Organ, das sich auch der geschäftlichen Mitarbeit des Herrn Georg Bernbard erfreut, brachte vorige Woche eine Reihe Zitate, an deren Hand der Beweis erbracht werden sollte, daß der „Vorwärts“ Revolutionäromantik getrieben und namentlich in wichtigen Fragen eine sich mitunter widersprechende Haltung eingenommen habe. Liest man die Zitate, dann ist Stampfer seine Beweisführung scheinbar gegliedert. Aber nur scheinbar. Denn der „Vorwärts“ ist in der Lage, sofort nachzuweisen zu können, daß es sich bei diesen Zitaten um Sätze handelt, die aus langen Artikeln herausgerissen und teilweise sogar absichtlich entstellt worden sind. Man fragt sich: von welchem Kaliber sind diese Parteigenossen, die zu dem perfiden Mittel der Entstellung greifen, nur um der Redaktion eines Parteiblattes eins anhängen zu können! Wenn es die bekannte Clique so weiter treibt, dann soll man sich nicht wundern, wenn der Parteitag mit diesen Leuten einmal ein Wort redet, das nicht mißverstanden werden kann. Dieser Ueberfall unmittelbar vor dem Parteitage kann keinen anderen Zweck haben, als zum Gaudium der Gegner den persönlichen Stank zu fördern, um dann hintennach Klageklieber darüber anzustimmen, wie durch solche Diskussions den Genossen im Lande draußen die Agitation erschwert wird. Was zum „Vorwärts“-Konflikt zu sagen war, das wäre auch gesagt worden ohne die Mithilfe der „Neuen Gesellschaft“, die mit ihrem Ueberfall neue Erbitterung geschaffen, die Sache unendlich schwerer verwickelt und damit gerade ihren Freunden den schlechtesten Dienst erwiesen hat.“

Die „Volkszeitung“ (Düsseldorf) erklärt: „Seit längerer Zeit erscheint eine Zeitschrift, die wir bisher keiner Beachtung gewürdigt haben. Sie wird herausgegeben von dem seit Dresden unrühmlich bekannten Genossen Dr. Heinrich Braun. Da sie außerhalb jeder Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft steht, hat die Partei nichts mit ihr zu schaffen und mag sie ihre Spezialwege wandeln lassen. Nur wo die Absicht hervortritt, von dem Winkel ihrer bürgerlichen Beschaffenheit aus in der Partei Verwirrung zu stiften, erwacht uns die Pflicht, sofern ein solcher Artikel Beachtung verdient, dem entgegenzutreten. Die letzte Nummer jener Zeitschrift bringt einen Artikel aus der Feder Friedrich Stampfers, der offenbar den Zweck verfolgt, auf dem Parteitage eine „Vorwärts“-Debatte nicht nur wieder aufleben zu lassen, sondern sie von vornherein gegen die Haltung der Partei in der Wahlrechtsbewegung, zumal in der preussischen auszuspielen. Auf den näheren Inhalt des Artikels brauchen wir umsoweniger einzugehen, als er durchweg aus kurzen Zitaten von wenigen Zeilen besteht, die der „Vorwärts“ inzwischen als Verdrehungen und teilweise als Fälschungen nachgewiesen hat. Eigenartig berührt nur, daß man bei derartigen merkwürdigen Gelegenheiten sich jedesmal den freien Gewerkschaften durch Abnommenstbewerben in erhöhtem Maße aufzudrängen versucht. Wir haben zu den Gewerkschaften, insbesondere unseres Verbreitungsbezirks das Vertrauen, daß sie solche Manipulationen gehörend einschätzen und sich nicht zum Verbreitungs- und Bekanntheitsboden derselben hergeben.“

Das „Offenbacher Abendblatt“ hatte die Schlußabsätze des Stampferschen Artikels in der „Neuen Gesellschaft“, die

das Resümee seiner Einwände enthalten, zu stimmend abgedruckt, ohne seinen Lesern auch nur eines der Stampferschen Zitate, seiner angeblichen Beweise, vorzusetzen. Jetzt kommt es auf die Sache zurück, ohne seinen Lesern etwas von dem Beweismaterial des „Vorwärts“ zu verraten. Er verweist sie auf den „Vorwärts“ selbst und schreibt zum Schluß:

„Wir können aber nicht finden, daß die Proben beweisen, was der „Vorwärts“ Stampfer nachsagt. Eine Stelle allerdings begründet den Verdacht der Fälschung (Stampfer hat zwei Worte ausgelassen), aber auch hier ist noch lange kein Beweis geliefert. Wir lassen den Stampferschen Artikel so an, daß er dazumal soll: der alten „Vorwärts“-Redaktion wurde der Vorwurf gemacht, sie habe keine einheitliche zielklare Haltung eingenommen, sie habe geschwankt; nun setzt an, was die neue Redaktion leistete, sie trifft der Vorwurf. Diesen Vorwurf zu entkräften, sollte der „Vorwärts“ oder der Parteivorstand einen Sonderabdruck der unverkürzten Artikel veranlassen, aus denen Stampfer Auszüge brachte. Nachdem der „Vorwärts“ Stampfer der Schamlosigkeit geziehen hat, nachdem er ihn ein Fälschergeheim und einen dunklen Ehrenmann genannt hat, gibt vielleicht jemand, der die Meinung des „Vorwärts“ teilt, der Partei offizielle Gelegenheit, die Anschuldigungen auf ihren Wert zu untersuchen. Es geht nicht, daß Stampfer für viele Parteiblätter (und für viel mehr Leser wie der „Vorwärts“ hat, schreibt, wenn er wirklich das ist, als was der „Vorwärts“ ihn hinstellt. Es sei noch bemerkt, daß Stampfer jüngst in der „Neuen Zeit“ Pläne entwickelt hat über methodische Anwendung des Massenstreiks bis zur Erämpfung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Um nicht eine falsche Meinung aufkommen zu lassen, sei hervorgehoben, daß wir darin Stampfers Ansicht nicht teilen. Solche Ansichten muten uns an, wie wenn jemand ein Programm für die soziale Revolution entwerfen, ihren Ausbruch auf Tag und Stunde festlegen will.“

Wenn der Parteivorstand der Angelegenheit die Bedeutung beimessen wollte, daß er den Sonderabdruck der besagten Artikel für nötig hält, so wird der „Vorwärts“ sicherlich nichts dagegen einzuwenden haben. Selbst die Initiative zu solcher Veröffentlichung zu ergreifen, dazu fühlen wir uns nicht genötigt.

Der „Volkswille“ Hannover stöhnt in seinem Parteitagartikel über den vom Jaun gedrohenen Literaten-„Krause“, meint: „Ob dadurch nun, daß diese Zitate aus längeren Artikeln entnommen, ihr Sinn entstellt worden, entzieht sich meiner Nachprüfung“, gibt eine Blütenlese der scharfen Ausdrücke und des „Vorwärts“ schreibt weiter:

„Selbst wenn Genosse Stampfer den „Vorwärts“ gegenüberlich mißverstanden, wofür die Beweise fehlen, dürfte der „Vorwärts“ einer solchen Sprache sich nicht bedienen. Eine kurze scharfe, aber sachliche Zurückweisung hätte ihren Zweck weit eher erreicht. Wozu nun aber um alles in der Welt dieser unqualifizierbare Ausfall gegen Heinrich Braun? Beweise ohne die Einwilligung Brauns hätte der Stampfersche Artikel vielleicht niemals das Licht der Öffentlichkeit erblickt; aber da der Artikel als von Stampfer herrührend bezeichnet ist, sollte billigerweise die Kritik ausschließlich gegen diesen sich richten. Bohln soll es dem fähren, wenn die führenden Genossen, die mit einem guten Beispiel vorangehen sollen, in dieser häßlichen Weise einander in die Haare geraten und fiderweise für unsere Gegner das Material herbeischleppen, womit diese die Kleinagitation nach Möglichkeit erschweren?“

Es besteht also die Gefahr, daß die „Hölle persönliche Kauferei“ einzelner parteigenösslicher Literaten auf dem Parteitage fortzusetzen versucht wird. In diesem Falle wird den erregbaren Leuten hoffentlich in nicht mißzuersehender Weise bedeutet werden, daß die Parteitage doch nicht lediglich ihrerwegen, nicht zur Austragung persönlicher Janes, persönlicher Rivalität stattfinden, sondern daß sie ausschließlich einberufen worden zu einer ernsten und sachlichen Aussprache, um die Kampfesfreudigkeit und Siegeszuversicht der Genossen zu erhöhen.“

Wir stimmen mit dem „Volkswille“ in seiner Auffassung über die Aufgabe der Parteitage völlig überein. Der „Vorwärts“ hat aber den Literatenartikel nicht vom Raume gedrungen und hat auch gar nicht das Bedürfnis, den Parteitag damit zu behelligen. Er hat aber wohl noch das Recht, sich gegen die Stampferschen Anschuldigungen zu wehren und Fälschungen, über die sich der „Volkswille“ bei aufmerksamer Lesart des „Vorwärts“-Artikels immerhin ein Urteil hätte bilden können, Fälschungen zu nennen. Das Recht wird sich der „Vorwärts“ nicht nehmen lassen, und wenn auf dem Parteitage diese Fälschungen wider ihn gebraucht werden sollten, so muß seinen Vertretern schon die Antwort verstattet sein.

Das „Volksblatt für Halle“ ist mit Stampfer einverstanden, behauptet, ohne aus seinem noch aus dem „Vorwärts“-Artikel etwas abzudrucken, daß Stampfer „den Rauchweis“ erbracht habe, „wie unsicher, wandelbar, ja direkt gegensätzlich in wichtigen prinzipiellen oder taktischen Fragen die Meinungen der neuen „Vorwärts“-Redaktion gewesen seien. Diese Behauptung habe nicht nur Genosse Stampfer gemacht, sondern sie sei sehr vielen anderen Parteigenossen gleichfalls ausgefallen. Das „Volksblatt“ legt sodann „entsetzlichen Protest“ ein gegen die Beschimpfung Stampfers durch den „Vorwärts“ und fährt fort:

„Der „Vorwärts“ sucht ja schon seit der vollzogenen „Reinigung“ der Redaktion stets in rohem Beschimpfen ihm nicht genehmer Parteigenossen die letzte Zuflucht. Dadurch wird sein Ansehen als Zentralorgan der Partei sicher nicht erhöht und der „Vorwärts“ hat nicht mehr allzu viel Ansehen zuzusetzen. Die „Vorwärts“-Redaktion ist genau in demselben Maße wie jede andere Parteiredaktion verpöblich, in den Polemiken gegen Parteigenossen diejenige Richtlinie einzuhalten, die auf verschiedenen Parteitag, zuletzt wieder in Jena, festgelegt worden ist. Freilich scheint der „Vorwärts“ zu meinen, für ihn bestehe die Verpflichtung, anständige Polemiken mit den Parteiblättern zu führen, nicht; denn gerade er verlegt fortgesetzt und gräßlich die einschlägigen Parteitagbeschlüsse. Die neueste Beschimpfung des Genossen Stampfer durch den „Vorwärts“ — es ist bei weitem nicht die erste — überschreitet alles Maß und ist zum Ueberdruß auch sachlich nicht gerechtfertigt. Der „Vorwärts“ findet eine Fälschung darin, daß Stampfer nicht in allen Fällen genau wörtlich zitiert und die zitierten Sätze aus dem Zusammenhang herausgerissen habe. Aber niemand wird im Ernste behaupten wollen, Stampfer habe durch das Weglassen des einen oder anderen Wortes den Sinn wesentlich geändert oder durch das Zitieren einzelner Sätze — er konnte doch nicht die Artikel ganz abdrucken — eine Fälschung begangen. Obwohl wir ohne weiteres erklären, daß wir mit Stampfers Idee, die Frage des Massenstreiks mit der des Landtagswahlrechts verquiden zu wollen, nicht einverstanden sind, müssen wir doch sagen, daß die annähernde Ueberhebung des „Vorwärts“ über andere Parteigenossen nachgerade abgemacht wird; innerlich berechtigt ist sie nicht. Im „Vorwärts“ wird das Protokoll über den Parteitag in Gotha 1896 vorhanden sein. Darin findet sich ein Wort Liebnechts, das der „Vorwärts“ bei seinen Polemiken gegen Parteigenossen beherrigen möchte. Das Wort lautet: „ocumtum non est pictum“.

Wir gestatten uns, die Behauptung, daß der „Vorwärts“ „stets in rohem Beschimpfen ihm nicht genehmer Parteigenossen die letzte Zuflucht sucht“, für eine grobe Unwahrheit zu erklären. Einen Fälscher werden wir allerdings stets einen Fälscher nennen. Daß das „Volksblatt“ Fälschungen, die gegen den „Vorwärts“ gerichtet sind, nicht zu erkennen vermag, ist seine Sache. Wir sind der Ansicht, daß derjenige gegen die einschlägigen Parteitagbeschlüsse verstößt, wozu die Polemiken gegen Parteigenossen anständig zu führen sind, der, während er äußerlich die „anständige Form“ wahrt, durch möglichst häßliche Wendungen zu verlegen sucht und dabei mit der vergifteten Waffe der Fälschung sacht. Nicht

aber derjenige, der einen solchen Menschen mit ehrllicher Grobheit so benennt, wie er es verdient.

Zur Massenstreikdebatte.

Die Frankfurter „Volksstimme“ schreibt: Zur Wahlrechts- und Massenstreikdebatte erhalten wir heute im Laufe des Vormittags ganz unerwartet folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Parteigenossen nehmen Veranlassung, als berufenen Vertreter der Parteigenossenschaft des Verbreitungsbezirks der Frankfurter „Volksstimme“ zu erklären, daß sie sich mit den in Nr. 194 der „Volksstimme“ veröffentlichten und in späteren Nummern des Blattes weiter entwickelten Vorschlägen zum Thema „Wahlrechtsbewegung und Massenstreik“ in keiner Weise identifizieren.

Frankfurt a. M., 22. Sept. 1906.

Die Preßkommission der Frankfurter „Volksstimme“

J. A.: M. Bernbard, Vors.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M.

J. A.: H. Hiltmann, Vors.

Das sozialdemokratische Agitationskomitee für den Bezirk Frankfurt a. M. und Landeskomitee für Hessen-Nassau.

J. A.: W. Hiltmann, Vors.

Die „Volksstimme“ setzt hinzu, daß diese Erklärung in einer Sitzung der Preßkommission beschlossen wurde, der zwei Mitglieder der politischen Redaktion nicht beizuwohnen konnten und die ihr drittes Mitglied vorher verlassen hatte. Die drei Körperschaften hätten nach einer Mitteilung an die Redaktion die Erklärung in letzter Stunde beschlossen, um noch vor dem Parteitag ihre Stellung zu präzisieren.

Zum Parteitag.

Genosse H. Gutmann schreibt uns: In dem Sonntagartikel „Die Jungen in Mannheim“ Absatz 2 ist unter den Orten, die zum Punkt 7 der Parteitage-Tagesordnung Anträge und Resolutionen angenommen haben, auch Berlin V genannt. Das ist ein Irrtum, der bereits bei der Zusammenstellung aller Anträge und Resolutionen unterlaufen war, ohne daß von den beteiligten Organisationsleitungen eine Richtigstellung herbeigeführt worden ist.

Die betreffende Resolution lautet: Die Generalversammlung des Wahlbezirks für den VI. Berliner Reichstagswahlkreis beauftragt ihre Delegierten zum Mannheimer Parteitage, beim Punkt 7 der Tagesordnung „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ ihre Stimme im Einklang mit den bereits veröffentlichten Resolutionsgrundzügen der Genossen Jettin und Schulz abzugeben.“

Personalien. An Stelle des Genossen Redakteur Fette, der in Stuttgart zum Arbeitersekretär gewählt worden ist, trat Genosse Redakteur Fröhlich, früher an der „Volksstimme“ in Chemnitz, dann am Frankfurter Parteitag tätig, in die Redaktion des Halle'schen „Volksblatts“ ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteurfreuden. In die preussische Reichsstraße zurückgeführt ist am Sonnabendnachmittag der Genosse Redakteur Mollenbuehr vom Halle'schen „Volksblatt“, der im Provinzialgefängnis wegen Verleumdung eines Gutsbesizers vier Wochen verbüßen mußte.

Strafstoß der Presse. In Solingen wurde der Genosse Hans Deifel von der „Bergischen Arbeiterstimme“ zu drei Monaten Geldstrafe verurteilt wegen Nachdruckes des am 8. Juni in der „Rein-Beitrag“, dem Organe der westfälischen Kohlenbarone, erschienenen Artikels „Der gesichtete Dreihund“ während der Zeit, da dieser Artikel beschlagnahmt war. Der Artikel, der nach Ansicht der Essener Staatsanwaltschaft eine Majestätsbeleidigung enthielt, ist später wieder freigegeben und außer Verfolgung gesetzt worden.

Der Angeklagte konnte darauf hinweisen, daß auch noch andere Zeitungen den Artikel, nachdem schon zwei Tage nach der Beschlagnahme verfloßen gewesen seien, zum Abdruck brachten, ohne daß gegen diese Blätter Anklage erhoben worden sei. Der Amtsanwalt beantragte, „da die Anklage nur einmal da sei“, die Verurteilung, die dem auch erfolgte.

Soziales.

Unterschlagung von Krankenkassenbeiträgen. Die Strafkammer in Düsseldorf hatte sich wieder mit einem solchen Vauunternehmer zu beschäftigen, der die Krankenkassenbeiträge seiner Arbeiter in seine eigene Tasche abführt. Der Vauunternehmer H. Schiffer hatte 188,16 M. Krankenkassenbeiträge unterschlagen. Verurteilt wurde er zu nur 90 M. Geldstrafe. In der Wirkung ist das eine Prämie für die Unterschlagung, denn er hat noch 123,16 M. bei der Geschichte verdient.

Aus Industrie und Handel.

500 Proz. Dividende.

Für die Vergarbeiter, die als Aktionäre der Internationalen Vohrgesellschaft sich schwer sorgen müssen, sind die Löhne nicht unerheblich gestiegen.

Der jetzt vorliegende Abschluß über das Geschäftsjahr 1905/06 weist einschließlich des Vortrages einen Rohgewinn von 18 338 114,15 Mark auf. Der sich nach Abzugsrechnungen in Höhe von 8 834 860,69 M. ergebende Reingewinn von 14 503 263,46 M. soll wie folgt verwendet werden: 5 000 000 M. auf 500 Proz. Dividende. Ein nach verschiedenen Zuteilungen verbleibender Rest von 6 149 861,16 M. soll auf neue Rechnung vortragen werden.

Würde der gesamte Reingewinn als Dividende ausgeschüttet, dann kämen 1450 Proz. Dividende heraus.

Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft. Der Geschäftsabschluss für 1905/06 weist aus: Rohgewinn auf Kosten 11 488 602 M., auf Kosten 5 690 984 M., auf Dividenden 488 607 M., Schiffahrt 1 241 509 M., Nebenprodukte 1 769 071 M., Gesamtrohgewinn 22 020 041 M. Hier-von gehen ab Generalkosten 4 139 829 M., außergewöhnliche Kosten 308 455 M., Rücklage für Vergleichen 500 000 M., Abschreibungen 8 422 930 M., gemeinnützige Zuteilungen 150 000 M., statutarische Gewinnanteile 822 958 M. Der Aufsichtsrat beschloß, der zum 27. Oktober einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 11 Prozent gleich 7 942 000 M. vorzuschlagen. Auf neue Rechnung sollen 234 360 M. vortragen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow. Donnerstag, 27. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Köhler: Vortrag Frau Stormer: „Jugendpflege“. Tempelhof, Mariendorf und Umgebung. Mittwoch, den 26. September, bei M. Müller, Tempelhof, Berlinerstr. 41—42: Generalversammlung.



erhält der Arbeiter eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammern, Küche und Keller unter der Küche.

§ 8. Die Arbeiter und alle Familienglieder haben sich stets geistlich, ruhig und anständig zu betragen. Vom Gutsherrn oder dessen Vertreter werden von Zeit zu Zeit Besichtigungen der Wohnung und der Stallräume vorgenommen, eine Zeit ist nicht festgesetzt, das heißt also: jederzeit kann die Besichtigung vorgenommen werden. — Einfach scandalös ist die folgende Bestimmung dieses Paragraphen, daß Verwandte höchstens 3 Wochen Aufnahme in der Wohnung finden würden. Dadurch wird dem Arbeiter selbst die Möglichkeit genommen, Nächstenliebe an einem hilfsbedürftigen oder gar kranken Verwandten zu üben.

§ 9. Wer durch eigenes Verschulden seinen Wohnsitz aufgeben muß, verliert alle Ansprüche auf die Naturalleistungen. — Nach § 10 muß bei Kündigung wegen „Pflichtwidrigkeit“ in 4 Wochen auch die Wohnung geräumt werden und maßlos ungerecht ist die Bestimmung des § 11, wonach dem Gutsherrn eine vierjährige, dem Arbeiter nur eine halbjährliche, die am 1. April erfolgen muß, eingeräumt ist; der Abzug muß also zum Winter erfolgen. Das ist eine mächtige Kette, den Arbeiter an das Gut zu fesseln bei der verminderten Arbeitsgelegenheit im Winter. Auf dem preussischen Parteitag 1904 betonte denn auch der Schlichter Schmidt-Sonnenberg: Man sagt uns, unterschreibt nicht die Kontrakte, aber wir müssen jeglichen Kontrakt unterzeichnen, um Arbeit zu bekommen und leben zu können. Die durch ihre Armut bedingte Abhängigkeit der Landarbeiter ist mindestens so schlimm wie ihre Abhängigkeit infolge ihrer Rechtslosigkeit, eins wächst aus dem andern hervor.

Damit sind wir schon mitten in der Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landarbeiterschaft angelangt. Bei dem Landproletariat, diesem Paria unter der Arbeiterschaft, (Sehr richtig!) vereinigen sich alle Qualen, um sein Leben aller Lebenswerte zu entleeren. (Lebhaft Zustimmung.)

Sehen wir beim Kleinbauern, daß er seine Scheinselfständigkeit nur aufrecht erhalten kann, indem er selbst entbehrt, sich überarbeitet, Weib und Kinder nach Kräften schindet, so müssen wir in bezug auf die Landarbeiter, ob es Tagelöhner, Insleute, Schachtwerker, Hofjungen, Deputanten, Kötter, Schlichter oder Sachengänger, Einlieger, Heuerlinge, oder ob es das Gefinde, Knechte und Mägde, Hirten usw. sind, erklären, daß sie unter den Rudimenten der

### Hörigkeit und Leibeigenschaft,

verbunden mit der schlimmsten Ausbeutung, leiden. (Lebhaft Zustimmung.) Trotz der von den agrarischen Schreibern so oft betonten „Leutenot“ ist es den Ochsengrafen und Schnapsbrennern nie eingefallen, ihren Arbeitern auch nur die nackte physische Existenz zu gewährleisten, geschweige denn ein menschenwürdiges Dasein.

Wir finden in der Landwirtschaft neben überlanger Arbeitszeit die große Unsicherheit der Existenz. Denn infolge der technischen Entwicklung der Anwendung zahlreicher landwirtschaftlicher Maschinen ist die Landarbeit zum großen Teil zur Saisonarbeit geworden. Wurden doch 1895 in Deutschland 1896 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die Dampfplüge, 20 673 die Säemaschinen, 35 014 die Mähmaschinen, 259 069 die Dampfdreschmaschinen und 506 869, die andere Dreschmaschinen verwendeten.

Wir finden des weiteren die ausgezehrtsten Frauen- und Kinderarbeit. Das Niederhalten der Löhne wird erleichtert durch die Konkurrenz der Ausländer, der Soldaten und Korrigenden, Erbsärmliche, den geringsten sittlichen und hygienischen Anforderungen höhnischere Wohnungen, die traurigsten Schulverhältnisse, das Fehlen von Anregungen, erhebender Vergnügungen, sozialer und staatsbürgerlicher Betätigung, das alles bedingt, daß die Landarbeiter nicht nur rechtlos sind und körperlich ausgebeutet werden, sondern daß sie auch geistig vereinsamen und abkrumpfen, daß sie das elendeste, freudeeloseste, licht- und sonnenarme Dasein führen. Man muß das graue Elend der Landproletariat geschaut haben, um es ermessen zu können. Wenn Voltaire von den Leibeigenen des Mittelalters sagt, daß sie Sklaven sind mit ihren Gütern und Personen, bei ihrem Tode fällt ihr Hab und Gut dem Adel und den Römchen zu. Werden sie krank, wagt kein Metzger ihnen Fleisch zu geben und der Apotheker verweigert ihnen die Medizin, die ihnen das Leben retten könnte. Wenn sie sterben, nehmen sie die Schwelgerei mit ins Grab, daß es ihren Kindern nicht besser geht, oder wenn La Bruyère die horigen Bauern mit menschenscheuen Tieren vergleicht, bei denen man erst, wenn sie sich aufrichten, sieht, daß sie Menschen sind, so könnte das ebensogut auf moderne Landarbeiter geschrieben sein. 5 445 924 Landproletarier wurden 1895 gezählt. Von 1882 bis 1895 ist die Zahl der weiblichen Arbeiter von 2 224 901 auf 2 734 308 gestiegen. Die Zahl des männlichen Gefindes betrug 1882: 42 510, 1895: 25 350; die Zahl des weiblichen Gefindes 1882: 1 282 414, 1895: 1 313 956.

Man sieht, die Zahl der weiblichen Landarbeiter und Dienstboten hat bedeutend zugenommen, die der männlichen abgenommen. Der größere Unternehmungsgeist, der Militärdienst usw. veranlassen die intelligenten männlichen Arbeiter zum Auswandern in die Städte; ist das doch der einzige Weg, um dem Elend dahem zu entkommen. Die weiblichen Arbeiter entschließen sich schwerer zum Auswandern und — aus diesen psychologischen Gründen — sehr schwer zum Rückwandern. Aber auch durch die Abwanderung wird das Hölleleben der Zurückgebliebenen nicht besser, da zahllose Ausländer als Ersatz importiert werden. Da dem Landproletariat nicht nur das Koalitionsrecht, sondern, abgesehen von den armseligen Unfallverhütungsvorschriften auch jeglicher Arbeiterschutz fehlt, ist die Ausbeutung von Männern, Kindern und Frauen grenzenlos, uneingeschränkt. Während der Sommermonate, namentlich zur Zeit der Ernte, sind Arbeitszeiten von 12—16, mitunter 18 Stunden die Regel. Das schlimmste Arbeitsritual ist natürlich die Frau. Gerädert, mit schmerzenden Gliedern steht sie von der Feldarbeit oder der Arbeit im Herrschaftshause nach Hause zurück, dann muß sie noch ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter erfüllen. Im Nebenamt ist ferner das eigene Vieh, das eigene Land zu besorgen. Ich habe in der Gegend des Rudersbüdenbaues in der Provinz Sachsen gesehen, wie des Morgens, wenn der Tag graute, die Frauen ihre Kinder aus den Betten reihen mußten und auf

### die Straße schickten,

weil sie fürchteten, die Kleinen würden allein in der Wohnung Unheil stiften. Da saßen dann die Kinder fröstelnd vor den Haustüren oder schliefen auf der Steintrappe höfend wieder ein. . . .

v. d. Holz, der die Lage der Landarbeiter lediglich unter dem Gesichtswinkel behandelt: wie erhält oder verschafft man dem Grundbesitz Arbeitsträfte?, er muß, gezwungen durch die Tatsachen, oft genau scharfe Kritik üben. So betont er, daß die ungewöhnlich hohe Sterblichkeit der Kinder der Landarbeiter in erster Linie der mangelhaften Pflege derselben zuzuschreiben sei, eine Folge des Umstandes, daß die Beschäftigung die Mütter außer dem Hause hält und sie zwingt, zu frühzeitig nach dem überhandnehmenden Wochenbett schwere Arbeit zu leisten, wodurch auch das Leben der Mutter gefährdet wird. Das erbarmungswürdigste Geschöpf ist aber eine kranke Landarbeiterin und ein kranker Landarbeiter. Eine obligatorische Krankenversicherung gibt es nicht. Durch Landesgesetz oder Ortsstatut kann der Versicherungszwang ausgeübt werden. Aber die beiden größten Bundesstaaten, Preußen und Bayern, besitzen sie nicht. Trifft b. r Arbeiter der Gemeindefrankenliste bei, so muß er die vollen Beiträge bezahlen, ohne den geringsten Einfluß auf die Gemeindevorwaltung zu haben. In der Folge unterbleibt meistens die Versicherung, Gleichmuth oder das größte Elend während der Krankheit. Mangel an ärztlicher Hilfe und die Folgen. Etwas besser in dieser Beziehung steht es mit dem Gefinde. Die Herrschaft hat ihnen im Falle der Erkrankung sechs Wochen Verpflegung und ärztliche Behandlung zu gewähren. Ist aber Invalidität eingetreten, dann wehe den Armen! Der 67jährige Invalide Sprech leit mit seiner gleichfalls 67jährigen Frau im Armenhaus zu Kantenberg bei Marienburg und erhält monatlich 10,55 M. Invalidenrente. Auf eine Beisprache beim Ortsarmenverband durch

unseren Elbinger Genossen ward seitens des Regierungspräsidenten erklärt, daß, da überall „Leutenot“, der Mann täglich 70 Pf. verdienen könne. Eine Erhöhung der Rente wurde abgelehnt. (Hört, hört!)

Eine 67jährige Arbeiterin Boigt aus Neudorf wurde mit ihrem Fußbruch auf Invalidenrente abgewiesen, weil der Arzt erklärte, ihre Leiden — also Leiden wurden doch anerkannt — seien nur Altersleiden. Auf dem Gute Wargenau in Ostpreußen waren ein paar alte, kranke Invaliden in einem verfallenen Viehhäule untergebracht, wo sie elend hätten verkommen müssen, wäre nicht eine Kritik im „Ostpreussischen Landboten“ erfolgt, worauf dann der Amtsvorsteher einschrift. — Beginnen die Landarbeiter alt zu werden, so sucht jede Gemeinde sie abzuschicken, bevor sie den Unterstufungswohnplatz erlangen können, von allen verlassen, enden die Landarbeiter vielfach schließlich ihr kümmerliches Dasein auf der Landstraße oder, was nicht viel besser ist, im Armenhause. Die Fälle werden noch in aller Gedächtnis brennen, wo an verschiedenen Orten, in Preußen und Bayern, vor einigen Jahren Landarme tot im Armenhause gefunden wurden, bei denen der Arzt den Herzgerot festgestellt; in einem Falle war die Leiche zum Teil schon ein Fraß der Ratten geworden. (Hört, hört!) Und einer dieser Landarmen war noch dazu Kriegsveteran. Des Vaterlandes Dank war ihm in großartiger Weise zuteil geworden. Dabei wagten es 1899 bei Beratung des Invaliditätsgesetzes Konserverbitter und fromme Zentrumsmänner zu behaupten, eines Schutzes im Alter und im Falle der Erwerbsunfähigkeit benötigten die Landarbeiter nicht, für die werde in ausreichender Weise durch Gutbesitzer und Gemeinden gesorgt. Vom Minister Wötlicher mußten sie sich sagen lassen, er kenne ganze Landstriche, wo es zur Genüge gegeben worden, für den landwirtschaftlichen Arbeiter absolut nichts zu tun, sobald er aufgehört habe, zu arbeiten. Es gebe sogar Arbeitgeber, die soweit gingen, daß sie, während sie ihre Arbeiter in der Woche an ihren Tischen verpflegten, ihnen

### Sonntags nichts zu essen

geben, weil sie nicht arbeiten. (Hört, hört!) In den Schriften des Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit ist bestätigt, daß diese grausame Praxis in allen Teilen Deutschlands obwaltet. 1891 führte der konservativ Abgeordnete Meyer-Arnolds, gewiß ein unerbittlicher Zeuge, im preussischen Abgeordnetenhaus aus, wie ein Gut und eine Gemeinde, oder zwei Gemeinden, die nebeneinander liegen, durch Abschließen der Tagelöhner von dem einen zum anderen, den Landarmenverband mit der Armenpflege belasten. Ja, der christlich-germanische Adel ist es so sehr gewohnt, seine Hände in die Taschen anderer zu stecken, daß er es selbst nicht verschmäht, die Altersrenten um ihre paar Pfennige zu pressen. So quittierte der Gutbesitzer Ehlers in Jickhausen ein Jahr lang auf dem Postamt über die Altersrente für den Invaliden Boh mit dessen Namen. Der Staatsanwalt lehnte es ab, die Anklage zu erheben, weil „Ehlers des Glaubens gewesen sei, daß, wenn sie für ihn zu sorgen hätte und gejagt hat, damit einverstanden, daß die Quittungen durch Ehlers für Boh vollzogen würden.“ Und da sage noch einer, daß wir nicht milde Staatsanwälte haben. (Große Heiterkeit.) Und welche fürchterliche Begriffe werden toten Landarbeitern bereitet. Rednerin erzählt einen Fall, wo die Leiche des Landarbeiters August Regeski auf dem Gute Krüggen auf einem Düngewagen zur letzten Ruhe gebracht wurde. Wahrlich, eine herrliche göttliche Bestrafung!

Doch die maßlose Ausbeutung führt nicht nur zur Krankheit und zur frühzeitigen Invalidität, sondern ihr, sowie den mangelhaften Schutzvorrichtungen ist auch die hohe Unfallziffer für die Landproletarier geschuldet. Die Unfallstatistik für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft beweist, daß in grausamer Weise die Zahl der Opfer auf dem Schlachtfelde der Landarbeit sich mehrt. Seit 1890 ist eine Verzehnfachung der schweren Unfälle und mehr denn eine Verdoppelung der tödlichen eingetreten. Velleidit wird man einwenden, daß früher viele Unfälle nicht zur Anzeige kamen. Aber tödliche Fälle sind doch stets gemeldet worden, und schließlich wäre es doch keine Aufhellung der Gegenwart, sondern nur eine Verdunkelung des Bildes der jüngsten Vergangenheit. Wie viele Arbeiter müssen da um ihre Rechte betrogen worden sein. Schon 1890 sprach der Kaiser Wilhelm II. auf einer Sitzung des Landesökonomienkongresses seine Bemerkung darüber aus, daß so merkwürdig viele Fälle von Tötung und Verwundung von Arbeiterinnen in der Landwirtschaft vorlägen. Er werde die dafür verantwortlichen Unternehmer nicht mehr so leicht begnadigen. Die Weiser zeigten eine große Gleichgültigkeit gegen das Leben der von ihnen beschäftigten Arbeiterinnen. Diese und nicht der Leichtsinne der Arbeiterinnen selbst sei für die Unfälle verantwortlich zu machen. So der Kaiser 1890. 1900 aber jetzt es Schlot- und Krautjunfer durch, daß den Berufsgenossenschaften eine Art Vergnügungsrecht eingeräumt ward, nämlich das Recht, dem Weiser die Rückvergütung der Rente an die Genossenschaft zu erlassen. Dies Vergnügungsrecht wird seitdem fleißig geübt. Und das Blutmeer steigt. Den Verletzten und Verkrüppelten aber weiden die Grundherren noch die paar Pfennige Rente. Im Landtag erhob der nationalliberale Dr. Schröder-Kassel die Forderung, verletzten Kindern keine Renten zu geben und Renten von 25 Prozent und weniger nicht mehr auszusprechen. Der Zentrumler Schmedding unterstützte den Antrag und Bobbielt versprach, in diesem Sinne wirken zu wollen, wobei Schmedding hinzufügte, daß Renten unter 25 Prozent Schnapsrenten seien und daß es ein Skandal sei, daß den Kindern Renten bewilligt werden. Wir sind der Ansicht, daß es ein himmelstreichender Skandal ist, daß Kinder kapitalistisch ausgebeutet werden und Gehalt kaufen müssen, ihre gesunden Glieder zu verlieren, bevor dieselben vollständig entwicelt sind! Aber die

### agrarische Unverschämtheit

ging noch weiter. Auf der 20. Jahresversammlung des ostpreussischen landwirtschaftlichen Zentralvereins wurde der Antrag angenommen, daß die Unfallrente nur dann gewährt wird, wenn der Beschädigte weniger Lohn bezieht als der Unbeschädigte derselben Kategorie. Gelänge dieser Anschlag, wäre das ein vollständiger Bruch mit dem bisher geltenden Recht. Statt der Verstumelung der Arbeiterschaft, die so unendlich viel Leid, Not und Elend über die Betroffenen bringt, Einhalt zu tun, soll den Anregungen des Reichsversicherungsamtes zu folgen, und dessen Schutzvorschriften in Wirklichkeit zu setzen, wird also überlegt, wie die Folgen der Unfälle gänzlich auf die Arbeiter abgewälzt werden können. (Hört, hört!) Den Verstumelten noch die Hungerpest! (Hört!) Wir möchten schon einen Weg, die Berufsgenossenschaften vor der Bezahlung der Kinderrenten zu betahren; man erfülle unsere Programmforderung, Verbot aller Kindererwerbsarbeit, vor allem auch in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten. (Sehr wahr!) Heute besteht nicht einmal eine gesetzliche Beschränkung, geschweige denn ein Verbot. 1895 waren nach der Berufs- und Gewerbezahlung in der deutschen Landwirtschaft 135 176 und als häusliche Dienstboten 35 001 Kinder im „Hauptberuf“ tätig. In Wahrheit ist ihre Zahl eine weit höhere. Ihre Zahl wird auf 1½ bis 2 Millionen geschätzt. Dieser große Umfang der Kinderarbeit auf dem Lande ist eine Folge der Not der Landarbeiter und wird im dialektischen Verlauf der Geschichtnisse wieder zu einer Ursache derselben. Nicht nur weil die Kleinen die Schmutzkonkurrenten der Eltern werden, sondern weil durch die Erwerbsarbeit neben der sittlichen auch die körperliche Schädigung der Kinder erfolgt und ihre geistige Entwicklung hintangestellt wird, ja, mehr noch intellektuell verdrängt. (Sehr wahr!) Dies wird noch durch die Schulverhältnisse gefördert. Und noch eine weitere Beschränkung des Schulzwanges schreiben dieselben Herren, die unaussprechlich über den Mangel an intelligenten und tüchtigen Arbeitern klagen.

In junkerlicher Variation lautet daher der bekannte Ausspruch von Christus: „Lasset die Kleinen zu mir kommen und wehret ihnen nicht beim Eintritte, beim Ablaßziehen, bei der Kartoffelernte und der Körnerente!“ Katholische Geistliche vermitteln sogar den Verkauf kindlicher Arbeitskräfte nach Württemberg und Baden von Tirol. Man muß es gesehen haben, wie die Kinder in Gegenden des Rudersbüdenbaues mit krummen Rücken beim Ablaßziehen und Rübenhacken im glühenden Sonnenbrand oder bei Sturm und Regen tätig sind, wie die Kleinen beim Kartoffelroben über den feuchten Boden kriechend die Schollen aufzuheben und die Kartoffeln herausheben, um die Größe des Verbrechens ermessen zu können, das da täglich an der heranwachsenden Jugend begangen wird. Mit

17 Jahren sind die Buben steif und mit 40 Jahren sind sie Greis, schrieb kürzlich in heller Entrüstung ein Lehrer aus dem Schwarzwalde, weil sie von morgens 2½ Uhr bis abends 10½ Uhr bei der Ernte beschäftigt sind. Auf die Eltern, die ihre Kinder diesem degennerierenden Einfluß der Erwerbsarbeit preisgeben, wollen wir gewiß keinen Stein werfen. Sie sind es erstens nicht anders gewohnt und zudem ist die Not der Autofrat, der dies befiehlt. Das beweisen aufs schlagendste die Löhne der Landarbeiter und Arbeiterinnen. Auf Grund amtlichen, statistischen Materials hat Dr. Saude den jährlichen Arbeitsverdienst der erwachsenen Landarbeiter in fünf Klassen eingeteilt.

5. Klasse: Löhne von 300—420 M. 4. Klasse: Löhne von 420—540 M. 3. Klasse: Löhne von 540—660 M. 2. Klasse: Löhne von 660—780 M. 1. Klasse: Löhne von 780—900 M. Ferner konstatierte Dr. Saude, daß annähernd drei Viertel aller Arbeiter in die beiden untersten Lohnklassen gehörte. Wir haben außerdem mit den halbroletarischen Existenzen zu tun, der Kleinbauern, deren Vieh nicht hinreicht zu ihrer Ernährung. Sie radern sich selbst, ihre Frauen und Kinder ab bei der Bearbeitung des Bodens. Sie strömen in Scharen zur Industrierarbeit in die nahen Städte. Ihr Vieh fettet sie nicht nur an den Ort, gibt sie nicht nur mehr der kapitalistischen Ausbeutung preis, sondern ist auch für die Ausflutung und Agitation ein großes Hindernis. Beim Mittelgrundbesitz sind im allgemeinen die Löhne höher als beim Klein- und Großgrundbesitz. v. d. Holz teilt die Landarbeiter in drei Kategorien, die der Gutstagelöhner und Insleute, der Kötter oder Häusler, und der Einlieger. Dazu kommt dann das Gefinde und die Wanderarbeiter. Unter den letzteren haben wir die Einheimischen und die Ausländer. Die Einheimischen, meist „Sachengänger“ genannt, bilden zweifellos

### das revolutionärste Element

unter den Landarbeitern. Ueberwiegend sind es jugendliche, weibliche Arbeiterinnen. In großen Trupps werden sie gleich dem Vieh auf den Eisenbahnen befördert.

Aber den Umstand, daß sie hinauskommen aus der Enge ihrer Heimat, daß sie während des Sommers mit sozial und intellektuell höher stehenden Arbeitern zusammenkommen, weiten ihren Blick, macht sie empfänglicher für die Ideen des Klassenkampfes. Dr. Kärger schätzt die Zahl der Sachengänger für 1890 auf 75 000. Aber außer diesen haben wir auch in anderen Gegenden Wanderarbeiter. So hier im Süden die zur Wein-, Hopfen- und Kartoffel-, Korn- und Heuernte von den Höhen in die fruchtbareren Täler ziehen zur vorübergehenden Lohnarbeit. Wird der sechste Landarbeiter ausgebeutet, so der Wanderarbeiter erst recht. Die Ausbeutung der Arbeitszeit findet meist nur ihre Grenze in der vollständigen Erschöpfung der Arbeiterschaft oder durch das Einbrechen der Dunkelheit. Eine Rücksicht auf den Menschen braucht absolut nicht genommen werden. Die Heimat hat ja für ihn zu sorgen, nicht der Arbeitgeber. Um die Löhne werden die Wanderarbeiter zum Teil noch geprellt durch die Vermittler, die für die Arbeitsvermittlung einen Monatslohn und mehr beanspruchen. In Lohnbrüder und zu einer Ursache der Landflucht werden die Ausländer, die alljährlich in großen Scharen (über 500 000) durch die Landwirtschaftsstammes und Agenten vermittelt. Die Ausbeutung dieser Armisten ist eine so große, daß sie, insbesondere ruffische und italienische, von ihren Regierungen gewarnt werden, in Deutschland Stellung zu nehmen.

Daß diese futurcarmen und bedürfnislosen Arbeiter das soziale Milieu der gesamten Arbeiterschaft jener Gegenden, in die sie kommen, gewaltig herabdrücken, liegt auf der Hand. Aber außerdem bilden sie eine eminente Gefahr in gesundheitlicher Beziehung für die Sechsten durch die Einschleppung von Krankheiten. So sind die Wanderarbeiter auf dem Lande die alleinigen Träger der Syphilis. Trotzdem fahren wir nicht nach Grenzsperrern und Einfuhrverboten für die Ausländer. Aber nicht minderen Rechts sollen die Ausländer sein, sondern freies Koalitionsrecht soll ihnen gewährt werden und die Praxis beseitigt werden, daß, wenn sie es ausüben, ausgewiesen werden. Zu das erreicht, dann werden wir sie durch unsere Agitation schon zu Klassenkämpfern heranziehen. Ihre Importation bedingt unter dieser Voraussetzung eine Verschärfung des siegreichen Ausganges unseres Emanzipationskampfes. Die Gutstagelöhner verdienen sich gewöhnlich kontraktlich auf ein Jahr. Triumphierend weist nun von der Höhe deren Lohnsteigerung nach, die, man höre und staune, 60, 80, mitunter sogar 100 M. pro Jahr ausmache.

Kötter oder Häusler besitzen, wenn oft auch nur nominell, ein Häuschen und ein Stück Land und geben gegen Tagelohn aufs Gut oder zum Bauern. Wie die Gutstagelöhner durch den Kontrakt, so sind sie durch den Vieh gebunden. Völlig freie Arbeiter sind die Einlieger, die zur Miete wohnen und gegen Barlohn als Tagelöhner gehen.

Sie haben aber auch unter der Unsicherheit ihrer Existenz schwer zu leiden. Ihnen ähnlich sind die Deputanten, die ebenfalls gegen Bar und Naturalien für Tage und Wochen sich verdienen. In die häusliche Gemeinschaft aufgenommen ist das Gefinde, welches sich gewöhnlich gleichfalls auf ein Jahr vermietet, nebst Kost und Logis einen Jahreslohn erhält und zweifellos am unverschämtesten. Sowohl v. d. Holz als auch Weber kommen zu dem Resultat, daß die Barlöhne der Landarbeiter seit 1873 mehr ausgeglichen, sich aber wenig gehoben haben, zum Teil sogar heruntergegangen sind, daß aber überall die Naturallohnung geringer geworden ist. Ein bedeutender Rückgang in der Viehhaltung läuft nebenher. Anstatt daß der Instmann zwei oder wenigstens eine Kuh weiden durfte, erhält er jetzt meist nur noch Futter für eine Ziege oder ein festes Milchdeputat. Daß die Ernährung durch die Verringerung des Milchkonsums und durch die Verdrängung des nahrhafteren Brotes durch die Kartoffel eine viel schlechtere geworden ist, versteht sich am Rande. Bei starker Familie reicht zudem nirgends das Deputat. v. d. Holz der die materielle Lage der Gutstagelöhner eine „gesicherte“, wenn auch dürftige nennt, gibt selbst zu, daß diese „gesicherte“ Einkommen davon abhängt, wie die Kartoffel- und Kornrente ausfällt, daß keine Krankheit die Familie heimucht und — die Kinderzahl keine große ist. Bezeichnend für die Lage der Landarbeiter war die Neuerung, mit welcher der Abg. Wamp sich gegen die Verschärfung von Bedingungen auf dem Lande wandte: Ich habe darauf hingewiesen, daß der Grundbesitzer gar nicht Gefangene beschäftigen kann, ohne sich seine Arbeiter wesentlich zu verschlechtern, bei den jetzigen Bedingungen, die gestellt werden, daß die Gefangenen nur 10 Stunden im Sommer beschäftigt werden dürfen, daß sie drei- oder viermal in der Woche Fleisch bekommen müssen — was den freien Arbeitern nicht einmal überall möglich ist — kurz, daß sie in bezug auf die Unterbringung und Verpflegung besser behandelt werden müssen, wie dieses bei den Sachengängern vielfach geschieht. Wenn andere Landwirte behaupten, daß „ihre Leute“ jeden Tag Fleisch, dreimal die Woche Braten, täglich Gemüse und Kompott erhalten, so würden die Arbeiter, wenn man sie fragte, wohl mit dem bekannten Frey Reuterscher Knecht antworten, der auf die Frage: „Ist Rindfleisch und Blumen nicht ein schön Gericht?“ sagte: „Ja, Herr, aber man kriegt sie man nicht!“ (Heiterkeit.) Um die Lage der Einlieger zu verbessern, die im Winter arbeitslos sind, schlägt v. d. Holz allen Erstes vor, die Anwendung der Dreschmaschine einzuschränken, um durch den Handdruck Beschäftigung für den Winter zu schaffen. Die Herren wissen also keinen anderen Rat, als die Entwicklung rückwärts zu schrauben.

In Reckenburg haben Frauen und Männer mit weinend erzählt, sie mühten im Winter heben, um leben zu können. Tannenreiser und Wurzeln aus fremdem Walde mühten während der Nacht geflohen werden, um dann für die daraus fabrizierten Besen und Körbe Brot zu kaufen. Einen Begriff von dem Hungertode der Landleute geben folgende Rittelungen. Auf dem Gute Eckwalde bei Elbing, das 48 Milchkühe, 20 Pferde und 12 Stück Jungvieh neben vielen Schweinen aufweist, sind zwei Dienstleute und zwei Dienstmädchen zur Versorgung aller der Arbeiten beschäftigt. Bei dieser Arbeit verdienen Mann und Frau 460 M. jährlich, aber die freie Wohnung! v. d. Holz hat darüber sehr interessantes Material zusammengetragen. Auf einem Gute in der Nähe von Ragnit — es gehört einem Herrn v. Bonin — stürzte einem Arbeiter die Decke über dem Kopf zusammen, was er schon mehrfach befürchtet

und dem Inspektor prophezeit hatte. Als er darauf Gut und Arbeit beschick, erhielt er noch eine Anklage wegen Kontraktbruchs. In den Veröffentlichungen über das Gesundheitswesen des Staates Preußen, herausgegeben von der Regionalabteilung des Ministeriums des Innern, werden die Wohnungen im Bezirk Bromberg als „vielfach menschenunwürdig“ bezeichnet. Auch in den anderen Bezirken geben sie „zu vielfachen Beanstandungen Anlaß“, zeigen eine „große Verbesserungsbefürftigkeit“ oder sind „hygienisch unbefriedigend“. In der Zentrumsdemokratische Trier bilden Schmutz und Verfall innen und außen die Regel, wodurch die Bekämpfung des Typhus sehr erschwert wird. Schließlich sei in diesem Zusammenhange noch an das Wort des Kaisers erinnert, daß in Kabinen die Arbeiterwohnungen schlechter seien als die Schweineställe. Oft genug müssen

### Knächte und Mägde im Krankenhaus schlafen.

Die Güte Kinder schlafen mit den Erwachsenen zusammen und sehen da Dinge, die ihren Charakter verderben. Am schlechtesten aber sind die Unterkunftsräume für die Wanderarbeiter. Feste Wohnungen lohnen sich nicht, weil sie 7 bis 8 Monate leerstehen müssen. Aber selbst in den erst jüngst aufgeführten massiven Bauten hat die Trennung der Schlafräume nach Geschlechtern erst durch Polizeiverordnungen erzwingen werden müssen. In Ostelbien ist dies nicht einmal durchgeführt. Als Wohnungen dienen ihnen Paraden, Ställe und Scheunen, in welchen die Arbeiter zu zehn und mehr zusammenliegen. Ob die Trennung der Geschlechter durchgeführt ist, ist nicht ersichtlich. Als Lagerstätte wird ihnen kurzes Stroh mit einer Wolldecke darüber dazu angewiesen, obgleich getrennte Schlafräume vorgeschrieben, schliefen Männer und Frauen bunt durcheinander. Welche Veröße gegen Sitte und Anstand, welche Verfündigung gegen die Gesundheit, welche Verhöhnung der Menschlichkeit spiegelt sich nicht in diesen Verhältnissen! Und zu all dem noch die so vielfach menschenunwürdige Behandlung. Wie oft die Keusche oder der Gummischlauch als „Erziehungsmittel“ seitens der gnädigen Herren angewandt wird, beweisen die vielen Gerichtsverhandlungen. Daß unter solchen Umständen die sittlichen Verhältnisse auf dem Lande nicht die besten sind, liegt auf der Hand. Sie stehen im Durchschnitt weit unter dem der Städte. Umfomehr als den Landarbeitern das fehlt, was zur intellektuellen und sittlichen Wiedergeburt und zur Hebung der Stadtarbeiter führt, die Beteiligung an der Arbeiterbewegung, die Betätigung der Solidarität, die Entwicklung von Bürgerlugenden. Es vereinigt sich alles in diesem trübseligen Dasein, um die Arbeiterklasse dem Schnaps- teufel in die Arme zu treiben. Und unter christlich-germanischer Abel fördert den Schnapskonsum noch, um die Arbeiter zur Arbeit anzufeuern. Diese Verhältnisse bedingen auch, daß die sexuelle Moral eine tiefsinkende ist.

Der Prozentsatz unserer großstädtischen, vom Lande zu-gezogenen Ammen, die Mütter

### jungerlicher Bastarde

sind, ist sicherlich nicht klein. Wenn man zudem Arbeiter und Arbeiterinnen lastieren gleich am Tage plagt und sie schlimmer denn Lasttiere in der Nacht in Baracken und Ställen haufen läßt, was soll da anderes geheißen, als tierische Brutalität und Schamlosigkeit! (Sehr gut!) Wer unter gleichen Verhältnissen aufgewachsen und lebend rein an Seele und Charakter bleiben würde, der werfe den ersten Stein auf diese Verhältnisse. Schuldig aber sind diejenigen, die solche Zustände aufrechterhalten und bereichern wollen. (Sehr wahr!) Nicht über die Landluft, darüber daß sie nicht noch größer ist, sollte man sich wundern. Dagegen helfen alle die ungeschicklichen Mittel nichts, die auf den Arbeitsvermittlungskonferenzen von den Vertretern der Landwirtschaftskammern vorgebracht werden. Da rät der eine Belehrung durch Klerus und Lehrer über die Vorzüge der Landarbeit an, der andere wünscht eine Inspektion im Heer und der dritte Ablehnung der Arbeitsvermittlung für alle Kontraktbrüchigen. Aber solange die traurigen Verhältnisse auf dem Lande herrschen, wird der Erfolg dieser Belehrungen stets gleich Null sein. — Von bürgerlicher Seite, unter anderem von Frau Elisabeth v. Oerzen in der „Deutschen Monatschrift“, sind verschiedene Mittel vorgeschlagen worden, durch die den Landarbeitern suggeriert werden soll, sie seien gar nicht die rechtlosen, ökonomisch und sozial tiefstehenden Parasiten, sondern bedeuten etwas. Durch einen Anteil an der Almende, durch Bedienung des „Gemeinschaftsraums“, durch Segmentebeiträge an der Gemeindevertretung, durch Erhöhung des Standesbewußtseins will man sie sozial heben. Die gute Absicht in Ehren — soweit sie nicht nur darauf hinausgeht, den Landproletariat an das Land zu fesseln — aber alle diese Vorschläge der bürgerlichen Ideologen verlernen, wie diese immer, die Ursache des Übels und kurtieren Symptome statt Krankheiten. Sie sprechen vor den Konsequenzen ihrer Einsicht zurück, weil sie sonst den Bestand der heutigen „göttlichen Weltordnung“ gefährden müßten. Aber die Lohnarbeiterschaft wird ihr Erbschaftsrecht nicht um ein Pfennig verlaufen. Nicht Wohlthaten heißt sie und Schreierformen, sondern ihr ganzes Recht. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne schlagen wir Ihnen die folgende Resolution vor:

### Resolution zur Landarbeiterinnenfrage.

In Anerkennung des Grundsatzes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein muß, wird es zur zwingenden Notwendigkeit, neben dem Proletariat der Industrie auch das der Agrarkultur dem Heer der Klassenkämpfer einzureihen. Die Tatsache, daß das Landproletariat in rechtlicher, sozialer, ökonomischer und daraus folgend im Durchschnitt auch in intellektueller Hinsicht tief unter dem Proletariat der Industrie steht, bedingt, daß die Agitation unter und für die Landwirtschaft einen doppelten Charakter tragen muß.

Sie muß erstens sein ein tüchtiger Kampf um die Gleichstellung der Landarbeiterschaft mit der Arbeiterschaft der Industrie, in juristischer und sozialpolitischer Beziehung sowie in puncto Bildungsmöglichkeit.

Wir fordern daher für die Landarbeiter:

1. Beseitigung der Gefindeordnungen und ländlichen Ausnahmegeetze.
2. Rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter und des Gefindes mit der Industriearbeiterschaft.
3. Arbeiterschutz durch Reichsgesetz für die Landarbeiterschaft und das Gefinde, vor allem ein volles, gesichertes Koalitionsrecht.
4. Verbot der Kindererwerbsarbeit in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten bis zum 14. Lebensjahre.
5. Ausgestaltung der Volksschulen auf dem Lande im Sinne des sozialdemokratischen Programms und Schulzwang für Elementarschule bis zu 14 Jahren.
6. Obligatorischer Fortbildungunterricht für Knaben und Mädchen.
7. Unterstellung der Landarbeiterschaft und des Gefindes unter sämtliche Arbeiterversicherungsgesetze.
8. Errichtung von landwirtschaftlichen Gewerbegerichten.
9. Feststellung der im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit unerlässlichen Bedingungen für die Landarbeiterwohnungen, sowie eine energische Wohnungspolitik.

Die Agitation muß zweitens sein eine planmäßige, energische, unermüdbare Aufklärungsarbeit unter der Landarbeiterschaft selbst, damit diese den Organisationen der Arbeiterklasse zugeführt, Solidarität übend den Segen der Solidarität kennen lernen. Damit sie, für heute sich eine hellere Gegenwart erringend, gleichzeitig kampfbereit werden und über die Erdringung von Gegenwartsforderungen hinaus sich am Emanzipationskampfe der Arbeiter beteiligen.

Diese Agitationsarbeit ist nach Ansicht der Konferenz nicht nur Sache der Genossinnen, sondern der Gesamtarbeiterbewegung. Die Konferenz verpflichtet daher die Genossinnen, bei dieser Agitationsarbeit überall nach besten Kräften mit Hand anzulegen, ferner solche Agitation anzuregen und gegebenenfalls selbst zu inszenieren.

Die Konferenz empfiehlt des ferneren ein eingehendes Studium der einschlägigen Verhältnisse zum Zwecke der wirksameren Durchführung der Agitations- und Organisationsarbeit unter dem Landproletariat.

Zur Begründung der darin enthaltenen Forderungen, die ich als das Mindeste, wofür wir mit ganzer Macht eintreten müßten, ansehe, bedarf es nicht vieler Worte. Mein ganzes Referat ist die Begründung. (Sehr richtig!) Wenn ich von Arbeiterschutz in der Resolution spreche, so meine ich damit, daß es selbstverständlich ist, daß alles, was für die Industriearbeiterschaft besteht und erstrebt wird, in sinngemäßer Weise auf die Landarbeiterschaft ausgedehnt werden soll. Also z. B. Bestimmungen über „helle, geräumige, gut gelüftete Arbeitsräume“ bedarf es in der Landwirtschaft nicht, wohl aber einen Normalarbeitsdag, der nicht länger zu sein braucht als in der Industrie. Heute schon haben zahlreiche Landarbeiter und Arbeiterinnen sich einen Rückhalt gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch ihre Mitgliedschaft im Verbande der Fabrik- und Landarbeiter geschaffen. Vielen ist durch Unterstützung des Verbandes der Lohn erhöht, die Arbeitszeit verfürzt, durch Bewahrung von Rechtschutz sind sie vor dem Gefängnis und vor Uebervorteilung seitens des Arbeitgebers bewahrt. Nicht umsonst ist daher dieser Verband der bestgeachtete bei den Agrariern. In Mitteldeutschland bestehen reine Landarbeitervereine. In einer derselben vertritt eine sehr tüchtige Frau, die gleichzeitig eine gute Genossin ist, seit Jahren den Posten des Kassierers. Das ist etwas ganz anderes, als was vor kurzem die „Soziale Praxis“ mich sagen läßt. Ihr Berichterstatter muß in Leipzig nicht haben hören können. Auf seinem letzten Verbandstage hat der Verband eine energische und planvollere Agitation unter den Landarbeitern beschlossen. Diese gilt es nach besten Kräften zu unterstützen. Dasselbe gilt für die im Norden und Osten namentlich mit vorzüglichem Erfolge begonnene politische Agitations- und Organisationsarbeit; diese muß in allen Teilen Deutschlands inszeniert werden. Im Osten sind besonders die Königsberger und Elbinger Genossen mit bewundernswürdiger Energie uns mit gutem Beispiele vorangegangen, wobei ihnen der „Ostpreussische Landbote“ vorzügliche Dienste leistet. Und wie viel Rot haben sie durch ihr Eingreifen gelindert, wie viel Tränen getrocknet, wie viel Unrecht verhütet. Das Wort „Sozialdemokratie“ ist dort für die Landarbeiter gleichbedeutend mit „Helfer“ und „Retter“. Reitenweit wandern die Kermiten, um sich Rat und Hilfe zu holen. Sie, die abgestumpft, in vollständiger Apathie dahingleben, erwachen zu neuem Lebensmut, wenn in den Lehren des Sozialismus ihnen ein Ausweg aus ihrem Elend gezeigt wird. Noch ein großes Feld harret hier wie überall der Bearbeitung, der Bearbeitung zu einem Felde des Klassenkampfes. Indem wir bei unseren Schwestern und Brüdern auf dem Lande die heiße, brennende Sehnsucht nach Freiheit und Glück, nach Lebensfreude und Menschwürde entfachen, gewinnen wir ihr Vertrauen, daß ihnen Hilfe und Erlösung nur von der Sozialdemokratie kommt. Im Interesse der Landarbeiterschaft, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Befreiung, im Hinblick auf ein großes herrliches Menschheitsideal laßt uns daher heute geloben, was an uns liegt, ihr Vertrauen nicht zu schänden werden zu lassen. Laßt uns heute geloben, daß wir noch mehr wie bisher hinausgehen wollen in die Lande und, allen Anfeindungen und Verfolgungen zum Trotz, das Landproletariat (scharf) wollen um die Fahne der Sozialdemokratie. Triffst doch für sie noch mehr als für irgend ein anderes Glied der Arbeiterklasse das Wort unseres großen Lehrers Marx zu, daß sie nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. (Stürmischer, mehrfach wiederholter Beifall.)

Auf Antrag der Genossin Köhler wird beschlossen, in Anbetracht des ausführlichen, erschöpfenden Referates von einer Debatte abzusehen. Ciproth-Strefeld hatte diesem Antrage gerade mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Materie widersprochen. Einstimmig schließt sich die Versammlung der Resolution der Referentin an und beschließt, ihr Referat als Aufklärungsbroschüre drucken zu lassen. Ein Antrag der Genossin Lily Braun, in die Resolution der Genossin Juchacz als Forderung für die Landarbeiter einzufügen: „10. Ausbau des Eisenbahnwesens, insbesondere der Kleinbahnen“, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Hierauf erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht.

Frau **Jahrenwald** - Oamburg: Anwesend sind 50 Delegierte, darunter 10 männliche, mit 54 Stimmen, ferner Genossin Juchacz als Redakteurin der „Gleichheit“ und Genossin Dunder als Referentin. Die Gäste sind bereits genannt. Das einzige angeforderte Mandat, das der Genossin Riendorf-Riel, hat die Kommission einstimmig für gültig erklärt.

Die Konferenz tritt diesem Beschlusse bei.

Der nächste Punkt der Tagesordnung lautet:

### Die Dienstbotenbewegung.

Fraulein **Grünberg** - Nürnberg als Referentin führt aus: Die Dienstbotenbewegung in Nürnberg hat wieder die Frage der Beseitigung der mittelalterlichen Gefindeordnungen kräftig ins Rollen gebracht. Kurz vor Weihnachten erschienen bei mir auf dem Arbeitersekretariat zahlreiche Dienstboten, die klagten, daß die „gnädige Frau“ sich gerade jetzt besonders viele Unverschämtheiten herausnehme, um dann mit Hilfe irgend eines Streites das übliche Weihnachtsgeschenk zu sparen. Es möchte doch in der Zeitung auch darüber einmal ein Artikel erscheinen. Das geschah denn auch in der „Frankfurter Tagespost“, und zugleich beriefen wir eine Versammlung auf einen Sonntagvormittag ein. Wir hatten einen Saal für 100 Personen genommen, aber es kamen mehr denn 1000. Schon in der zweiten Versammlung am 18. Februar wurde ein Verein gegründet, zu dem auch die Waschfrauen, Zubeberinnen und Putzfrauen Zutritt haben. Von 200 Mitgliedern, die er ursprünglich hatte, hat er sich jetzt auf 400 gehoben. Fünf Versammlungen sind abgehalten worden, und es war nicht eine, in der nicht schwere Mißstände zur Sprache kamen. In allen diesen Versammlungen kamen emporende Mißstände zutage. In den

### Teerabenden der Gnädigen

wurde wochenlang über nichts anderes gesprochen als über die „Revolution in der Küche“, die Aufregung war eine kolossale und man versuchte alles, die Dienstmädchen dem Verein abspensig zu machen. Eine große Anzahl von Dienstmädchen erklärte aber, sie wollten lieber zeitweise Stellunglos sein, als aus dem Verein ausgeschlossen werden. (Bravo!) Die Presse hat uns wesentlich unterstützt, von der bürgerlichen Presse begnügt sich ein Teil damit, die Tatsachen zu referieren, ein anderer verhält sich indifferent, während ein dritter in schamvoller Art und Weise über uns herfällt. Diese Angriffe werden uns natürlich nicht in unserer Arbeit aufhalten. Nach den Versammlungen wurden die Mißstände vielfach in den Zeitungen besprochen, besonders häufig wurden Fälle von unfittlichen Anträgen an Dienstboten festgesetzt und es wurde auf die Uebelthätigkeit des Feigniswesens hingewiesen. Viele Herrschaften sehen auch heute nicht mehr auf Zeugnisse, sondern nur nach der Länge der Dienstzeit. — Die ganzen Mißstände im Dienstbotenswesen beruhen auf der Gefindeordnung. Solche Gefindeordnungen gehen bis in das 18. Jahrhundert zurück. Rednerin geht auf einzelne dieser mittelalterlichen Bestimmungen ein. Damals wurde dem Gefinde sogar die Kleidung und Lebensführung vorgeschrieben. Luther nannte das Gefinde „lauter Unflut“ und empfahl die Prügelstrafe gegen Dienstboten, die nach heute in Preußen fort- besteht. Im Jahre 1848 wurde die erste Dienstbotenversammlung abgehalten, in der die Dienstboten Klage führten über zu große Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, über schlechtes Essen und schlechte Behandlung. Leider hat man damals diese Bewegung nicht weiter verfolgt, sondern die Dienstbotenbewegung links liegen gelassen. Gerade das „tolle Jahr“ in seiner Konsequenz für die gewerblichen Arbeiter mehr Elbogensfreiheit, so sind die Dienstboten Sklaven geblieben, denen man das Recht vorenthalten hat, ihre Lage durch die Arbeitsvermittlung zu verbessern.

Dabei hat die wirtschaftliche Revolution auch den Hausstand revolutioniert. Man braucht gar nicht mehr das Dienstmädchen von früher. Das Dienstmädchen konnte heute ohne jeden Schaden für

den Haushalt dem gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden. Aber die Gefindeordnung mit ihren unwürdigen Ungleichheiten bleibt bestehen und ist erst 1900 neu sanktioniert worden. Mit Recht verlangt Merkel in seinen Fragmenten zur Sozialwissenschaft die Gefindeordnung mit einer alten vor hundert Jahren vergessenen Schild- wache, die ohne Sinn und Grund immer noch bezogen wird.

Und was enthalten nun die Gefindeordnungen? Zunächst die Verpflichtung, alle

### Befehle der Herrschaft

mit Achtung und Ehrerbietung entgegenzunehmen. Alle — auch die, die die ausgedehnte Arbeitszeit fordern. So arbeiten denn nach Dr. Stillich trefflichem Buche über die Berliner Dienstboten diese dort durchschnittlich 18 bis 20, nach unserer jüngsten Nürnberger Statistik 17 bis 19 Stunden täglich. Eine so unjüngling lange Arbeitszeit muß abgekauft werden im Interesse der gesamten Menschheit. (Beifall.) Kranke, auch ansehend kranke Familienmitglieder, muß der Diensthote bei der Strafe der Gefindeordnung pflegen. Aber wenn er selbst krank wird, wird er aus dem Hause gejagt und gemeindet wie ein räudiger Hund. Über einen Vorfall hat die Gefinde- ordnung doch: sie setzt die Kündigungstermine nicht fest; schon sind die früheren einjährigen Kontrakte auf monatliche reduziert worden; die einjährige Kündigungsfrist wird die Dienstboten vielfach unabhängig machen. — Die Klagen der Dienstboten unterliegen nach den Gefindeordnungen nicht dem Gewerbegericht, sondern der ver- schleppten Entscheidung des Amtsgerichts. Die Dienstboten unter- stehen auch nicht der Zwangsverficherung. Welches Elend entsteht da, wenn zum Beispiel eine Waschfrau am Gelenksrheumatismus erkrankt? Die Herrschaft der Gefindeordnung erstreckt sich auf alle Mädchen von 7 — sieben — Jahr aufwärts. Die „Herrschaften“ klagen auch über die besonders ungenügende Bildung der Dienstmädchen. Sie haben daher mit Hilfe bürgerlicher Herrschaftsvereine einen Haus- haltungsunterricht eingerichtet, der darin besteht, daß das Mädchen von 14 bis 16 Jahren unter dem Vorwand der Ausbildung einer der Vereinsdamen den Haushalt umsonst oder gegen ganz geringes Geschenk führen muß. Eine schamlose Ausbeutung, die das Gebannde der Organisation geradezu spottet. (Sehr wahr!)

Von der mangelhaften Ernährung der Dienstboten habe ich schon gesprochen. Rednerin führt einige derartige Fälle an. Ein Schul- diener, früherer Schumann und Sozialistenkämpfer, gab seinem Dienst- mädchen die Broden, welche die Schuldiener liegen ließen. Dabei sind die Löhne miserabel. Der Durchschnittslohn beträgt in Berlin 200 M., Roß pro Tag 1 M., gleich 365 M., Logis gleich Schlafzelle a 6 M., macht 72 M., nehmen wir noch ein Weihnachtsgeschenk von 30 M. — mir hat ein Dienstmädchen einmal ein Weihnachtsgeschenk von 1 M. aus Bureau gebracht — so macht das im ganzen 667 M. Das ist noch sehr gut gerechnet, denn manche Herrschaften geben, wenn sie verreisen, ihren Mädchen nur ein Kostgeld von 65 Pf. Besser als die Fabrikarbeiterinnen, wie die Herrschaften immer behaupten, stehen die Dienstmädchen also keineswegs da, vor allem auch nicht in sittlicher Hinsicht. Dr. Stillich hat festgestellt, daß von 1689 unter polizeilicher Sittenkontrolle lebenden Mädchen in Berlin 1026, also 60 Proz. Dienstmädchen oder früher Dienstmädchen waren. (Hört! hört!) Wie kommt es nun, daß die Mädchen auf diese Bahn kommen? Der erste Schritt kommt immer von den Befähigungen im eigenen Hause. Dr. Stillich hatte die Frage nach solchen Befähigungen gar nicht in seine Fragebogen aufgenommen, aber trotzdem haben die Mädchen doch fast in allen Fällen darüber Ausführungen gemacht. Da wird immer wieder darauf hingewiesen, der Sohn hat mir keine Ruhe gelassen, anfangs habe ich ihn abgewiesen, dann ist er des Nachts zu mir gekommen. Da ich kein verschließbares Zimmer hatte, konnte ich mich nicht dagegen wehren. Und wenn es nicht der Sohn ist, ist es der Vater. Darüber heißt es in den Fragebogen: Wie wenn man dem Hausherrn zu Gefallen ist, hat man es im Dienste gut. In Nürnberg ist selbst eine Frau zu mir aufs Bureau gekommen und hat gemeint, ihr Mann hätte es mit jeder, selbst das 15jährige junge Ding, das sie jetzt hätte, hätte er nachts besucht. (Wutruufe.) In Wunsiedel in Bayern hat das Gericht einen 24jährigen Knäuling, der am 15jährigen Dienstmädchen wiederholt Notzuchtsverbrechen gemacht hatte, wegen tätlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Dienstmädchen aber, das schwanger geworden ist, ist rettungslos verloren. Es bekommt keinen anderen Dienst, und nichts bleibt ihr übrig, als tatsächlich auf die Straße zu gehen. Aber wenn wir fordern wollten, das Dienstmädchen sollte nicht mehr im Hause wohnen, damit es nicht schuldig den Schweinepansen preisgegeben sei — man würde uns auslachen. Wie groß ist jetzt für das schwangere Dienstmädchen die Versuchung, das Kind im Mutterleibe oder nach der Geburt zu töten, zumal wenn der Vater sie im Etische läßt.

### In grenzenloser Not

sucht sie sich von der Last zu befreien — wer könnte es nicht trotz der unendlichen Grausamkeit verstehen. Wir haben gar keine Ahnung von dem Umfang der Kindersterblichkeit. In Frankfurt am Main hatte man ein Dienstmädchen im — gerechtfertigten — Verdacht des Kindesmordes. Man suchte im Rhein nach der Kinderleiche und fand — deren 38. (Große Bewegung.)

Wer ein Mensch ist, wer einen Funken Gefühl in sich hat, muß sich gegen diese schmachvollen Zustände auflehnen. Unsere Resolution fordert nur Bescheiden, wogegen auch keine bürgerliche Dienstbert- schaft mit Gerechtigkeitsgefühl etwas einwenden kann. Aber auch unsere junge und kleine Organisation hat schon Besserung geschaffen. Schon fürchten die Herrschaften in Nürnberg, am nächsten Tage in der „Sozialpresse“ zu stehen und dann auch durch die ganzen Herr- schaftskräuse gerzett zu werden. Sorgen Sie dafür, daß bald alle orten, wo es irgend möglich ist, Dienst- botenorganisationen gegründet werden. Schon sind dem Nürnberger Beispiel München — 200 Mitglieder in der ersten Versammlung — Köln und Pärth gefolgt. Wenn wir so fort- schreiten, gelangen wir vielleicht bald zu einem Zentralverband.

In München haben die Christlichen versucht, uns das Wasser abzugraden; aber dort sind die Herrschaften in in der Organisation, und so dumm sind die Dienstmädchen nicht mehr, daß sie dort hinein- gehen. Versuchen Sie es also überall mit der Organisation. Ich habe Artikel für die Agitation unter den Dienstboten ausgearbeitet, die ich Ihnen gern zur Verfügung stelle. Sorgen Sie dafür, daß die Dienstboten zum mindesten gleichgestellt werden mit den gewerblichen Arbeitern, daß sie Lust und Liebe zum Leben bekommen. Haben wir erst all das durchgeführt, was wir für die Dienstboten erstreben, dann sind wir auch mit unserer Gesamtbewegung ein gut Stück vor- wärts gekommen. (Stürmischer Beifall.)

(Schluß in der 4. Beilage.)

### Witterungsübersicht vom 21. September 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- decke	Tem- peratur in °C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolken- decke	Tem- peratur in °C
Emmendingen	772 R	4 bedekt	10	14.0	Caparanda	776 R	—	—	10.0
Oamburg	756 R	2 halb bd.	7	15.0	Petersburg	769 R	—	—	11.0
Berlin	773 R	3 wolflg	9	14.0	Seilh	772 R	—	—	13.0
Krausch a. R.	771 R	4 halb bd.	11	15.0	Überseen	770 R	—	—	11.0
München	769 R	1 bedekt	9	15.0	Paris	771 R	—	—	10.0
Wien	767 R	3 bedekt	12	14.0					

### Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. September 1906.

Nachts sehr kühl; am Tage etwas wärmer, mißlich heiter bei mäßigen nordöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

### Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 21. September. Elbe bei Kitzing + 1.95 Meter, Sa- Dresden + 1.94 Meter, bei Magdeburg + 1.95 Meter. — In Straßburg bei Straßburg — Meter. — Oder bei Ratibor + 3.64 Meter. — Rhein- mündung + 4.36 Meter. — Oder bei Wiesig + 4.92 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel + 1.94 Meter. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Konferenz der sozialdemokratischen Frauen.

(Schluß aus der 8. Beilage.)

Die Referentin unterbreitet folgende Resolution.

Das angeblich „patriarchalische“ Verhältnis zwischen den Diensthöten und den Dienstherrschäften ist heutzutage zu einem Dornenmantel...

Das materielle und moralische Elend der Dienenden wird wesentlich dadurch verschärft, daß sie nicht unter dem gleichen Recht wie die gewerblichen Arbeiter stehen...

Die vierte Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands ist der Auffassung, daß die dringend nötige gründliche Reform der Diensthötenverhältnisse nur das Werk der organisierten und kämpfenden Arbeiterklasse sein wird...

Als wichtigste Grundlage dieser Reform und als unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die Diensthöten selbst an der Hebung ihrer Lage mitwirken, erachtet die Konferenz die Aufhebung aller geschlechtlichen Ausnahmestimmungen für das Gefolge und ihre volle rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern...

- 1. Abschaffung der Gefolgeordnungen und Gefolgedienstbücher. 2. Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung. 3. Gleichmäßige Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer...

Die Konferenz spricht des Weiteren ihre Ueberzeugung aus, daß die Interessen der Dienenden nicht in dem nötigen Umfange und nicht mit der erforderlichen Energie von Organisationen vertreten werden können...

Hierauf werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr vertagt. Begrüßungstelegramme sind eingegangen aus Halberstadt, Minden, Oera (Neuß), Kall und aus dem zweiten Berliner Wahlkreis.

Schluß 8 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei E. Obst, Weiningerstr. 8, die Versammlung des Wahlvereins statt.

Köpenick. Heute abend 8 Uhr Versammlung des Wahlvereins im „Kaiserhof“, Grünstraße. Vortrag des Genossen Pagels-Nixdorf.

Pankow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Gesellschaftshaus des Herrn Kochardt, Kreuzstr. 3-4, die Versammlung des Wahlvereins statt.

Reinickendorf-Öst. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Versammlung des Wahlvereins im Lokal des Genossen Kankow, Schönholz Nr. 14, statt.

Berliner Nachrichten.

Die Billett- und Laßbarkeitsteuer.

Die in Berlin eingeführt werden soll, beschäftigt seit Monaten in hohem Maße die Kreise, die von dieser kulturfeindlichen Maßnahme betroffen werden.

erledigt. In der zweiten Sitzung wurde sie gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt, angeblich weil der städtische Finanzminister verreist war...

Angeichts dieser Sachlage muß doch die Frage aufgeworfen werden, wie lange soll denn die Bürgerschaft Berlins noch warten, bis dieser Wechselbalg endlich die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt und Klarheit über die neuerliche Situation geschaffen wird?

Die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 27. September, umfaßt u. a. folgende Punkte: Bericht-erstattung über die Vorlage betreffend Abänderung der Fluchtlinien zur Abstumpfung der Ede Garten- und Invalidenstrasse...

Aus der Armenverwaltung.

Die Armenverwaltung hielt am Montag ihre erste Sitzung nach den Ferien ab.

Herr Stadtrat Münsterberg machte in derselben die erfreuliche Mitteilung — so nannte sie derselbe — daß die Armenverwaltung im Jahre 1905 erhebliche Ersparnisse gemacht habe.

Der Abschluß gegen den Ertagsantrag erbrachte 60 000 M. an Mehreinnahmen und 560 000 M. an Wenigerausgaben, so daß rund 620 000 M. weniger für Armenzwecke verausgabt wurden als wie in Ansatz gebracht sind.

Trotzdem 80 000 M. für Heimstättenpflege verausgabt sind, sind an Krankenhauskosten noch rund 43 000 M. weniger verbraucht worden.

Wieviel Armenstrafen an dieser „erfreulichen Ersparnis“ hängen, wurde nicht gesagt. Denn in der Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ist diesfalls allein nicht zu finden; es ist vielmehr mit Sicherheit anzunehmen, daß trotz der großen Teuerung ein Teil der Armenorgane nur in ungenügender Maße Unterstützung an Bedürftige gewährt haben.

Die Beratung über die Heimstättenpflege wurde abermals vertagt. Herr Stadtverordneter Sachs tat hierbei den ihm charakterisierenden Ausspruch: daß die Kinder, für die Kurverlängerung verlangt werde, ja nicht durch einen Arzt untersucht zu werden brauchen.

Der bereits vor den Ferien von unserem Genossen Hünje gestellte Antrag: „Den Armenkommissionen die Genehmigung zu erteilen, daß sie für einzelne Personen bis 25 M. Unterstützung gewähren können“, war vom Armenamt 12 erneut gestellt; auch heute fand derselbe leider nicht die genügende Unterstützung.

Bei Beginn der Sitzung hielt Herr Stadtrat Münsterberg dem vorstehenden Stadtrat Heller einen ehrenvollen Nachruf und verpfländete eine große Zahl neuer Vorleser; er legte diesen besonders ans Herz, ihr Amt in Varmherzigkeit und Menschenliebe auszuüben.

Die Urwahlen im dritten Berliner Landtags-Wahlbezirk finden am Dienstag, den 6. November d. J., und die Wahl eines Abgeordneten an Stelle des verstorbenen Abg. Schulz Dr. J. W. I. am Dienstag, den 27. November d. J., statt.

Die Deputation für die städtischen Krankenanstalten beschäftigte sich in ihrer Sonnabend-Sitzung unter anderem mit einer Verfügung des Magistrats betreffend die Einziehung erhöhter Kur- und Verpflegungskosten von Kranken, die wegen ansteckender Krankheiten in den städtischen Krankenhäusern absondert untergebracht sind.

Stroßfeuer kam gestern früh um 7 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in der Ritterstraße 71, wo die 5. Kompanie erst kürzlich einen großen Brand in einer Stochfabrik zu löschen hatte, zum Ausbruch.

war auch bereits das zweite Quergebäude von den Flammen ergriffen. Durch die große Qualmentwicklung war das Vordringen über die Treppen sehr erschwert.

Gleichzeitig mußte in der Großgörschenstr. 38 ein Brand gelöscht werden. Dort brannten Betten, Gardinen u. a. Ferner hatte die Wehr in der Goltzowstr. 13 zu tun, wo in einer Waschküche Feuer ausgebrochen war und die Schaldecke erlosch hatte.

Ueber eine Schießaffäre in Hohen-Neuendorf lesen wir in einer hiesigen Zeitung folgendes: „In die Charité ist vorgestern der 33 Jahre alte Zimmermann Adolf Herrmann aus Hohen-Neuendorf mit einer lebensgefährlichen Säuhwunde im Unterleib eingeliefert worden.“

Ein anderer Bericht besagt: „Das Opfer eines räuberischen Ueberfalles ist nach seiner Darstellung der 33 Jahre alte Zimmermann Adolf Herrmann aus Hohen-Neuendorf geworden.“

Das Opfer eines räuberischen Ueberfalles ist nach seiner Darstellung der 33 Jahre alte Zimmermann Adolf Herrmann aus Hohen-Neuendorf geworden.

Die Rettungsgesellschaft der Wassersportvereine von Berlin und Umgebung hat in diesem Jahre, nachdem am 27. Mai und 5. August je 3 Personen vom Ertrinkungsstode gerettet wurden, jetzt je ihrer Begründung 45 Personen gerettet, eine Zahl, welche beweist, daß die Errichtung der Station am Müggelsee einem dringenden Bedürfnis entsprochen hat.

Das Geständnis des Jopfabstehers. Der Kassierer Alfred Lange, der, wie gemeldet, am Sonnabend verhaftet wurde, hat ein umfassendes Geständnis abgelegt und ist vorgestern mittag dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Für die Straßenbahnkreuzung nach Rummelsburg ist die Linienführung nunmehr endgültig festgelegt. Hiernach gelangt das Projekt einer Bahnverbindung durch Rummelsburg nach Buhlhaide und Karlshorst nicht zur Durchführung, vielmehr ist der erste Plan, nach welchem als Endstation Friedrichsfelde in Aussicht genommen wurde, beibehalten.

Der Zirkus Busch hat seit Sonnabend eine Pantomime in das ohnehin sehr reichhaltige Programm des Abends eingeflochten. „Auf der Wuhra“ ist sie betitelt und sie führt uns in das Land der Magyaren: nach Ungarn.

Das Metropoltheater bringt etwa alle Jahre eine Revue heraus und es war deshalb kein Wunder, daß dieser Tage eine wahre Jagd und eine Hege nach einem Billett zur Premiere des Metropoltheaters einlegte.

Das Metropoltheater bringt etwa alle Jahre eine Revue heraus und es war deshalb kein Wunder, daß dieser Tage eine wahre Jagd und eine Hege nach einem Billett zur Premiere des Metropoltheaters einlegte.

gewachsenes Nachlabarett. Kein geschneitelt und gebügelt, die Herren im tadellosen Gesellschaftsanzug mit der weit ausgeführten schwarzen oder weißen Weste, die Damen schleppenbewehrt in Samt und Seide gekleidet, bildeten denn auch diese Kreise im Verein mit der Theaterwelt am Sonntag das Publikum der humoristischen Jahresrevue: „Der Teufel lacht dazu“. Diese Jahresrevue des Metropoltheaters von Julius Freund haben die Tendenz, die verschiedensten Tagesereignisse des vergangenen Jahres in humoristische und satirische Formen zu gießen und durch Aneinanderreihung zu einer großen Revue zu gestalten. Von diesem Gedanken ist auch die Jahresrevue: „Der Teufel lacht dazu“ getragen. Acht Bilder mit zahlreichen Einzelheiten sind in derselben aneinandergefügt. Im ersten Bilde werden wir in die Hölle versetzt, wo der Teufel herrscht. Satanas läßt sich von seinen Gefolgsleuten aus den verschiedensten Ländern berichten, wie es um die sündhaften Menschen bestellt ist. Dabei erfährt er, daß Berlin moralische Anwandlungen bekommt, die ihm durch die Polizei vorgezeichnet werden, und er beschließt, sich durch eigenen Augenschein von den Zuständen in der Oberwelt zu überzeugen. Im zweiten Bilde stürzt der Teufel aus dem Krater und saust mit seinem Auto über Berge, Täler, Abhänge, bis er in der Stilleberndt in Berlin „Unter den Linden“ landet und hier nun die verschiedensten Erfahrungen über Berlin und die Berliner sammelt. Die politischen wie lokalen Ereignisse der letzten Zeit werden nun Gegenstand des Spottes und des Spohnes. Fast nichts ist da vergessen, nur die Dummigkeit, die vom Herrscher gestrichen worden ist. Neue Steuern, Tanzhäuser, Pompadurräuber, Kopf-abschneider, Volkszählung, Kolonialskandale, in denen Tuppelstich, König Wona und die Nuttsamerische Cousine nicht fehlen dürfen, alles wird gesungen, getanzt und beleuchtet. Schließlich gehts noch nach Algeiras zur Marokkolonferenz, deren Ergebnis ist, daß wir den schwarzen Schellenbaumträger behalten dürfen. Den Schluß bildet das Ballet; die Tageszeiten: der Morgen, der Mittag, der Abend und die Nacht. Dabei wird zwar nicht gesungen, aber wo Menschen schweigen, werden Weine reden. Schließlich geht es selbst dem Teufel zu viel und um die Witternachtsstunde kehrt er wieder in sein Reich zurück mit den Worten: „Die Berliner sind nicht Sänder, sondern Dummler.“ Eine Pracht und ein Glanz wurde entfaltet in der Ausstattung, der Beleuchtung und den Kostümen, wie er kaum zu übertreffen sein kann. Nicht weniger denn 500 verschiedene Kostüme kommen zur Entfaltung, die einen Kostenpunkt von 150 000 M. verursacht haben. Die Musik ist wieder von Herrn Holländer geliefert. Der Direktor Schütz hat am Sonntag wieder einen großen Erfolg errungen, denn das Publikum war vor Begeisterung gar nicht zu beruhigen und rief Verfolger und die übrigen Mitwirkenden zum Schluß wohl ein halbes Dutzend Mal.

**Radrennen zu Treptow.** „Großer Abschiedspreis“, so lautete der Titel des 50 Kilometerrennens, das am Sonntag zum Austrag kam und in überlegener Weise von Pryzrembel gewonnen wurde. Fast schien es, als ob auch dieses Rennen dem Schicksal des Bergrennens anheimfallen sollte, gingen doch schwarze Wolken genug am Himmel, jeden Augenblick bereit, ihren Inhalt auf die Erde auszusüßten. Aber ohne Unterbrechung konnte das reichhaltige Programm abgewickelt werden. In dem Dauerrennen starteten außer Pryzrembel noch Vanderstuit und Contenet, welche letzterer jedoch keine nennenswerte Rolle spielte und weit zurück als Dritter endete. Im Beginn des Rennens lieferten sich der Berliner und der Belgier, der an zweiter Stelle lag, scharfe Kämpfe, bis endlich in der 18. Runde Vanderstuit die Führung an sich riß. — Bald darauf versagte Pryzrembels Motor und da seine Ersatzmaschine auch nicht gut lief, so verlor er in kurzer Zeit drei Runden. In der 32. Runde erreichte aber auch Vanderstuit das Gesicht; sein Rad erlitt Reifenschaden und ehe er wieder ins Rennen eingreifen konnte, war sein Vorsprung dahin und er maridierte beim 30. Kilometer 110 Meter zurück als Zweiter, Contenet 3070 Meter zurück als Dritter. Pryzrembel, der wieder von Geyper geführt wurde, ließ sich nun nicht mehr die Spitze nehmen, obgleich Vanderstuit verschiedene Angriffe auf ihn unternahm, die aber keinen Erfolg hatten und als gar zum Schluß der Belgier von seiner Führung abfiel, blühte er noch zwei Runden ein. Das Ergebnis war: 1. P. Pryzrembel, 41 Min. 46<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sek., 2. Vanderstuit, 630 Meter; 3. Contenet, 3990 Meter. — Die Fliegerrennen brachten wie stets starke Felder an den Start, so daß zahlreiche Vorläufe notwendig waren. Im Hauptfahren siegte Hellemann mit nur Neilsenstärke gegen Stabe, denen eine Länge zurück Hausen folgte. — Eine Ueberreaktion brachte das 5 Kilometer-Prämienfahren. In der 8. Runde entfernte sich Cammann so weit von dem Felde, daß er bis zum Schluß alle Prämien an sich brachte und die anderen Fahrer an 100 Meter zurückließ. — Das Vorgabefahren gewann Bern (200 Meter Vorgabe) gegen Mühlbach (220), Bied (190) und Burdajewitz (220). Die besseren Fahrer kamen nicht an die führende Gruppe heran und endeten unplatziert. — Ein eingeleitetes Motorrennen wurde von Puhmann gegen Arndt gewonnen. Geyper, der bis zur 12. Runde die Führung hatte, schied wegen Maschinenschadens aus dem Rennen. — Die Rennen waren wie immer in Treptow sehr gut besucht und verliefen ohne Unfälle.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 26. September, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Bernh. Jergang in der Marienkirche ein Bachkonzert unter Mitwirkung von Fel. Hedwig Kaufmann (Sopran), Fel. Julia Michaels (Alt), Herrn Alex. Altmann und Herrn Paul Sager (Violine). Es kommen nur Kompositionen von Seb. Bach zum Vortrag. Der Eintritt ist frei.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird der neue Vortrag „Die Rosellande und ihr Weinbau“, welcher Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart in reicher Fülle am Zuschauer vorüberziehen und in Wort und Bild all jene malerischen Orte an der Mosel vor dem Auge erscheinen läßt, in dieser Woche allabendlich zur Darstellung gelangen.

Das 2. Stiftungsfest der freien Jugendorganisation Berlins und Umgegend fand am Sonntag, den 22. in den Gesamtträumen der Brauerei Friedrichshain statt. Aus dem anregenden Programm verdient die Festsrede, gehalten von Dr. Karl Liebknecht besonders hervorgehoben zu werden. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat sich die Organisation der Jugendlichen zur jetzigen Größe entwickelt, trotz der zahlreichen Anfeindungen von Seiten bekannter „Jugendfreunde“. Die erwachsene Arbeiterchaft hat nunmehr den Wert der Jugendorganisation erkannt, die diese als berufene Vertreterin der Interessen der proletarischen Jugend besitzt.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

Ein recht eigenartiges Licht auf unsere sozialen Verhältnisse wirft folgender Vorgang: In dem städtischen Waisenhaus am Mariendorfer Weg erschien am Sonntag eine Frau mit einem verdeckten Kinderwagen und übergab dem Förster einen verpackten Brief. Während der Mann noch dabei war, die recht unheimlich geschriebene Adresse auf dem Konvert zu lesen, wandte sich die Frau plötzlich um und eilte schleunigst davon. Den Kinderwagen ließ sie zurück. Als man das Verdeck zurückschlug, fand man zwei Kinder im Alter von etwa neun Monaten. Nach den in dem Briefe enthaltenen Angaben handelt es sich um ein Zwillingspärchen. In dem Schreiben gibt die Mutter an, sie habe ihre beiden Kinder nicht mehr ernähren können und um sie nicht dem Hungertode preisgeben, habe sie sich entschlossen, die Knaben in einem Waisenhaus auszuweisen. Es blieb nun natürlich nichts weiter übrig, als die Kleinen in der Anstalt aufzunehmen. Die Polizei ist nun bemüht, die unbekante Mutter zu ermitteln.

Ueber Partei und Gewerkschaft referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Hans Bloch. Der Referent entwickelte in klaren Zügen unter lebhaftem Beifall den schon wiederholt vom „Vorwärts“ vertretenen Standpunkt über dieses

Thema. Zu der Diskussion erklärte Genosse Hannas bis auf einige Punkte sein Einverständnis mit dem Referenten. Mit der vom Genossen Bloch vertretenen Auffassung könne er sich jedoch nicht einverstanden erklären. Der Vorwurf der gewerkschaftlichen Eishypothese sei nicht am Platze. Keine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft habe ihren Klassenkampfcharakter verleugnet; fast alle haben erregende Vorurteile behauptet, insbesondere es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit handelt. Viele Gewerkschaftsführer seien allerdings der Meinung, daß die Mitglieder für einen Massenstreik noch nicht reif seien. Redner glaubt, daß der Mannheimer Parteitag die zwischen Gewerkschaften und Partei vorhandenen Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigen werde, da die Wege zu verschieden seien. Genosse Stube meinte, es sei keinem Gewerkschaftsführer eingefallen, die Parteibewegung zu diskreditieren, daselbe gelte auch von der Partei. Jeder wisse, welche Opfer es gekostet habe, ehe die Gewerkschaften von dem Unternehmertum als gleichberechtigt anerkannt wurden. Ein Widerspruch zwischen Partei und Gewerkschaft dürfe nicht bestehen, ein solcher sei jedoch vorhanden in den Kölnen und Jenaer Verhältnissen. Es müsse versucht werden, alle Weichlässe nach gegenseitigem Uebereinkommen zu fassen, um das Gesamtwohl der Arbeiterchaft zu fördern. Genosse Franke ist der Meinung, daß durch den Zwiespalt bei der Führung die Kleinarbeit zu leiden habe. Er erkläre sich für den Massenstreik im gegebenen Falle. Die Masse müsse jedoch für den Streik organisiert und vorbereitet sein; momentane Erregung nütze nichts. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, einen Massenstreik zu inszenieren, ohne daß er durch Militär- und Polizeigewalt niedergedrückt wird. Hier sei es ein Hauptverdienst, daß die Gewerkschaftsführer mehr mit sozialistischem Geiste durchdrungen seien, der sei aber leider schon bei vielen bedeutend geschwunden. Daß der Arbeiterchaft der Klassenkampfcharakter eigen sei, zeige sich bei jedem gewerkschaftlichen Kampfe. Genosse Lehmann tritt dem Genossen Franke in dem Vorwurf entgegen, daß die Gewerkschaften verstanden; wenn dies bei einzelnen Gewerkschaftsführern zutrefte, so hätten es die Mitglieder in der Hand, dem einen Niegel vorzuschleichen. Redner wendet sich des weiteren gegen die sogenannten Revolutionsromantiker. Vieles wäre nicht geschrieben, wenn die betreffenden Schriftsteller nur einen kleinen Kampf geführt hätten. Auch Genosse Lehmann ist der Ansicht, daß in Mannheim die bestehenden Differenzen nicht endgültig beseitigt werden. Genosse Bloch wandte sich in seinem Schlußwort gegen einzelne Ausführungen. Vor allem verwachte er die „Vorwärts“-Reaktion gegen den Vorwurf, daß sie ihre Ansicht in der Frage des Massenstreiks geändert habe. Der „Vorwärts“ habe stets eine konsequente Haltung eingenommen. Auch bestehe keine Neigung in der Redaktion, die Lokalorganisationen zu propagieren. Zum Schluß bemerkt der Referent, daß in Partei sowohl wie in Gewerkschaft keine Strömung sich geltend machen könne, wenn beide Körperchaften gemeinsam arbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Unter Vereinsangelegenheiten macht der Vorsitzende auf die am 7. Oktober stattfindende Uraniavorstellung aufmerksam, ebenso auf das am 27. Oktober stattfindende Herbstfest. Zu beiden Veranstaltungen sind Vorträge bei den Bezirksführern zu haben. Nachdem noch der vorgenannten Bezirkseinteilung Erwähnung getan, erfolgte Schluß der Versammlung.

Einundvierzig Diebstähle werden den Arbeitern Röber und Brunge zur Last gelegt, welche wegen Messingdiebstählen von der Rixdorfer Polizei festgenommen wurden. Die beiden Verbrecher haben 32 Straftaten zugefanden, die zum Teil bei der Kriminalpolizei nicht gemeldet worden waren. Röber und Brunge haben nicht nur in Rixdorf und Umgebung gestohlen, sondern wie erwiesen ist, ihre Streifen über Berlin und die westlichen Vororte ausgedehnt.

### Charlottenburg.

In der Waldstraße wurde gestern abend der Aufsitzer eines Fuhrwerkes der Firma Reinsinger, Charlottenburg, vom eigenen Gefährt überfahren. Wie ein Augenzeuge des Unfalles mitteilt, hat man den Verunglückten etwa 7/8 Stunden auf der Straße liegen lassen, ohne für seine Ueberführung nach einer Unfallstation oder einem Krankenhaus zu sorgen. Erst durch das energische Eingreifen von Passanten wurde nach dieser Zeit der Verletzte dem Charlottenburger Krankenhaus zugeführt.

### Treptow-Baumschulenweg.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis lautete das Thema eines Vortrages, den Gen. Wermuth in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt. Redner legte in kurzen Zügen die kulturelle Bedeutung dieses wichtigsten Rechtes dar und zeigte, wie die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung ausgelegt und gehandhabt werden. Unter besonderer Berücksichtigung der Vorgänge in Breslau und Nürnberg übte er eindringliche Kritik an dem Vorgehen der Polizei bei Lohnbewegungen und Ausperrungen. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht geführt. Genosse Loh gab hierauf die Abrechnung vom Volksfest. Es betrugen die Einnahmen 478,90 M. und die Ausgaben 304,73 M., mithin verbleibt ein Ueberschuß von 174,17 M. Sieben Neuaufnahmen bestätigte die Versammlung. — Zum Schluß forderte der Vorsitzende Genosse Hofmann zur regen Agitation für die Partei auf und empfahl, mehr für die Ausbreitung des „Vorwärts“ und der sozialistischen Literatur Sorge zu tragen.

## Gerichts-Zeitung.

### Zu Tode gemartert.

Das Martyrium eines Kindes wurde in einer Verhandlung entrollt, mit welcher am Montag eine neue Tagung des Schwurgerichts am Landgericht II begann. Auf der Anklagebank saßen der 30jährige Tischler Johann Röber und dessen 40jährige Ehefrau Emma geb. Böhm, beide in Schwanenstraße wohnhaft. Der Ehemann sitzt seit sechs Monaten in Untersuchungshaft. Beide Eheleute, die aus einem kleinen Ort in der Nähe von Stallupönen stammen, sind bescheiden, ihren 4jährigen Sohn Bruno mithandelt zu haben, und zwar mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung und mit der Folge, daß durch die Körperverletzung der Tod des Kindes erfolgt ist. Den Vorstoß führt Landgerichtsrat Sellwig, die Anklage vertritt Staatsanwalt Tokki, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Max Kantowicz, der angeklagten Ehefrau ist Referendar Manthey als Verteidiger beigegeben worden. Als medizinische Sachverständige sind Dr. Finkenstein, Medizinalrat Dr. Pflieger und Kreisarzt Dr. Schulz geladen. — Die Angeklagten haben in ihrer Ehe acht Kinder erzeugt, von denen jetzt noch vier am Leben sind. Der Knabe Bruno war 1901 geboren und ist im Alter von 4 Jahren gestorben; es wird behauptet, daß die fortgesetzten Mißhandlungen des Kindes, dessen Gesicht und Gliedmaßen vielfach von den Nachbarn gezeichnet worden ist, den Tod verursacht hat. Wie der Angeklagte im allgemeinen zugibt, sind dem Kinde oft des Nachts die Hände auf der Brust zusammengebunden worden, der Mann hat es mit einem Gummischlauch gefesselt, ohne zu achten, wohin er trat, der Knabe ist auch öfter am Bett festgebunden und mit einem scharfen Messer gestochen worden. In einem kalten Wintertage ist der Junge in eine Wanne mit kaltem Wasser, wie es eben aus der Wasserleitung kam, gesetzt worden und der Angeklagte hat ihn dann mit einer scharfen Scheerbarste abgehauert. Eines Tages hat der Knabe einen Salzhering zu essen bekommen, damit er durstig werden sollte, und dann nichts zu trinken bekommen. Als er trotzdem noch keinen Durst zeigte, hat er noch einen halben Hering verzehren müssen. Am Tage vor dem Tode ist der Angeklagte mit dem Knaben und einem anderen Sohne tief in den Brunnenwald in eine Nichtenstöhne gegangen und hat ihn dort mit kurzen Unterbrechungen etwa eine Stunde lang mit einem Gummischlauch auf das entblößte Gesicht geschlagen. Bei dieser Prozedur soll der andere Knabe Wache gestanden und der Vater die Absicht geäußert haben, den kleinen Bruno weit in den Wald

zu führen und ihn dann seinem Schicksal zu überlassen. Am Tage darauf trat bei dem Knaben Krämpfe auf, der Angeklagte schlug ihn trotzdem mit dem Gummischlauch geschlagen worden war. — Der Angeklagte gibt zu, sein eierliches Jüchtigkeitsrecht überschritten zu haben, behauptet aber, daß der Knabe eine sehr böse Angewohnheit hatte, sich außerdem aus Riederträchtigkeit vielfach eitelhaft beschmüht und sehr eigenförmig war. Die Frau bestätigt diese Behauptungen ihres Ehemannes und bestreitet, ihrerseits das Jüchtigkeitsrecht überschritten zu haben. Die Affäre mit dem Hering will sie dahin auflären, daß der Junge sich stets geweigert habe, „Liebe Mutter“ zu sagen. Da habe sie ihm denn den Hering zu essen gegeben, damit er Durst bekommen sollte. Sie habe ihn dadurch zwingen wollen, so sagen: „Liebe Mutter, gib mir Wasser.“ Die Beweisaufnahme brachte nicht viel Neues. Mehrere Nachbarinnen der Angeklagten bekundeten, daß sie vielfach den kleinen Jungen herzerregend schreien gehört und klatschende Schläge wahrgenommen haben, die darauf hindeuteten, daß der Knabe mit irgend einem Instrument geschlagen oder sein Körper gegen Wände geschlagen worden. Die Angeklagte bestritt nicht, auch ihrerseits den Knaben gequält zu haben, um ihn von seiner schlechten Angewohnheit abzubringen, leugnete aber die über die Grenzen des Erlaubten gehende Mißhandlungen ab und wenn die Nachbarn Leute bei ihr erschienen und sie fragten, was denn das Kindergeschrei in der Nacht zu bedeuten habe, pflegte sie zu sagen, daß der ältere ihrer Söhne des Nachts lebhaft träume und im Schlafe weine. — Der nach dem Tode des Knaben herbeigeholte Dr. Finkenstein hat an dessen Körper verschiedene große Beulen vorgefunden, ferner blutrinntige Striemen an Händen und Füßen. Medizinalrat Dr. Pflieger und Kreisarzt Dr. Schulz bestätigten, daß zahlreiche Spuren von Verletzungen sich zeigten, die dem Knaben mit einem stumpfen Werkzeug beigebracht sein müssen. Die Todesursache ist ein Bluterguß in die Schädelhöhle gewesen und dieser ist wieder auf einen Gewaltakt zurückzuführen. Auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme und in Gemäßheit des Spruches der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof unter Zuhilfenahme mildernder Umstände den Angeklagten Röber zu zwei Jahren Gefängnis (vier Monate als verbüßt abgerechnet), die Ehefrau zu neun Monaten Gefängnis.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 52. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Vom legitimen Prinzip. — Grundzüge und Pläne. Von Friedrich Stampfer. — Rein Berral an der russischen Revolution. Von R. Kautsky. — Der Kampf um das Gemeinheitsrecht in England. Von H. Kautsky. — Von der deutsch-österreichischen Parteipresse. Von Richard Bernstein (Göteborg, A. N.). — Die Internationale über die Gewerkschaften. Von K. K. — Mitteilungen des Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel. — Literarische Rundschau: Dr. Robert Wilbrandt, Die Frauenarbeit ein Problem des Kapitalismus. Von Theresie Schlegel-Gastel. Feuilletons: Von Hermann Wendel. — Notizen: Der Bericht der Brauerer- und Mälzereibergwerksvereinschaft. Von E. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Süddeutscher Postillon. Nr. 20 des fünfundsingzigsten Jahrganges beginnt ihren Text mit einem Sang: Die Nürnberger Bombenfabrik. — Aus dem Textinhalt heben wir hervor: Der Straf als Streikposten. (Geb.) — Die Sozialdemokratie in der Arme. — Im Wald, ein Dreistabler von L. R. — Der Holzstecher, eine vortreffliche Schilderung aus den bayrischen Bergen. — Kunstbegeisterung (Geb.).

**Achtung! Rohrer Achtung!**  
und aller in diesem Berufe beschäft. Arbeiter  
Mittwoch, den 26. September 1906, abends 8 Uhr:  
**Oeffentl. Versammlung**  
im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c. 46/8\*  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere wirtschaftliche Lage. Referent: W. Kribow. 2. Die Antwort der Unternehmer auf unsere Lohnforderung und wie stellen wir uns dazu? 3. Diskussion.  
Kollegen! Da diese Versammlung eine wichtige für uns ist, so erwarten wir sämtliche Arbeiter, welche in dem oben genannten Berufe beschäftigt sind, mit ihren Frauen in dieser Versammlung.  
Der Einberufer.

**Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.**  
Zweigverein Berlin und Umgegend.  
**Gruppe der Putzträger.**  
Donnerstag, den 27. September, abends 8 Uhr,  
in der Deuthstr. 19/20 (Industrie-Zeitung):  
**Versammlung**  
für sämtliche Putzträger Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere früheren Beschlüsse und wie bringen wir dieselben zur Durchführung. 2. Diskussion.  
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Putzträger in dieser Versammlung dringend notwendig.  
46/9 Der Einberufer.

Mittwoch, den 26. September, abends 8 Uhr,  
in Wilke's Festsälen, Brunnenstraße 188:  
**Oeffentliche Versammlung**  
für alle in der Hutbranche beschäftigten Arbeiterinnen.  
Tages-Ordnung: 294/14  
1. Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation. Referentin: Frau Emma Jbrer.  
2. Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder.  
3. Verschiedenes. Der Vorstand.  
Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, so ist es Pflicht aller Kolleginnen zahlreich zu erscheinen.  
Männer haben Zutritt.  
Die organisierten Arbeiter, deren Angehörige in den Hutfabriken beschäftigt sind, werden ersucht, die betreffenden auf obige Versammlung aufmerksam zu machen.  
D. V.

**Arbeitervertreter-Verein Berlin.**  
Donnerstag, den 27. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Leibholz über: Traumatische Neurose. 2. Verschiedene Angelegenheiten.  
Gäste willkommen.  
Um zahlreichem Besuch, besonders der Besitzer des Schiedsgerichts ersucht  
Der Vorstand, A. N. Bernh. Jost, Vorsitzender.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 25. September.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Cyberhaus.** Hängel und Gretel. Phantasten im Bremer Kaiserfeld.  
**Schauspielhaus.** Klein Dorrit. Westen. Die Fiebermaus. Vornig. Der Troubadour. Deutsches. Das Wintermärchen.  
Anfang 8 Uhr.

**Leffing.** Hedda Gabler.  
**Berliner.** Sherlock Holmes.  
**Schiller O.** (Schiller-Theater.)  
Jugendliebe. Die Diensthöfen.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm Händel-Theater.) Hofmanns Töchter.

**Neues.** Der Jubiläumsbrunnen. Romische Oper. Carmen. Residenz. Triplepatte. Lustspielhaus. Das Friedensdorf. Zentral. Tausend und eine Nacht. Kleines. Man kann nie wissen. Deutsch. Amerikanisches. Im wilden Westen.

**Thalia.** Wenn die Bombe platzt! Laufen. Die Jungfrau von Orleans. Trianon. Der Hausfreund. Walhalla. Spezialitäten. Westpol. Der Teufel lacht dazu. Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.

**Kajino.** Alexander der Große. Folies Caprice. Der General-Konful. Sünden der Väter. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubentanz 48/49. Abends 8 Uhr: Die Mosellande und ihr Weinbau.  
**Stenwarte.** Jubiläumsstr. 57/62.

**Ferdinand Bonn**

### Berliner Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Sherlock Holmes.**  
Anfang 8 Uhr.

### Neues Theater.

Zum erstmalig:  
**Der Jubiläumsbrunnen.**  
Drama in 4 Akten v. Walter Bloem  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch, Donnerstag: Der Jubiläumsbrunnen.

### Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Man kann nie wissen.**  
(Der verlorene Vater.)  
Dr. Valentine. Harry Walden.  
Mittwoch: Ein idealer Gatte.  
Donnerstag: Man kann nie wissen.

### Komische Oper.

Dienstag, den 25. September er.,  
abends 8 Uhr zum erstmalig:  
**Carmen.**  
Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen.  
Donnerstag: Carmen.

### Lortzing-Theater

Bellealliancestr. 7/8.  
Dienstag, den 25. Sept. 7 1/2 Uhr:  
**Der Troubadour.**  
Abonnements gültig.  
Morgen, Mittwoch:  
**Der Waffenschmied.**

### Rixdorfer Theater

Bergstr. 147. Bürgertheater. Bergstr. 147.  
Leitung: Julius Türk.  
Mittwoch, den 26. September:  
8. Vorstellung. **Zapfenstreich.**  
Drama in 4 Akten von Franz Adam Beerlein.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, 30. Sept. Gastspiel von Frä. Adèle Verra: **Heimat.**

### Zentral-Theater.

(Operette). Täglich 8 Uhr:  
**Tausend und eine Nacht.**

### Luisen-Theater

Neichenbergerstr. 34.  
**Jungfrau von Orleans.**  
Mittwoch: Ein Kind des Glücks.  
Donnerstag: Jungfrau von Orleans.  
Freitag: Goldbrot.  
Sonnabend: Die Hochzeit v. Valenti.  
Sonntag nachm.: Jungfrau v. Orleans.  
Abends: Goldbrot.  
Montag: Jungfrau von Orleans.

### Deutsch-Amerikanisches

**THEATER.** Köpenickerstr. 67-68.  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Zum Gastspiel Ad. Philipp.  
**35. Im wilden Westen.**  
Melo.  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Uebereichen Teich.“

### Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Der Hausfreund.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Loulou.**

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Jugendliebe.**  
Auffspiel von Adolf Willbrandt.  
Dienstag: **Die Diensthöfen.**  
Auffspiel von Robert Bendig.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Frau Lager von Gestrot.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Zum erstmalig: **Donna Diana.**

**Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**  
Sollstünd in 4 Akten v. A. P. Kronge.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum erstmalig:  
**Hoffnung auf Segen.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Hoffnung auf Segen.**

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Heute im Theater 8 Uhr:  
**Die Mosellande und ihr Weinbau.**

## ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:  
**Großes Militärdoppel-Konzert.**  
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## Apollo-Theater

8 1/2 **Der Affe als Jockey.**  
Original-Dressurakt.  
9 30 **Die Seldoms**  
plastische Darstellungen  
**1 Dame und 3 Herren.**  
10 00 **Berlin im Omnibus.**  
Sonntag, 30. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr:  
Halbe Preise. Gr. Vorstellung mit dem vollständigen Spezialitäten-Programm.

## Metropol-Theater

Heute zum 3. Mal:  
**Phila Wolff a. D.**  
**Der Teufel lacht dazu.**

## Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:  
**Triplepatte.**  
Schwanz in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Gide.  
Sonntag, 30. Sept., nachm. 3 Uhr:  
**Seine Kammerjose.**

## Bernhard Rose-Theater

früher Carl Weiß-Theater.  
Große Frankfurterstr. 132.  
Voranzeige: Sonnabend, 29. Sept. er.:  
**Große Eröffnungs-Vorstellung.**  
**Der Millionebauer.**  
Sollstünd in 4 Akten von Strecher.  
Billetvorverkauf täglich v. 10-11 Uhr und von 3-7 Uhr an der Theaterkasse.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.  
**Lockere Zeiße.**  
Sollst. in 3 Akten v. Jacobson.  
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.  
Mittwoch: **Maria Magdalena.**  
Ehren- und Vorzugskarten an allen Wochentagen gültig.

## Kasino-Theater

Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr  
**Alexander der Große**  
von Emil Thomas und Adolf Selig.  
Vorher das Eröffnungsprogramm.

## Folies Caprice

Liniestr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.  
Direktion Felix Berg.  
**Der Generalkonsul** und **Die Sünden der Väter.**  
Ludwig Marions im Solotail.  
Vorverkauf b. Wertheim u. an der Theaterkasse 10-12 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

## Zirkus Busch.

Dienstag, den 25. September,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Aus der Pucka.**  
Original-Pantomime des Jirkus Busch.  
**Die größte Tiger- und Löwengruppe**  
mit dem bisher noch nie gesehnen Ringkampf zwischen dem Dompteur Willy Peters und zwei wilden Tigern.  
**Jette, Irish Park Hack,**  
geritten von Herrn **Burkhardt-Footitt.**  
Außerdem:  
**Elle, Loris Loyal,**  
Demimondaine-Plelerin.  
**Herr Ernst Schumann**  
mit seinen Reudressuren sowie sämtliche neuengagierten Künstler und Künstlerinnen.

## Zirkus Alb. Schumann.

Deute Dienstag, den 25. September,  
abends präzis 7 1/2 Uhr:  
**Riesen-Programm. II. a.:**  
Eine neue Sensation!  
**Die liegenden Menschen.**  
Les Rixfords  
**Signor Luigi Rossi** mit seinem musikalischen Wunderpferd Enir.  
**Auf der Pucka,**  
vorgef. v. Dir. Alb. Schumann.  
Mr. Henriksen mit seiner **größten Tiger-Gruppe**  
**Wilbe Dressur**  
zehn Bracht-Exemplare, worunter **Tammau,**  
der wilde kämpfende Riesentiger.  
**Lustspielhaus.**  
Abends **Das Friedensdorf.**  
8 Uhr: **Die von Hochsattel.**

## Passage-Theater.

Gastspiel  
**Josefine Dora**  
in der Komödie **„Riecke“**  
mit dem Schlager **„Emil du bist eene Pflanze“.**  
Außerdem  
**14 erstklassige Spezialitäten!**

## Fröbels Allerlei-Theater

Schuhmacher Allee 148.  
Gastspiel des  
**Bernh. Rose-Theaters**  
zur Aufführung gelangt:  
**Die Rose von Avignon.**  
Roman. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Blieser.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Vorverkaufsstellen: Kond. Handwerker, Schuhmacher Allee 152/153, Krüger & Oberbeck, Kastanienallee 1.

## Volks-Theater des Westens.

Spichernstr. 3, am Nürnbergerplatz.  
Anfang 8 Uhr.  
**Ein Abenteuer im Witwenverein.**  
Dienstag: **Madame Bonivard.**  
Schwanz in 3 Akten.

## Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.  
Heute Dienstag, 25. September,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Hüttenbesitzer.**

## Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Das Riesen-September-Programm.**  
Vandara, Dressur, Daymiers, Akrob. Franz Corré. Leopold Truppe. Manilla. Hee und See. Carmanelli Duo sowie **8 erstkl. Nummern**  
**Der Sommerleutnant.**  
Familienakt, zum haben Kassenerpreis gültig. In Barbier-, Friseur- und Zigarengeschäften gratis zu haben.

# Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.

## Mittwoch, den 26. Sept., abends 8 1/2 Uhr, in Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Welches sind die nächsten und notwendigsten Forderungen der Berliner Maurer? Ref.: Kollege Julius Oehl. 2. Diskussion. 3. Anträge des Ausschusses. 4. Abrechnung vom 25. Stiftungsfest.  
**Der Vorstand.**  
NB. Der einschneidenden Bedeutung halber, die vorstehende Tagesordnung in sich schließt, ist es Ehrenpflicht jedes einzelnen, für guten Besuch der Versammlung zu agieren bezw. bestimmt und pünktlich zu erscheinen. **Keiner darf fehlen!**  
Am Donnerstag, den 27. September, bleibt das Bureau geschlossen. Dasselbe befindet sich vom Freitag, den 28. September 1906: Steinstraße 38, I. Etage. D. O.

## WINTERGARTEN

Lezte  
Vorstellungen des glänzenden Eröffnungs-Programms.  
**Robert Steidl, Humorist.**  
Das Erntefest, engl. Ballettszene.  
**Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.**  
Mia Werber, Sängerin.  
**Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.**  
Chung Ling Sze, chin. Zauberkinstl.  
**De Witt Burns und Torrance,**  
amerikanische Exzentriks.  
**Die Pisslotli, Reizakt.**  
**Ferry Corwey, musikal. Clown.**  
**Price u. Toledo, Kontorsionisten.**  
**Der Biograph.**

## Colosseum

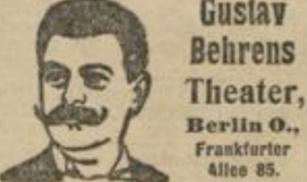
Dresdenerstr. 97.  
**15 erstklassige 15 Spezialitäten**  
Täglich: **Konzert- u. Volks-Kabarett.**  
(Ohne Weinzwang.)

## Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20  
am Rosenthaler Tor.  
Täglich: **Große Vorstellung.**  
**Chevalier Thorn**  
Im Traumlände.  
Das fasche Damen-Regiment.  
8 Germaniaus.  
**Adèle Moraw, Hans Hauser**  
die lustig. Kafferin mit sein. neuest. der Sahara, Schlagern, u. die äßrig. interess. Attraktionen.  
Anf. 8 Uhr. Nauchen überall gest.

## Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.

**Kolossaler Erfolg**  
des sensationellen neuen  
**September-Programms.**  
22 Nummern.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.



## Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Prgr.**  
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**

## Sanssouci, Kottbusor Str. 44.

Direktion Wilhelm Reimer.  
Heute Dienstag:  
**Die Hochzeitdreie.**  
Eine Nacht in Berlin.  
Sonnt. Montag, Donnerst. **Hoffmanns Wodd.** Sänger Hed. Biendl. Theatrorabend  
Sonntags Beginn 5 Uhr, Wochentags 8 Uhr.

## Buggenhagen

Moritzplatz.  
**Populäres Konzert**  
unter pers. Leitung **Gustav** des Herrn **Gottschalk.**  
Eintritt 10 Pf. - Bonn gelten.  
Mittwoch, 26. Sept.: 1. humor. Abend  
Donnerstag, 27. 2.: Operellen-Abend.

## Eine Brotstelle.

Wegen Zurücksetzung des Inhabers ist eine Tischlerwerkzeug-Fabrik billig zu verk. Off. erb. u. G. L., Postamt 27.

## Ringfreies Weißbier, Bayerischbier!

Bierkellerei Habersstr. 22.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV 3353.

## Mittwoch, den 26. September 1906, abends 8 Uhr Allgemeine Versammlung

der Klempner  
in den Maschinenfabrik, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.  
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genfren K. A. Stripp über: „Heinrich Heine“, mit Rezitation.  
2. Verbandsangelegenheiten.  
NB. In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung erwarten wir das Erscheinen aller Kollegen. Die Billets zum Vergnügen werden ausgedehnt. Die Kollegen nachfolgender Werkstellen werden besonders ersucht, die Versammlung zu besuchen:  
**Bogler, Bringenstraße, Falkhorn, Prenz, Steinbach, Standtke, Marfus, Hildorf, Klinker, Große Frankfurterstraße, Weich u. Somet, Girshorn, Kundermann, Feist u. Co., Köthe, Charlottenburg, Kronede, Raab, Michalowski, Rander u. Rade, Schweigler, Schmieder, Nieder-Schöndau, Schulz u. Thiele, Schlachtensee, Edel u. Gliende, Englische Gasanstalt, Worn u. Schuler, Weben, Bisguth, Groß-Lichterfelde, Salomon u. Sohn, Siemens u. Schuster, Kohnenbaum, Winkelfein, Hoffmann u. Grubler, Klemens, Kleinstraße, Walther u. Hermann, Behense, Kido, Vertuch, Lichtberg, Rautz, Mariannenplatz, Heinrich, Kadowstraße.**

## Mittwoch, den 26. September 1906, abends 8 1/2 Uhr Versammlung

der chirurgischen Branche  
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12.  
Tages-Ordnung:

1. Bericht über die aufgenommene Statistik der Chirurgischen Branche.  
2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
153/13

## Mittwoch, den 26. September 1906, abends 8 1/2 Uhr Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgruppen  
im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45.  
Tages-Ordnung:

1. Die Lohnbewegungen unserer süddeutschen Kollegen und deren Einfluss auf die hiesigen Verhältnisse unserer Branche.  
2. Diskussion. — 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in der Versammlung. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
**Die Ortsverwaltung.**  
NB. Sonntag, den 14. Oktober, findet eine Besichtigung der Arbeiter-Beholdungsanstalt statt. Treffpunkt: Mittags 1 Uhr, Charlottenburg, Anie.  
Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.

## Achtung! Graveure — Ziseleure Achtung!

Mittwoch, den 26. September er., abends 7 1/2 Uhr,  
im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinerstr. 44

## Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Partei und Gewerkschaft. Referent: Kollege Groger. 2. Diskussion 3. Branchenangelegenheiten.  
Da unter Punkt 3 der Tagesordnung wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist pünktliches Erscheinen dringend nötig.

## Mittwoch, den 26. September 1906, abends 8 Uhr Bezirks-Versammlung

für Steglitz, Groß-Lichterfelde u. Umgegend bei „Reifen“, Groß-Lichterfelde, Schauffeeckstr. 104.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Eggert: „Gewerkschaften und Arbeiterverbände.“ 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Ohne Buch kein Zutritt!  
Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Mittwoch, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße, 29:  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Der Anschlag des Maschinenarbeiter- und Vergolderverbandes am 1. Oktober. 2. Etichwahl für den zweiten Vermittler bei Differenzen. 3. Wahl des zweiten Kassierers an Stelle des zum Hauptkassierer gemählten Kollegen König. 4. Beschlußfassung über die Kündigung des Vertrages. 5. Anträge. 6. Verbandsangelegenheiten.  
93/10  
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

## Orts-Krankenkasse Weißensee.

Bekanntmachung.  
Die Geschäftsräume der Ortskrankenkasse befinden sich vom 1. Oktober 1906 ab  
279/19  
**Weißensee, Sedanstr. 48.**  
Wegen des Umzuges bleibt das Kassenlokal am Sonnabend, den 29. September 1906 geschlossen.  
Dr. Albert, kommissarischer Verwalter.

# EMMLER'S Möbel-Fabrik mit elektr. Betrieb S. Kottbuser-Damm-25-26.



**Neu eröffnet:**

150 Muster-Zimmer in 7 Etagen.  
5000 qm Fabrik- und Lager-Räume.

**Eigene Tischlerei und Tapezierer-Werkstätten**

**Solideste Ausführung**  
in allen Stilarten und Preislagen.

Täglich bis 9 Uhr abends - Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

**Abteilungen für**

- Kerrenzimmer
- Speisezimmer
- Salons
- Schlafzimmer
- Bettfedern
- Komplette Betten
- Metall-Bettstellen
- Teppiche
- Küchenmöbel

Eigene Fabrikation.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigen Engros-Preisen. 1637L\*  
Amt 4, 3014.

**F. August Schmidt,** Köpenickerstr. 110, Tabakfabrik.  
Billigste Bezugsquelle für alle Sorten  
**Schnupf-, Rauch- und Kautabake**  
Cigarren, Cigaretten. - Amt IV, 7300. 2208L\*  
Gegründet 1883.

**Märkischer Hof,** Admiral-straße 18c.  
Neu renoviert.  
Sonntags, 20. Oktober, der große Saal freigegeben u. große Saal freigegeben u. Sonntag zu vergeben.  
Der kleine Saal noch mehrere Sonntags sowie Sonntag zu vergeben.  
Stm IV, 4594. 2340Q\*  
**W. Möhring,** Admiralstr. 18c.

**Kaffeepreise steigen!**

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**Deckbett, Unterbett, Kissen** mit plattstem Stoff, 10,50, Handleibe Andreadstraße achtunddreißig, 1774R.

**Wollwolle-gewebtes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreadstraße achtunddreißig, Handleibe.**

**Bauerndebett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, großes Kissen 1,00, Weißwand Andreadstraße achtunddreißig, Handleibe noch überaus.**

**Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14**

**Streifenlager, Gardinenverkauf, Steppdecken, sportlich Handleibhaus Weidenweg neunzehn. 141\***

**Bauerndebett, Gardinerbänne, Aufhängewäsche, sportlich Weidenweg neunzehn. 141\***

**Brautbetten, Bettwäsche, Gardinenverkauf, Handleibe, Teppichlager, haumverregene, Weidenweg neunzehn. 141\***

**Bettenverkauf, Wandbänne, Tischdecken, Kissen, Bettwäsche, Handleibhaus Weidenweg neunzehn. 142\***

**Teppiche! (Sechshalbe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Dofischer Markt 4, Schinkel Hofe. 2097A\***

**Wanderer, Teilzahlungen, Bergstraße 28, Stallhofstraße 40. 1663A\***

**Teppichdecken, sportlich, Handleibe Große Frankfurterstraße 60. 1842R**

**Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft sportlich, Schneider, Kurfürststraße 172. 9025\***

**Herrenrad, Damenrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36b. 1814R\***

**Geschäftsfahrrad, amnest Stahl, 50,00, Holz, Blumenstraße 36b. \***

**Freischwinger, elegante, 11,00, Bettler billig, Gubenerstraße 3, Handleibe. 146\***

**Mähmaschinen, Abzahlung, Rade bis 10 Mark, wer will oder nachweilt, Barisch, Schrapellap 7. \***

**Größen, Krantheilhaber aufgehendes Material, Gesamtumfang 1/2 (Anzahlung bringt viele) billig zu verkaufen, Nitzdorf, Fudajung 10. \***

**Steppdecken billig, Großes Frankfurterstraße 9, parterre. 14**

**Hochverehmte Herrenbänne und feinsten Nachhöfen 9-12 Mark, Verkauf, Sonnabend und Sonntag, Verandhaus Germania, Unter den Linden 21, keine Filialen. 1714R\***

**Wollwolle-gewebtes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreadstraße achtunddreißig, Handleibe noch überaus.**

**Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14**

**Streifenlager, Gardinenverkauf, Steppdecken, sportlich Handleibhaus Weidenweg neunzehn. 141\***

**Bauerndebett, Gardinerbänne, Aufhängewäsche, sportlich Weidenweg neunzehn. 141\***

**Brautbetten, Bettwäsche, Gardinenverkauf, Handleibe, Teppichlager, haumverregene, Weidenweg neunzehn. 141\***

**Bettenverkauf, Wandbänne, Tischdecken, Kissen, Bettwäsche, Handleibhaus Weidenweg neunzehn. 142\***

**Teppiche! (Sechshalbe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Dofischer Markt 4, Schinkel Hofe. 2097A\***

**Wanderer, Teilzahlungen, Bergstraße 28, Stallhofstraße 40. 1663A\***

**Teppichdecken, sportlich, Handleibe Große Frankfurterstraße 60. 1842R**

**Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft sportlich, Schneider, Kurfürststraße 172. 9025\***

**Herrenrad, Damenrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36b. 1814R\***

**Geschäftsfahrrad, amnest Stahl, 50,00, Holz, Blumenstraße 36b. \***

**Freischwinger, elegante, 11,00, Bettler billig, Gubenerstraße 3, Handleibe. 146\***

**Mähmaschinen, Abzahlung, Rade bis 10 Mark, wer will oder nachweilt, Barisch, Schrapellap 7. \***

**Größen, Krantheilhaber aufgehendes Material, Gesamtumfang 1/2 (Anzahlung bringt viele) billig zu verkaufen, Nitzdorf, Fudajung 10. \***

**Vergütung bis 15,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft, nachweist, Sämtliche Systeme, alte Maschinen in Zahlung, Poststraße, Drahter, Lillstraße 90. 145\***

**Räumungs-Aussverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95, 3,85, 4,75, 5,75 usw. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße. 1819R\***

**Tülldecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorhanggardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt, Weihenbergs Teppichhaus.**

**Räumungs-Aussverkauf! Möbelstoffe, Möbelstücke und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.**

**Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,55; 2,25 Meter lang 5,90. 1818R\***

**Große Posten echte Plüschteppiche mit Seiden, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt, Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1819R\***

**Räumungs-Aussverkauf! Einen Posten Tülldecken 1,85, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 1820R\***

**Plüschdecken, wert das Doppelte: jeft 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00; 10 Proz. Rabatt. 1821R\***

**Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,55, 4,85, 5,85, 6,85. 1822R\***

**Tuch- und Plüschdecken mit Querbezug 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt, Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Hallestraße nahe Koppenstraße. 1823R\***

**Blügelstühle, Kostüme, Kollimörde, auch Nachhaken, direkt Arbeit Blumenstraße 9. 161/13\***

**Reiderbind 20 Mark, Kommode 21, Bettsofa 29, furniertes Reiderbind 16, Bettstellen mit Federmatratzen und Kissen 20, Rubendeck 25, Bettsofalette, Kollimörde, Sofa 11,50, Kommode, Kollimörde 12, Vaneelsofa 75, Tischsofa 50, Kollimörde, Stand Betten 20, Bilder, Gardinen, Teppich 8, Steppdecken 7, Dresdenstraße 38, vorn II links. \***

**Mähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Wienerstraße 1-6, Warschauerstraße 67, Adersstraße 111.**

**Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Leihungs, Uhren, Goldschmuck, Kessel, sportlich, Lude, Dammstraße 131.**

**Reisekoffer, Operngläser, Reisezeuge, Regulator, Freischwinger, Dampfmotoren, Geigen, Hütern, Silber, Teppiche, sportlich, Lude, Dammstraße 131. 1517B\***

**Plüschsofa, billig, Volkshaus, 95, Verwalter. 161/20\***

**Singerbobbin, Ringstich 25,00, Singermaschine 10,00, Jüdenstraße 47, II. 162/1\***

**Obt, Gemälde, Materialwaren, Brennmaterial, gut, preiswert, sofort zu verkaufen, Schwalbenstraße 2. 159**

**Gastronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Boche 1,00, Miesener, Böttcher selbst - Borchagenerstraße 32 (Stadtbahn, Hochbahn: Warschauerstraße). 1788R**

**Verschiedenes.**

**Volkshumorist Schmelzer, Nach Gesellschaft, Bettlerstraße 57. 1101\***

**Baronanwalt Wessel, Wilmersdorf, Straße 94a. 927B\***

**Nitzdorf, Briefe, Briefe, Anlehnung, 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parterre (400 Personen). Sonntags Ball. 1119\***

**Handleibe, Wingenstraße 68, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 1667R\***

**Im Vereine sind im November noch Sonnabende und Totenlounag zu vergeben Große Frankfurterstr. 85.**

**Auspostierung, Postkarte 5,00, Sofa 6,00, Koffer, Neue Königstraße 2. 161/64\***

**Bereite! Saal, Vereinszimmer Sonnabende frei, (Weißbier!) Klubhaus, Annenstraße 16. 246/3\***

**Vermietungen.**

**Restaurant Nitzdorf, Verstraße 75. 1396B**

**Zimmer.**

**Möbliertes, separiertes Zimmer für zwei Herren, 15,00, Heidebach, Gubenerstraße 37, vorn III (an der Schuhmacher Allee). 159\***

**Herr findet freundlich möbliertes Zimmer zum 1. Oktober, Nitzdorf, Effenerstraße 14, NW. 65. 173**

**Schlafstellen.**

**Eine möblierte Schlafstelle ist zu vermieten Dammstraße 180, rechter Seitenflügel II rechts. 175\***

**Herr findet freundliche Schlafstelle, Preyer, Wustenerstraße 3, Seitenflügel II. 170**

**Möblierte Schlafstelle Frau Schönfeld, Brunnenstraße 83, unter Seitenflügel IV. 1101**

**Schlafstelle für Herrn Ritterstraße 124, Hof II rechts, Koll. 170**

**Schlafstelle für zwei Herren bei Gumpel, Brandenburgerstraße 4a.**

**Schlafstelle für zwei Herren bei Kube, Bettelstraße 7, Luergebäude IV.**

**Schlafstelle zu vermieten Nitzdorf, Straße 5, vorn I Treppe, bei Hindel.**

**Schlafstelle (zwei Herren) Frau Lindner, Heidenbergstraße 26. 159**

**Zwei Herren oder Damen finden freundliche Schlafstelle (separater Eingang) zum 1. Oktober, Böttcherstraße 21, Nr. 17, erfragen bei Schulz, Palaststraße 10, vorn 4 Treppen. 1592B**

**Mietsgesuche.**

**Möbliertes Zimmer für zwei Herren Nähe Turmstraße gesucht, Preisangabe, Müller, Zwingerstr. 14d, bei Berge. 1150**

**Zwei junge Leute suchen zum 1. Oktober möbliertes Zimmer oder Schlafstelle, separat bei Borzug, zwischen Rosenbaler und Damm-burger Tor, Preisofferten: Frau Hasch, Wustenerstraße 82 I, bei Houzel. 1103**

**Stellenangebote.**

**Automobilfahrer! Jedermann wird zu ernsthaftem Chauffeur theoretisch und praktisch ausgebildet, Glänzende Erfolge! Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12. \***

**Metallgießerei in Pantof, wöchentlich circa 2500 Allogramm, beschäftigt Arbeiter in Kollabor zu vergeben, Oferten unter G. an Vorwärts-Expedition, Friedrichs-Pantof, Wilmersstraße 73. 1137\***

**Erfahrene Monteure auf eiserne Ofen und Herde sofort gesucht, Gerbrüder Hammer, Kollaborstraße 21, Wohnung 8-9, 6-7 Uhr. 1578B**

**Einen Arbeiter bei 0,35 Mark Stundenlohn verlangen Feininger u. Co., Alte Jakobstraße 106. 1580B**

**Handelstele können 3 Pfennig, Zigarillos mitnehmen zum Verkauf bei Restaurateuren, Zigarrenfabrik, Monumentenstraße 37. 1525B**

**Arbeitsbureau verlangt Goldleistenfabrik, Nitzdorf, Wilmersstraße 18.**

**Buchdrucker - Lehrling verlangt, Gute Ausbildung, Wohnung bei Nitzdorf, Kollaborstraße 4. 1970R**

**Metallgießerei Lehrling für Gas-, Wasserleitung - Armaturen, Sandmann, Kottbuserstraße 4a. 1533B**

**Intelligenter Junge als Buchdrucker - Lehrling gesucht, Böttcher, Dammstraße 37. 164**

**Barockgoldler auf Rahmen verlangt Kommoden, Frankfurterstraße 119. 146**

**Tüchtige Klempner auf Gasleitungen verlangen bei hohem Lohn D. Benede u. Co., Friedenau, Nitzstraße 5.**

**Handwerker verlangt, Barockgoldler, Kollaborstraße 127. 1136**

**Zehnteloffene Mädchen für leichte Arbeit verlangt Julius Schloß, Lederwarenfabrik, Köpenickerstraße 55. 1582B**

**Goldleistenfabrik**  
tucht tüchtigen Meister für prima Ware, Off. sub U. B. 70 befindet Kollabor-Bureau Charlottenburg, Spichernstr. 21.

**Tüchtige Stepperinnen**  
erhalten dauernde Beschäftigung im Schuhfabrik.  
**W. Schäfer & Co.**  
Gothersgade 14, Copenhagen.

**Achtung! Kürschner!**  
Der Verein selbständiger Kürschner (Pelzbranche) hat über die Firma **Johann Co.** die Sperre verhängt. Wir ersuchen die selbständigen Kürschner, sich streng an den Beschluss zu halten.  
109/2\*

**Der Vorstand.**  
Die Geschäftsstelle Berlin des Deutschen Kürschnerverbandes ersucht die Mitglieder, diese Beschlüsse streng zu befolgen, da jegliche ebenfalls die Sperre verhängt hat über die Firma **Die Crisoverwaltung.**

**Achtung! Schildermaler!**  
Sämtliche Firmen der Schilderbranche, welche nicht bewilligt haben, sind für alle Kollegen gesperrt! Kollegen! Lacht Euch nur durch den Arbeitsnachweis, Wallstraße 32, Amt IV, 4475, vermittelt.  
\* Die Verwaltung.

**Achtung! Achtung! Klavierarbeiter!**  
In der Klavierfabrik von **Kell & Co.**, Andreadstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16\*  
Zugung ist fernzuhalten.  
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Wegen Streit und Lohnunterschieden sind geipert:  
Für Drechsler:  
Alle Betriebe Berlin und der Vororte. Drechsler werden für die beteiligten Betriebe nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis Gubenerstraße 13 eingestellt.  
Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter:  
**Gebr. Ehrlich, Krantzstraße, Zugsmöbelfabrik Ohmann, Fudajungstr. 13/14.**  
**Müller, Kollaborstraße 31.**  
**Becker, Wustenerstraße 70.**  
Für Knopfhersteller:  
**Abramowsky, Köpenickerstraße 33a.**  
Für Bürstenmacher:  
Der Junge nachweis Dammstraße 154.  
Zugung ist fernzuhalten.  
Die Crisoverwaltung.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.**

**Galvanoplastischen Anstalt, Friedrichstr. 16,**  
haben sämtliche Stereotypeure, Galvanoplastiker und Hilfsarbeiter ihre Kündigung eingereicht wegen unangemessener Behandlung. Eine Einigung hat bisher nicht stattgefunden. Bei etwaigen Konditionsangeboten sind vorher Erkundigungen einzuziehen beim **Gauvorsteher Albert Massini, Ritterstr. 88.** Etwaige Zwischhandlungen ziehen die statutenmäßigen Konsequenzen nach sich.  
**Der Gauvorstand.**

**Reprintmischer Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**